

einen Paragraphen nur dann stattfindet, wenn wenigstens 100 Mitglieder sie verlangen) zu befolgen. An der allgemeinen Berathung über das Reichsgericht nahmen die Abgg. M. Mohl, Tellkamp, v. Breuning, Zacharia von Wöttingen, Plathner und Rittermaier Theil. Auf die specielle Debatte über §. 1*) wurde verzichtet, jene über §. 2 aber, nachdem Abg. Ahrends von München und Abg. v. Linde gesprochen, auf morgen vertagt.

— Eine „Verwahrung der Minorität der deutschen Nationalversammlung gegen den Beschluß der Majorität vom 20. Nov. 1848“ (Nr. 328) lautet: Die deutsche Nationalversammlung hat verweigert, den nachstehenden Protest der Minorität gegen den Beschluß vom 20. d. M. in der preussischen Angelegenheit zu Protokoll zu nehmen. Man sieht sich daher genöthigt, diesen Protest durch die Presse zu veröffentlichen: Die deutsche Nationalversammlung hat in ihrer Sitzung am 20. Nov. erklärt: daß sie die dem preussischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde. Außer der einseitigen Vertagung und Verlegung der preussischen Nationalversammlung sind bereits gegenwärtig unter Proclamation des Belagerungszustandes folgende Eingriffe in die Rechte und Freiheiten des preussischen Volks unzweifelhaft erfolgt: 1) Den feierlichen Verheißungen entgegen ist ohne Zustimmung der Bürgerwehr und der städtischen Behörden zahlreiches Militair in Berlin eingeschritten und hat sich dasselbe insbesondere entgegen dem §. 68 des Bürgerwehrgesetzes der Wachtposten der Stadt Berlin wider den erklärten Willen der Bürgerwehr mit Gewalt bemächtigt. 2) Die Bürgerwehr von Berlin wurde aufgelöst, weil sie der durch §. 1 des Bürgerwehrgesetzes ihr auferlegten Pflicht, die verfassungsmäßige Freiheit und gesetzliche Ordnung zu schützen, gemäß, die gewaltthätige Vertreibung der Volksvertreter abgelehnt hat. 3) Die Bürgerwehr wurde wider den Willen der Gemeinde durch Soldaten entwaffnet, obgleich der §. 1 des transitorischen Gesetzes zum Bürgerwehrgesetz die Zusicherung enthält, daß die Gemeinden jedenfalls bis zur Vollendung der Verfassung und der Gemeindeordnung im Besitze der empfangenen Waffen bleiben sollen. 4) Den bestehenden Gesetzen gemäß kann nur der §. 1 und 6 der Habeas-corporis-Akte vom 4. Sept. unter bestimmten im §. 8 angeführten Bedingungen suspendirt werden; die preussische Regierung hat aber mit Außerachtlassung dieser Bedingungen nicht nur die §§. 1 und 6, sondern überdies a) den §. 5 dieser Akte, welcher Ausnahmegerichte und außerordentliche Commissionen unbedingt verbietet und wonach keine nicht durch Gesetz angeordnete Strafe verhängt werden darf, b) das Gesetz über das Recht der freien Presse vom 17. März 1848, c) den §. 4 des Gesetzes vom 6. April d. J. über das Vereins- und Versammlungsrecht wirklich suspendirt: Maßregeln, welche bereits höhere königl. preussische Gerichtsbehörden für ungesetzlich erklärt und zu ihrer Ausführung ihre Amtswirksamkeit entschieden verweigert haben. Die deutsche Nationalversammlung hat sich nicht bewogen gefunden, diese dem preussischen Volke gewährten und verheißenen Rechte gegen bereits wirklich erfolgte Beeinträchtigung zu schützen, dagegen hat sie den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten Beschluß der preussischen Nationalversammlung ohne weiteres für offenbar rechtswidrig, die Staatsgesellschaft gefährdend und für null und nichtig erklärt, obgleich der Commissionsbericht der preussischen Nationalversammlung vom 14. Nov. die Zulässigkeit vom Standpunkte des positiven sowol als des natürlichen Rechts überzeugend nachgewiesen hatte. Die deutsche Nationalversammlung ist also gegen eine angebliche Rechtsverletzung durch die Vertreter des Volks mit Entschiedenheit eingeschritten, während sie die unzweifelhaften Rechtsverletzungen durch die Regierung ruhig hingehen läßt. Wir halten uns demnach und unser Gewissen für verpflichtet, gegen ein solches Verfahren vor ganz Deutschland feierlichst Verwahrung einzulegen. Frankfurt a. M., 23. Nov. 1848.

* Frankfurt a. M., 27. Nov. Gestern Abend waren im Saale des Weidenbusches fast sämtliche Mitglieder der verschiedenen Fractionen der deutschen Nationalversammlung versammelt. Es erschienen in dieser Versammlung auch die hier anwesenden Mitglieder der preussischen Nationalversammlung, die H. Gierke, Rodbertus und Schulze, um Explicationen über den Stand des zwischen der Krone Preußen und dem in Berlin zurückgebliebenen Theile dieser Versammlung obschwebenden Conflicts zu geben. Hr. Rodbertus schien ein großes Gewicht darauf zu legen, daß Hr. Kirchmann in der Besprechung in Berlin gehabt, und in welcher er die Bedingungen einer Ausgleichung der Differenz mit der Krone bezeichnet hatte, nicht, wie Hr. Bassermann angeführt, die Verbannung aller Prinzen verlangt habe, sondern nur die Verbannung der Prinzen. Der Vortrag des Hrn. Rodbertus schien uns vornehmlich dahin gerichtet, die Darstellung des Hrn. Bassermann in Punkten von untergeordneter Erheblichkeit anzusehen. Die ausführliche Entgegnung des Hrn. Bassermann wurde von der Versammlung mit großer Befriedigung aufgenommen. Sie rief häufige Zeichen lebhaften Beifalls hervor. Eine Darstellung des Hrn. Schulze über die Ministerkrisis und über die verschiedenen Stadien der Versuche, sie zu heben, blieb ohne besondern Eindruck. Hr. Gierke erklärte sich dafür, daß die preussische Nationalversammlung sich dem schiedsrichterlichen Ausspruche der deutschen Nationalversammlung, als der höhern Instanz, fügen solle: eine Ansicht, die von Hrn. Rodbertus nicht getheilt wurde. Eine Anregung des

*) Dieser lautet: §. 1. „Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.“

Lehtgenannten, daß sich die deutsche Nationalversammlung dahin aussprechen möge: daß die Maßnahme der (temporären) Verlegung der preussischen Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg sofort zurückzunehmen sei, fand bei der Majorität der Versammlung keinen Eingang. Wie man vernimmt, haben die H. Rodbertus und Schulze bereits diesen Morgen Frankfurt wieder verlassen, um nach Berlin zurückzukehren.

Frankfurt a. M., 27. Nov. Die vereinigte Linke der deutschen Nationalversammlung hat jetzt den Anfang zu einer durchgreifenden Organisation der demokratischen Partei gemacht. Sie hat die Stiftung eines allgemeinen deutschen Märzvereins, zur Sicherung der Errungenschaften jenes denkwürdigen Monats, beschloffen und sich selbst als das Centrum desselben constituirt. Ganz Deutschland soll mit einem Netze von Filialvereinen bedeckt werden, die nur nach gemeinschaftlichen Beschlüssen thätig sein und handeln würden. Die Peoples League in England, an deren Spitze Cobden steht, mag das Vorbild dazu gegeben haben. Bisher ist übrigens die Demokratie in Organisationen nicht sehr glücklich gewesen, und wohl aus leicht erklärlichen Gründen, da ihr inneres Wesen das der Kritik ist. (Lith. R.)

— Das 6. Stück des Reichsgesetzblattes vom 27. Nov. enthält das Gesetz, betreffend die Einführung einer allgemeinen Wechselordnung für Deutschland, am 1. Mai 1849.

Dresden, 28. Nov. Es sind in neuerer Zeit mannichfache Gerüchte über den Rücktritt einzelner Mitglieder des Ministeriums, namentlich der Minister Braun und Oberländer, verbreitet worden. Obgleich Jeder, der die Verhältnisse genauer kennt, die Grundlosigkeit dieser Gerüchte durchschauen muß, so haben dieselben doch im Lande mitunter Glauben gefunden. Wir können dagegen aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß an einen Rücktritt von den betreffenden Herren nicht gedacht worden ist und daß unsere Minister es für eine, wenn auch noch so schwere, doch unabwendbare Pflicht ansehen, das Land in dem gegenwärtigen Augenblicke den Gefahren einer Cabinetskrisis nicht preiszugeben. (Dr. J.)

† Dresden, 28. Nov. In der heutigen Versammlung des Deutschen Vereins wurden die von dem Vereine bei der nahen Landtagswahl aufzustellenden Candidaten mitgetheilt, und sind den früher schon aufgezählten (Nr. 333) noch hinzuzufügen: Seifensiedermeister Steinmetz, Gasthofsbesitzer Preisler auf dem Weißen Hirsche und Apotheker Gruner. Für die I. Kammer wurden Staatsminister v. d. Pforden und Gutsbesitzer Vär in Vorschlag gebracht. Vom Staatsminister Braun hat man dem Vernehmen nach deshalb abgesehen, weil dessen Wahl in Plauen jedenfalls erfolgen wird. Hierauf hielt Prof. Ackermann einen eben so gründlichen als geistreichen und witzigen Vortrag über das Hofjunkerthum. Anknüpfend an die Zeit des Ritterthums zur Zeit der Hohenstaufen zeigte er die im Laufe der Zeiten erfolgte Umgestaltung und Verunstaltung des Erbadeles mit allen seinen Auswüchsen bis auf die neueste Zeit herab und stellte dabei nicht ganz in Abrede, daß auch in Sachsen sich Spuren davon wahrnehmen ließen. Ohne einen bestimmten Antrag darauf zu stellen, sprach er doch die Bitte und Hoffnung aus, auch diese Schmarogerpflanze des Thrones zu beseitigen. Der Verein beschloß den Druck dieses Vortrags. Hr. Spitzner, Wahlcandidat für die Pirnaische und Seevorstadt, sprach mit Bezugnahme auf die Kammerverhandlungen über die Gesetzentwürfe betreffend die Einführung directer Wahlen für sämtliche Stadtverordnetencollegien Sachsens über einige Abänderungen in der Städteordnung. Er empfahl dabei dem Vereine, diese hochwichtige Sache baldmöglichst wieder in Berathung zu ziehen und nach Befinden zum Gegenstand einer bei dem neuen Landtag einzureichenden Petition zu machen.

o Leipzig, 29. Nov. In der gestrigen Versammlung des Vaterlandsvereins im Hotel de Saxe berichtete der Vorsitzende, Hr. Grammer, über das Ergebnis der Wahl dreier neuen Ausschussmitglieder. Die Wahl war auf den Kaufmann Hrn. Ohrtmann, Prof. Niedner und Adv. Kaim gefallen. Prof. Niedner hatte die Wahl abgelehnt und statt seiner tritt Hr. Simon ein. Hr. Kaim dankte der Versammlung für die Wahl und verbreitete sich dann über das Clubleben im Allgemeinen und die Art und Weise, wie die Gegenwart von den Clubs ausgebeutet werden müsse. Der Vorsitzende sprach dann über die Wichtigkeit der in Sachsen bevorstehenden Landtagswahlen. Er machte auf die Errungenschaften der Neuzeit aufmerksam, unter denen für Sachsen ein freisinnigeres Wahlgesetz nicht die geringste sei, zeigte, daß die liberale Partei Sachsens, die namentlich in den Vaterlandsvereinen vertreten sei, fest zusammenhalten müsse, damit sie in dem bevorstehenden Wahlkampfe nicht geschlagen werde, wie deshalb Jeder seine Privatansichten der höhern Ansicht seiner gesammten Partei unterordnen müsse. Er theilte mit, daß sich in Dresden ein Wahlausschuß für das gesammte Land gebildet habe, bestehend aus v. Trübschler, Eli Evans, Joseph und mehreren andern liberalen Abgeordneten, und daß dieser Ausschuß sich mit dem Vorstande beider hier existirender Vaterlandsvereine in Vernehmen gesetzt, um eine Candidatenliste für ganz Sachsen aufzustellen. Der Verein ermächtigte den Ausschuß, mit dem

Aussch
in Ber
oder ei
als da
bezeich
nel's,
kurzen
sich
den W
Flath
Bach
auf die
+ K
für a
Dr. Be
Geistli
sung a
gigkeit
und au
künftig
und me
werde
nahe
meinde
zu beh
Dogma
auch hin
tighin
nimmt
Anspruch
tischen
men. D
Thatsach
sittlichen
vollständ
bens: u
über das
sehr inn
und Ger
in Folge
bürgerlich
Erfahrung
des bürger
gerufene
und Sch
Grundsätz
selben zu
□ M
machen,
ein sogen
colportirt
schen Bol
mal nicht
Maximilian
österreich
Haupter
schen Ven
volution u
Ma
Land zu
überein
vorhergeh
kann sagen
Zeitungen
sprachen.
— In
denken R
menge in
Gasthofes
derselben
Mai
zum Demo
Näherung.
halten des
Insubordin
den aus ein
Pattouille
sich ein ge

Ausschüsse des Jäkel'schen Vereins zur bessern Organisation der Wahl in Verbindung zu treten. Nach Verlas derselbe noch ein Wahlprogramm oder ein Glaubensbekenntnis der liberalen Partei in Sachsen, worin als das zunächst noch zu Erstrebende hauptsächlich das Einkammersystem bezeichnet war. Hierauf sprach Hr. Köhner zum Gedächtnisse Jellinek's, der mit Becher in Wien erschossen wurde, und schloß mit einer kurzen Biographie Jellinek's und einer Uebersicht seiner wissenschaftlichen Wirksamkeit. Der Vorsitzende foderte dann die Versammelten auf, den Vortrag eines Gedichts zu Jellinek's Gedächtnisse durch Professor Flathe mit unbedeckten Häuptern anzuhören. Hierauf sprach noch Hr. Bachhaus aus Wien über den Verlauf der Dinge dort vom März bis auf die Gegenwart.

† Leipzig, 20. Nov. In der Sitzung des kirchlichen Vereins für alle Religionsbekenntnisse am 27. Nov. sprach zunächst Dr. Bestermann über das künftige Verhältnis der Gemeinde zu den Geistlichen in der protestantischen Kirche. Ausgehend von der Hinweisung auf drei der großen Errungenschaften unserer Zeit: auf Unabhängigkeit der Kirche vom Staate, auf Glaubens- und Gewissensfreiheit und auf demokratische Staatsverfassung, zeigte er, wie die Gemeinde künftig innerhalb der Kirche nicht mehr wie bisher bloß empfangend und mehr oder minder unthätig, sondern rathend und fördernd, also weit mehr thätig werde auftreten müssen. Die protestantische Kirche werde sich eine dem Muster der apostolischen Kirche mehr oder minder nahe kommende Presbyterialverfassung zu geben, und demnach die Gemeinde neben den Geistlichen bei ihrer Constituirung und Verwaltung zu betheiligen haben. Da ferner der Staat die Aufsicht über das Dogma ebenfalls an die Kirche zurückgeben werde, so habe dieselbe auch hinsichtlich der Erhaltung und Ausbildung des Lehrbegriffs künftighin selbst Sorge zu tragen. Auch in dieser wichtigen Aeußerung nimmt der Sprecher für die Gemeinde das Recht der Mitwirkung in Anspruch. Bei fortgesetzter Ausbildung des Lehrbegriffs der protestantischen Kirche müsse der Gemeinde eine entscheidende Stimme zukommen. Dies sei um so nöthiger, als der Lehrbegriff nicht wie eine Thatsache ohne weiteres geglaubt werden könne, sondern, wenn er zum sittlichen Leben wirken solle, von der Gemeinde durchlebt, von ihr zum vollständigsten Eigentum gemacht werden müsse. Als Folge der Glaubens- und Gewissensfreiheit erwartet er, daß weit mehr als bisher über das Wesen der Religion nachgedacht werden und sich hierdurch ein sehr inniges und segensreiches Wechselverhältnis zwischen Geistlichen und Gemeindegliedern gestalten würde. Endlich werde der Geistliche in Folge der neuern Staatsverfassung zum vollständigen Bürger der bürgerlichen Gemeinde und somit vollkommen berechtigt, durch seine Erfahrung und moralische Kraft möglichst zur heilsamen Gestaltung des bürgerlichen Lebens mitzuwirken. Die durch den Vortrag hervorgerufene Debatte, an welcher sich die DD. Theile, Hauschild, Fischer und Schickelanz betheiligten, zeigte, daß man mit den aufgestellten Grundsätzen sich einverstanden erklärte und nur in der Ausführung derselben zum Theil verschiedener Meinung war.

□ München, 26. Nov. Nicht ohne ein theilweises Aufsehen zu machen, wird seit einigen Tagen von unsern fliegenden Buchhändlern ein sogenannter offener Brief eines Republikaners an unsern König colportirt und verkauft. Da die große Mehrheit des souverainen deutschen Volkes Kraft seiner Lieblingserinnerungen aus alter Zeit nun einmal nicht die Republik, sondern das Kaiserthum begehrt, so soll König Maximilian sich dieser Zeitidee bemächtigen und gerade jetzt, wo das österreichische Kaiserhaus und der preußische Königsstamm durch Weider Haupter durchaus unmöglich geworden seien, rasch an die Spitze der deutschen Bewegung stellen, um den Kaiserthron zu besteigen und die Revolution unmöglich zu machen.

Mannheim, 25. Nov. Alle Nachrichten, welche uns vom Oberlande zukommen, stimmen über das Drohen eines gewaltigen Putsches überein, welcher umfassender und auch geregelter sein wird als beide vorhergehende. Schon vor Monden herrschte Unruhe dort, ja man kann sagen, sie war nie vollständig unterdrückt, so sehr sich auch die Zeitungen der Rechten und die Regierungscommissare dahin aussprachen. (Köln. Z.)

— In Kassel fand am 26. Nov. eine Trauerfeierlichkeit zum Andenken Robert Blum's unter Theilnahme einer zahllosen Menschenmenge in ruhiger Haltung statt. Dr. Kellner hielt vom Balcon des Hofhofes zum Könige von Preußen die Gedächtnisrede; vor und nach derselben Gesang der Chöre inmitten des großen Kreises. (R. A. Z.)

Mainz, 26. Nov. Das 40. preußische Regiment neigt sehr zum Demokratenwesen und findet darin hier natürlich starke Unterstützung. Es besucht demokratische Versammlungen, worin das Verhalten des Militärs dem Gouvernement gegenüber discutirt wird, und Insubordinationsfälle sind die nächste Folge. Vor mehreren Tagen wurden aus einer solchen Versammlung im Silberberg acht Soldaten durch Patrouille abgeführt und auf die Citadelle gebracht. Am 24. Nov. fand sich ein geschriebener Maueranschlag: die Mainzer sollen loschlagen,

die Bierziger würden ihnen beistehen; auch verbreitete sich das Gerücht, die Gefangenen sollten aus der Citadelle befreit werden, was Vorsichtsmaßregeln veranlaßte. Am 24. Nov. Abends durchzogen große Haufen der Bierziger mit Pöbel untermischt die Straßen, trieben republikanischen Spectakel und sollen sogar Offiziere gemishandelt haben, worauf das Festungsgouvernement ernstlich einschritt. Nichtsdestoweniger wiederholten sich am 25. Nov. ähnliche Scenen und zwar im Silberberg, welcher von Truppen umstellt wurde; neue Verhaftungen wurden vorgenommen, worunter auch ein Bürger, der die Reuterer zum gewaltsamen Widerstand aufgefordert. Um feinetwillen bildeten sich nun Zusammenrottungen des Civils, welche sich indessen bei Ausbrüchen der Gendarmarie zerstreuten. Die Bataillons des 29. und 38. preußischen Regiments, sowie die Oesterreicher nahmen gar keinen Antheil an diesem Tumult und sprechen sich sehr entrüstet über die Reuterer aus, welchen von Seiten des Commandos die strengste Strafe bevorsteht. (Dstr. Z.)

Aus dem Holsteinischen, 25. Nov. Am 22. Nov. ist mit Fuhrmännlegelegenheit in Eckernförde nachfolgendes zur Subscribentensammlung eingerichtetes Formular eines Protestes, in zehn Exemplaren, angekommen: „Wir protestiren aufs feierlichste gegen die Verbindung Schleswigs mit Deutschland, und daß es, gleich viel unter welchem Vorwande, von Dänemark losgerissen werde!“ Begleitet waren diese Formulare von nachfolgendem Schreiben: Hrn. Riddmann Reimers in Eckernförde! Unbekannterweise nehme ich mir die Freiheit, Sie damit zu behelligen, einliegend zehn Exemplare eines Protestes gegen die Einverleibung Schleswigs in Deutschland unter sichere Leute zur Unterschrift zu bringen. Sie werden gebeten, diesen baldmöglichst zu bewerkstelligen, um dann dieselben auf ein Mal so bald als möglich an die Adresse H. C. C. Drescher, Adjutant beim Civilgouverneur auf Alsen, einzusenden. Wovon der Protest ausgeht, wird zu verschweigen gebeten, da er später als vom Volk ausgehend nach Frankfurt gesandt werden soll. Schmidt, Secretair im Civilgouvernement. Der Empfänger hat nicht den gewünschten Gebrauch von dieser Zusendung gemacht, sondern sie pflichtgemäß der Ortsbehörde übergeben. (H. C.)

* Lübeck, 27. Nov. Die seit länger als zwei Monaten obschwebenden Verhandlungen über die Veränderung unserer Verfassung haben in der heutigen Sitzung der Bürgerschaft eine Erledigung gefunden, welcher der Senat schwerlich seine Zustimmung versagen wird. Das Princip des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bleibt ungeschädigt, dagegen ist durch eine veränderte Bildung der Wahlkreise der Stadt ein etwas größerer Einfluß auf die Wahlen beigelegt; als der ursprüngliche Senatsantrag bezweckte. Auch votirte die Bürgerschaft heute den Mitgliedern der Bürgergarde einen Dank, welche bei den Vorfällen des 9. Oct. pflichtmäßig zur Befreiung der Bürgerschaft von den sie umringenden Volkshaufen herbeieilten. Die Zahl der in Folge jener Vorfälle Verhafteten beträgt jetzt über 20. Dieselben werden nach dem kürzlich votirten Gesetze über das Gerichtsverfahren öffentlich und mündlich unter Zuziehung von Geschworenen gerichtet werden.

Preußen.

Brandenburg, 28. Nov. Allem Anscheine nach wird auch heute die durch das Ministerium Brandenburg hierher verlegte Nationalversammlung in ihrem Bildungsvorsuche nicht weiter kommen. Die protestirenden Theilnehmer der gestrigen Sitzung sind zwar nicht, wie anfangs beabsichtigt wurde, nach Berlin zurückgekehrt, es sind aber auch neue Mitglieder nicht hinzugegetreten. Man erzählte sich gestern Abend, der König habe strengen Befehl erteilt, die Versammlung müsse vollzählig werden. Ob aber die Mittel, die man anzuwenden im Stande ist, um die zur Beschlußfähigkeit noch fehlende Mitgliederzahl aus der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung zu gewinnen, bis heute oder morgen wirken werden, steht dahin. Inzwischen hat Hr. v. Mantuffel so zu sagen den Belagerungszustand von Berlin auch auf Brandenburg ausgedehnt. Wenigstens ist die Fremdenpolizei, welche er hier eingeführt hat, von der v. Brangel'schen in keiner Art unterschieden. Er hat die hiesige Polizeibehörde angewiesen, jeden Fremden über den Zweck seines Aufenthalts streng zu befragen, und wo derselbe nicht genügend gerechtfertigt erscheine, auszuweisen. Es scheint überhaupt, als solle in polizeilicher Beziehung eine Restauration der vor dem März bestandenen Einrichtungen aufs schleunigste bewirkt werden. Hr. v. Puttkammer, in Folge der Märzereignisse aus seiner Stellung entfernt, hat jetzt wieder die Leitung der II. Abtheilung im Ministerium des Innern übernommen. Ein Erlaß des Hrn. v. Mantuffel theilt dies den Behörden mit der Benachrichtigung mit, daß Hr. v. Puttkammer allein ermächtigt sei, die im Namen des Ministeriums des Innern ergehenden Rescripte zu zeichnen. Die H. v. Meding und v. Patow haben sich hier gleichfalls eingefunden. Die Nachricht von einem abermaligen Einschreiten gegen die Abgeordnetenversammlung in Berlin brachte gestern Abend hier in allen Kreisen eine bedeutende Bewegung hervor.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung im Dome hatte sich bis 11 $\frac{1}{2}$ Uhr eine dem Anscheine nach etwas größere Anzahl von Abgeordneten als gestern eingefunden. Die Minister erschienen und machten den Mitgliedern der ihnen am nächsten stehenden

Fraction vertrauliche Mittheilungen. Die Abgg. v. Meusebach, Baumstark, Reichensperger, Kämpfer verbreiten das Vernommene im Saale. Sofort bilden sich dichte, leidenschaftlich gesticulirende Gruppen. Besonders lebhaft sind die Unterhaltungen der Abgg. Reichensperger und Baumstark mit den Ministern. Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr ruft die Glocke des Hrn. v. Brünneck die Abgeordneten auf ihre Plätze. Der Alterspräsident will das Protokoll vom 9. Nov. verlesen lassen. Lebhafter Widerspruch. Abg. Reichensperger: Die Verlesung ist zwecklos. Wir sind nicht beschlußfähig und könnten das Protokoll nicht genehmigen. Ich protestire gegen die Verlesung, und beantrage, das Protokoll der gestrigen Sitzung, welches keinen Anspruch darauf macht, Beschlüsse der Nationalversammlung zu enthalten, zum Vortrage zu bringen. Abg. Köhler aus Görlitz: Auch das Protokoll von gestern erfordert, wenn es genehmigt werden soll, einen Beschluß. Wir sind aber auch heute nicht beschlußfähig. Abg. Baumstark: Wir haben gestern verhandelt, und ob beschlußfähig oder nicht, wir haben das Recht, das gestrige Protokoll zu genehmigen. Das Protokoll von gestern wird verlesen, und nach einer vom Abg. Sperling dagegen erhobenen Erinnerung vom Alterspräsidenten für angenommen erklärt.

Nach vertraulicher Rücksprache mit dem Abg. Reichensperger erklärt Alterspräsident v. Brünneck: Es werde mehrfach gewünscht, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen, da man später „etwas Wichtiges“ zu vernehmen haben werde, was eine Vorberathung zu erfordern scheine. Er schlägt vor, den Namensaufruf bis zuletzt zu verschieben. Neuer lebhafter Widerspruch, man ruft: Namensaufruf! Ein Antrag, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, ist schriftlich eingebracht und wird verlesen. Die Abgg. Pelzer und Baumstark erinnern daran, daß man die Formen der Geschäftsordnung nicht verletzen möge. Alterspräsident v. Brünneck will den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung stellen. (Lärm: „Was für Gründe für die Vertagung?“) Abg. Fleischer: Man möge erst die Mittheilung, die von irgend einer Seite her (nach dem Ministertische weisend) in Aussicht gestellt werde, entgegennehmen und sich dann vertagen. Der Alterspräsident stellt die Frage und erklärt, die Vertagung sei bis 1 Uhr beschloffen.

Die Sitzung wird 1 $\frac{1}{2}$ Uhr wieder eröffnet. Die Ministerbank ist unbesetzt. Alterspräsident v. Brünneck läßt den Namensaufruf vornehmen. Nach Beendigung des Geschäfts, während der Zählung, erklärt Abg. Dane: Es komme ihm soeben ein stenographischer Bericht über die Verhandlung vom 15. Nov. zu, er sei unter Denen genannt, die an jener Sitzung theilgenommen, er erkläre, daß er nicht anwesend gewesen sei. Eben so wenig sein Colleague Tieke. Abgg. v. Meusebach und Baumstark verlangen das Wort. Alterspräsident v. Brünneck erklärt: In dieser Versammlung kenne Niemand eine Sitzung vom 15. Nov. Die Abgg. v. Meusebach und Baumstark verzichten auf das Wort.

Das Resultat der Zählung wird proclamirt: es sind 159 Abgeordnete anwesend. Abg. Maassen: Er selbst sei mit mehreren Abgeordneten hier angekommen, die nicht anwesend seien. Er bitte, eine Aufforderung an die Fehlenden ergehen zu lassen. Abg. Thüm: Heute angelangt, trete ich in die Versammlung ein und werde an den Verhandlungen Theil nehmen, sobald die Versammlung beschlußfähig ist. Den gegen die Verlegung von Berlin eingelegten Protest will ich jedoch durch diesen Eintritt nicht aufheben, sondern schließe mich der Erklärung des Abg. Dane an. Abg. Maassen: Es befinden sich Viele von uns mit dem vorigen Redner in gleicher Verlegenheit, und ich bitte, daß nicht täglich hier von dieser Tribune herab von neuem protestirt werde. Alterspräsident v. Brünneck: Es sei ein Antrag eingegangen, die Sitzung bis morgen um 11 Uhr zu vertagen. (Lärmender Widerspruch.) Er habe dem Staatsministerium Anzeige gemacht vom Resultate der Zählung; eine Antwort, die wahrscheinlich ähnlich lauten werde wie die gestrige, sei noch nicht eingegangen. (Neue Unruhe, welcher eine tiefe Stille folgt, als plötzlich die Minister erscheinen.) Abg. Simons besteigt die Tribune: Ich habe den Antrag eingebracht: die Versammlung wolle die Vertagung der heutigen Sitzung auf morgen Vormittag 11 Uhr beschließen. Es steht zu erwarten, daß die Versammlung sich bis dahin vervollständigen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so beabsichtige ich zu Donnerstag folgenden Antrag zu stellen: die Versammlung wolle ihren Präsidenten beauftragen, das Staatsministerium zu ersuchen, die nicht anwesenden Stellvertreter derjenigen Abgeordneten, welche sich am Donnerstage beim Namensruf nicht gemeldet haben werden, einzuberufen. Der Ministerpräsident Graf Brandenburg erhebt sich: „Die soeben verlesenen Anträge stimmen mit den Absichten der Regierung, das Werk der Vereinbarung einer Verfassung baldmöglichst zu beginnen, vollkommen überein. Sofern daher die Versammlung auf diese Anträge einzugehen geneigt sein sollte, würde Seitens der Regierung nichts dawider zu erinnern sein.“ Der Alterspräsident stellt hierauf den Vertagungsantrag zur Abstimmung, eine große Mehrheit erhebt sich für denselben und die Sitzung ist geschlossen. (Lith. Nachr.)

— Die Deutsche Reform schildert Brandenburg so arm an Comfort, daß auch die widerspänstigste Versammlung sehr bald eine Verfassung vollenden würde: schlechte Gasthöfe, schlechtes Steinpflaster, ein Versammlungslocal, länglich wie ein schmaler Kasten, ohne geson-

berten Raum für die Parteien — man kann sich nicht einmal nach seiner politischen Ueberzeugung hinsehen, sondern muß, wie Piper, Rechts, Links und Centrum sein. — Zu essen gibt es hier wenig und schlecht; ich würde das nicht erwähnen, wenn es nicht einen politischen Grund hätte. Die guten Brandenburger haben noch gestern Abend nicht recht daran glauben wollen, daß sich eine große Versammlung bei ihnen einfinden werde. An der Ecke eines Hauses klebte noch ein Placat: „Die Nationalversammlung hat in ihrer gestrigen Abend-sitzung beschlossen: Das Ministerium Brandenburg ist nicht berechtigt, Steuern zu erheben.“

— Vom 28. Nov. ab wird Brandenburg mit Potsdam durch einen unterirdischen Telegraphen verbunden sein, desgleichen Potsdam mit Berlin vom 10. Dec. ab.

Berlin, 28. Nov. Man hat gestern Abend wiederholt die verschiedenen hier anwesenden Abgeordneten aus ihren Parteiver-sammlungslocalen vertrieben. Interessant ist es, daß man nur bei Mylius (dem Versammlungsorte der Linken) Militair verwendet hat, während die übrigen Fractionen durch Polizeiofficianten und Constabler vertrieben wurden. — Heute Morgen sind die Pressen der Druckerei der hier tagenden Nationalversammlung mit Beschlag belegt worden. — Wie wir hören, wird Hr. v. Sager seine Rück-reise bald wieder antreten, es soll auch ihm eine Vermittelung nicht gelungen sein. — Hr. Robertus ist bis zum Augenblick von Frank-furt noch nicht zurückgekehrt, man hofft auf günstige Nachrichten. Miß-glücken alle Vermittelungsvorschläge, so wäre es nicht unmöglich, daß sich die hier versammelten Abgeordneten nach einem andern Ort der Monarchie begäben und dort die Nationalversammlung wieder eröffnen. Von Mitgliedern der äußersten Linken soll auch an die Bildung von Provinzialparlamenten gedacht worden sein. Als wahrscheinlicher ist jedoch anzunehmen, daß sich die hiesige Versammlung auflösen, daß ein Theil der Abgeordneten sich in seine Heimath begeben und ein anderer eventuell nach Brandenburg gehen wird, um, falls durch Requisition von Stellvertretern es der Regierung gelingen sollte, eine beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zusammenzubringen, einzutreten. — Hr. v. Wrangel soll nach seinem „ehrenvollen Einzuge“ in Berlin sämmtlichen Bevollmächtigten auswärtiger Mächte seine Besuch gemacht haben, nur nicht den Geschäftsträgern Frankreichs und der nordamerikanischen Freistaaten. — Die Verhaftungen dauern fort, die Verhafteten werden meist ebenso von ungefähr wieder entlassen, wie sie verhaftet wurden; heute ist Hr. Müller, der sogenannte Präsident des Lindenclubs, in die Stadtvoigtei abgeführt worden, Hr. Karbe ist wieder frei. (Lith. Nachr.)

Potsdam, 27. Nov. Eine von der Hauptmann v. Rheinhardt entworfene Huldigungsadresse an die Königin, von fast tausend Frauen Potsdams aus allen Ständen vollzogen, ward heute der königlichen Frau von einer Frauendputation übergeben. Auch die Jung-frauen Potsdams hatten den Wunsch geäußert, der Königin ihre Hul-digung aussprechen zu dürfen, um den heutigen Tag gleich den Frauen mit feiern zu helfen. Diefem Wunsche entsprach das zur Bege-hung der silbernen Hochzeitfeier des königl. Paares zusammengetre-tene Comité, um nach altem Brauch zur Vorfeier der silbernen Hoch-zeit dem König und der Königin einen silbernen Strauß und Kranz darzubringen. Durch dieses Comité wurden von den Jungfrauen Potsdams dreißig bestimmt, um das Festgeschenk zu überreichen. Heute Mittag versammelten sich alle diese Frauen und Jungfrauen unter Borantritt des Comité und der städtischen Behörden im königl. Schlosse in der Stadt und wurden alsbald von dem königl. Fürsten-paar angenommen. Heute sind noch eine Deputation von Studenten aus Halle, welche im Festschmucke allgemeine Aufmerksamkeit erregten, ferner eine Deputation der hiesigen Schützengilde, welche eine Glück-wunschadresse übergeben haben, eine Deputation von hiesigen Bürger-frauen zur Ueberreichung eines Gesangbuchs von dem hohen königl. Ju-belpaare angenommen worden. (Berl. B.)

Breslau, 27. Nov. Gestern hatten sich sämmtliche Führer der Bürgerwehr im Fürstensaal versammelt und den Beschluß gefaßt, ihre Stellen niederzulegen, und durch eine Neuwahl den Beweis zu geben, ob sie, was die Stadtverordneten und Magistrat in Abrede stellen, mit ihren Compagnien gleiche Gesinnung hegen. Die Erklärung der Führer an den Magistrat lautet: Hochlöblicher Magistrat! Die Führer der Bürgerwehr haben in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Magistrats und der Stadtverordneten erklärt, daß die Nationalversammlung in dem obwaltenden Conflict mit der Krone in ihrem Rechte sei. Magistrat und Stadtverordnete haben ihre beschloffenen Beschlüsse wieder aufgehoben. Die unterzeichneten Führer dagegen erklären, daß sie bei ihre ausgesprochenen Ueberzeugung beharren, daß die Nationalversammlung in ihrem Rechte sei. Zur Beseitigung jeden Zweifels jedoch, ob diese Ansicht der Führer auch die der ganzen Bürgerwehr sei, oder ob letztere eben wie Magistrat und Stadtverordnete ihre politische Meinung geändert haben, halten es die Unterzeichneten für ihre dringende Pflicht, ihre Stellen niederzulegen und sich einer Neuwahl zu unterziehen. Dieselben erklären jedoch, daß sie zur Vermeidung jeden Conflicts und zur Abwendung mög-

lichen U
function
hochlöbli
Folgen
Adjutan
nung
welche d
pacht de
eine aus

— Di
auf dem
stänbene
ohne das
lig werd
einander
wehman
den Hüte
zwei Off
im Hinte
durch die
empfangt
sergott u
schon Fä
für Köni
überrasch
terwegs
suchen zu
Menge se
auf bis a
Hauptma
gen die a
Arbeiter
Degen m
spaltener
Männer r

Die
teten sich
haben soll
sich des we
anheimfall
und es zer
wehr herab
gers“ zu
verfiel noch
Volksjustiz
sohlen? I
ihn nieder
Text auf d
menstoff,

Wien
hiesigen B
dem Fürste
auch dem
für ihre gr
Ruhe zu d
handlungsg
sehen. —
der erschein
gekündigt.
ten haben
tes zu Kren
verei in gel
ginnen wic
Nordbahn
Von der S
niger als I
ausgeschrieb
ausgeschlosse
auf einige
Presburg,
— Die We
begegnet zah
zeitig der
reit zu wer
Don d
Rossut
Herzen entz
Freut. Er h

lichen Anheils unserer Stadt bis zur erfolgten Neuwahl ihre dienstlichen Funktionen beibehalten und ihre Pflicht gewissenhaft erfüllen werden. Ein hochholländischer Magistrat wolle sofort die betreffenden Neuwahlen anordnen. Folgen 80 Unterschriften des Obersten, der Majore, Hauptleute und Adjutanten der Bürgerwehr. — Der Verein für gesetzliche Ordnung hat gestern einen Antrag der Art angenommen: daß Diejenigen, welche durch öffentliche Schritte nach der Ansicht des Vereins den Verdacht der Reaction auf sich geladen, aufgefordert werden, aus dem Vereine auszuschneiden. (Bresl. Z.)

Die breslauer Zeitungen berichten über eine bei einer am 26. Nov. auf dem Neumarkt in Breslau abgehaltenen Volksversammlung entstandene Schlägerei Folgendes: Es verging wol eine halbe Stunde, ohne daß ein Redner erschien. Das Ganze schien nachgerade langweilig werden zu wollen, und die Menge schied sich eben an, ruhig auseinander zu gehen, da kam plötzlich ein Zug von etwa 20—30 Landwehrmännern, weiße Kreuze „mit Gott für König und Vaterland“ auf den Hüften und (großentheils) Stöcke in den Händen an, gefolgt von zwei Offizieren und einigen Unteroffizieren. Die Militairs blieben aber im Hintergrunde stehen, während die Landwehrmänner raschen Schrittes durch die Menge bis zum Standbilde des Neptun vordringen. Hier empfängt sie das Hallogeschrei der Jungen, welche den steinernen Waffergott umklammern, und kaum ist dasselbe verhallt, so werden auch schon Häufte und Stöcke sichtbar, und die Landwehrmänner mit Gott für König und Vaterland sehen sich, von der ungaslichen Begrüßung überrascht, zur schleunigsten Flucht gezwungen. Zwar setzen sie sich unterwegs tapfer zur Wehr, aber sie werden wiederholt geworfen und suchen zum Theil ein Asyl in einem Eckhause, dessen Ausgänge die Menge sofort umlagert, zum Theil flüchten sie die lange Holzgasse hinauf bis an die Secchi-Bahrt'sche Conditorei. Hier vertheidigt sich der Hauptmann der Schar, Paul v. Rimpfisch, mit seinem Stockdegen gegen die anstürmende Masse eine Zeit lang mit Glück; als er aber einen Arbeiter verwundet, da steigt die Wuth des Volks aufs höchste, der Degen wird ihm entrisen, mit einer klaffenden Stirnwunde und gespaltenen Nase stürzt er nieder und wird nur durch einige energische Männer weiten Mißhandlungen entzogen und in Sicherheit gebracht.

Die übrigen Theilnehmer an diesem Kreuz- und Leidenszuge retteten sich in das Regierungsgebäude, wo die Schar sich gesammelt haben soll. Alle aber hatten nichts Angelegentlicheres zu thun, als sich des weißen Kreuzes zu entledigen, das sie unrettbar dem Lynchgesetz anheimfallen ließ. Das Volk tobte noch lange auf der Albrechtsstraße und es zerstreute sich erst mit Einbruch der Dämmerung, als Bürgerwehr heranzog und die Versuche, sich eines „reactionären Weiskreuzers“ zu bemächtigen, vereitelt wurden. Außer den Landwehrmännern verfiel noch ein Taschendieb, der auf frischer That ergriffen wurde, der Volksjustiz. Gewöhnliche Arbeiter schrien: „Was, der Kerl hat gestohlen? Ist's jetzt Zeit zum Stehlen, wo wir einig sein sollen? Schlagt ihn nieder, den Hund!“ und damit schlugen die nervigen Häufte den Keil auf den Rücken des ungeschickten Diebes. So endigte ein Zusammenstoß, der für uns Alle von den bedenklichsten Folgen sein konnte.

Österreich.

Wien, 26. Nov. Heute Morgen begibt sich eine Deputation des hiesigen Bürgerstandes mit einer Dankadresse in corpore zu dem Fürsten Windisch-Grätz nach Schönbrunn, um ihm und hierauf auch dem Gouverneur Welden sowie dem Stadtkommandanten Franz für ihre großen Verdienste um die Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe zu danken. Eine ähnliche Dankadresse circulirt unter dem Großhandlungsgremium und ist bereits mit zahlreichen Unterschriften versehen. — Bereits 32 Zeitungen dürfen hier ohne alle Censur wieder erscheinen; darunter wird heute M. G. Saphir's „Humorist“ angekündigt. Auch Hr. Schwarzer soll seine Concession wieder erhalten haben und willens sein, sie vorerst durch Herausgabe eines Blattes zu Kremsier zu benutzen. Auch der juridisch-politische Leseverein geht seiner Wiedereröffnung entgegen. — Von morgen an beginnen wieder die Fahrten auf der Nordbahn von und nach dem Nordbahnhofe nächst dem Prater zu den gewöhnlichen Stunden. — Von der Staatsverwaltung ist eine Gewehrlieferung auf nicht weniger als 1 Million Stück innerhalb rasch auf einander folgender Termine ausgeschrieben; dem Vernehmen nach soll die ausländische Concurrenz ausgeschlossen bleiben. — Die Operationen gegen Ungarn sind wieder auf einige Tage verschoben; die Hauptmacht der Magyaren erscheint bei Pressburg, die k. k. Truppen sind größtentheils bei Brud concentrirt. — Die Werbungen nach Italien nehmen guten Fortgang; man begegnet zahlreichen Trupps Neuangeworbener, und es erwächst gleichzeitig der Stadt eine Wohlthat, von vielen arbeitscheuen Leuten befreit zu werden. (*)

Don der ungarischen Grenze, im Nov. Die Rede, welche Kossuth vor seinem Abgange von Pressburg daselbst hielt, hat alle Herzen entzündet und in die Gemüther eine düstere Todesverachtung geäußert. Er hielt den hölzernen Becher und den Holzlöffel in der erhob-

benen Rechten, aus denen er während seiner, bekanntlich ohne Unterbrechung und Urtheil verhängten Gast seine Nahrung genommen; er zeigte sie dem Volke und wies darauf hin, was Ungarn zu erwarten habe, falls die österreichische Reaction siegen würde. Pressburg wird entweder am 26. oder 27. Nov. von den kaiserlichen Truppen angegriffen werden und scheint entschlossen, sich so lange als möglich zu halten. Bei dem Verrath, der die slawonische Festung Esseg in die Hände der Magyaren spielte, wird besonders ein dortiger Handelsmann, ein Verwandter Batthyany's, als Derjenige bezeichnet, der durch ungarisches Geld die italienische Besatzung zu gewinnen wußte, wie denn überhaupt an dem gegenseitigen Einverständnis der ungarischen und italienischen Truppen kaum mehr gezweifelt werden kann. In Wien soll die Gräfin Kevitz, Witwe des ehemaligen ungarischen Hofkanzlers, der später als k. k. Gesandter in Florenz starb, die Vermittlerin der italienischen und magyarischen Interessen gemacht haben, weshalb sie auch jüngsthin wegen versuchter Verführung der Truppen verhaftet ward. (Bresl. Z.)

R Prag, 27. Nov. Es gab eine Zeit, und es ist noch nicht so lange her, wo man den Panславismus eifrig überwachte, und wo man in den höhern Regionen denselben als der Dynastie Gefahr bringend fürchtete; und jetzt, wie scheint das Alles geändert! Jellachich, der hin und wieder als künftiger Kaiser eines großen Slawenreichs angesehen wird, empfängt einen Orden mit einem eigenhändigen Briefe des Zars (Nr. 334), worin er ihm für die großen Dienste dankt, ohne daß er in dem Briefe bestimmt erwähnt, wem sie geleistet sind, was ausgelegt wird, daß sie auch theilweise dem Schreiber erwiesen wurden. Die Slawen wissen diese Hinneigung an das Slawenthum sehr wohl zu benutzen; bei jeder Gelegenheit heben sie in ihren Organen das Verdienst hervor, das sie sich um die Erhaltung der Monarchie erworben. Dafür glauben sie sich aber auch das Recht erworben zu haben, überall öffentlich gegen die Deutschen aufzureizen. Der Narodny Nowiny, das einflussreichste Organ der czechischen Partei, veröffentlicht in seiner Nummer vom 22. Nov. einen Aufruf von Kukuljewicz an die Slawen Oesterreichs, worin sie förmlich aufgefordert werden, sich aller deutschen Beamten mit Gewalt zu entledigen, worin Jeder verflucht wird, der eine deutsche Zuschrift von seinen Lehrern annimmt oder vor Gericht eine andere als die slawische Sprache spricht. Daß solche Artikel auf die große Masse des Volks sehr aufreizend wirken, läßt sich leicht ermessen. — Endlich wird hier nach monatelangen Vorbereitungen der erste Pressproceß vor Oesterreich zur Verhandlung kommen. Im Wenzelsaal, wo die ersten Verhandlungen des stürmischen Volkswillens am 11. März laut wurden, wird, charakteristisch genug, der Schauplatz des provisorischen Pressgerichts sein. Wie wir hören, soll schon am 15. Dec. der erste Pressproceß gegen den Redacteur Guido Polz zur Verhandlung kommen. Eine ziemliche Anzahl von Klagen sind bereits beim Staatsanwalt eingelaufen, sehr viele davon aber sollen von ihm gleich zurückgewiesen worden sein.

Um dem Mangel an Silber- und Kupfermünze abzuhelfen, hat das hiesige Stadtverordnetencollegium heute angefangen, für 150,000 Fl. Conventionsmünze kleine Noten zu 10 Kr. (3 $\frac{1}{2}$ Ngr.) und 20 Kr. (6 $\frac{1}{2}$ Ngr.) auszugeben. — Das provisorische Obercommando der hiesigen Nationalgarde wurde seit dem Juniaufstande von einem Major der Infanterie geleitet. Dieser sah sich aber veranlaßt, zurückzutreten, und Hr. Buchdrucker Haase wurde vom Subernium provisorisch um die Leitung der Geschäfte des Obercommandos angegangen. — Wie wir hören, soll seit der letzten Abstimmung in Kremsier die Rechte sich um 39, die Linke um 23 Mitglieder durch Neuangeworbene verstärkt haben. Die Majorität würde demnach wieder auf Seiten der Rechten sein. Die nächste Abstimmung wird uns hiervon überzeugen. Die Czechen sind ganz vollständig in Kremsier, und die Mitglieder, die ihren Austritt beabsichtigen, wollen nun erst den Erfolg der ersten parlamentarischen Kämpfe sehen. — Die Zahl der Hörer an der hiesigen Universität hat sich besonders in den juridischen Studien auffallend vermehrt, woran wol die Schließung der Universität in Wien Ursache ist. Heute beginnen die Vorlesungen über öffentliches Gerichtsverfahren, ein Gegenstand, der hier zum ersten Mal an einer österreichischen Universität vorgetragen wird.

— Die Wiener Zeitung bemerkt zu der von pariser Blättern genannten Ernennung des Commandanten des Kriegsdampfboots Asmodée, Hr. Ricaudy, für seine „feste und intelligente“ Haltung in diesen sechs Monaten vor Venedig zum Contreadmiral, sowie zu der Angabe französischer Zeitungen, daß Hr. Ricaudy an den Admiral Baudin berichtet, er hätte den österreichischen Escadrecommandanten bedroht, ihn anzugreifen, wenn er die Blockade von Venedig nicht aufgeben würde: Aus officiellen Berichten zeigt sich diese Behauptung als gänzlich unwahr, indem der Oberst Rudriassky mit seiner Flotte, sobald er die Ankunft der zwei französischen Schiffe Jupiter und Psyche im Adriatischen Golfe (zu Ende des Monats September) erfuhr, so manoeuvrirte, daß er zu gleicher Zeit mit diesen vor Venedig erschien, sein Recht auf die Blo-

Lade der Art behauptete, daß er angesichts der französischen Schiffe und insbesondere des nahe bei Malamocco geankerten Usmodée mehre mit Lebensmitteln beladene Fahrzeuge, welche in den Hafen von Venedig einlaufen wollten, kaperte, und sich in diesen Gewässern so lange mit der ganzen Flotte hielt, als es die Witterung gestattete und bis die Stürme ihn und die Franzosen zwangen, Schutz an der istrischen Küste in der Röhde von Pirano zu suchen, wo beide Theile in dem freundschaftlichsten Verkehr verweilten. Ricaudy's feste und intelligente Haltung beschränkte sich aber in den sechs Monaten darauf, mit dem einzigen von ihm befehligten Usmodée während seiner fortgesetzten Fahrten zwischen Triest und Venedig, den Venetianern Briefe und Nachrichten zu bringen, sie zur Ausdauer aufzumuntern und französische Hülfe zu versprechen. Dies die Verdienste Ricaudy's.

† **Hermannstadt, 4. Nov.** Der commandirende General hat ein Landesverteidigungscomité zusammengesetzt, welches aus Mitgliedern des Militärs, des Oberlandescommissariats, der sächsischen und romanischen Nation besteht und alle diesen wichtigen Zweig der Geschäfte betreffenden Gegenstände zu verhandeln hat. Auch ist die vertagte sächsische Nationaluniversität am 30. Oct. wieder eröffnet und zugleich ein Nationalcomité von sechs Mitgliedern ernannt worden, welches in Wechselwirkung mit dem romanischen Nationalcomité zu treten und die nöthigen Verfügungen gemeinschaftlich mit dem letztern in der Art zu treffen hat, daß insbesondere in den sächsischen Kreisen die Verwaltung ungestört aufrecht erhalten und alle etwaigen Verwirrungen vermieden werden. Unsere Macht wächst von Tag zu Tag; die ganze südliche Hälfte unsers Vaterlandes ist für den Kaiser und den Gesamtstaat in den Waffen, während in der nördlichen Hälfte das zweite Romanenregiment, der bisrührer District, die Mezöseg, der Kövarer District, die sächsische Bevölkerung der thordaer und koloscher Gespanschaft sich zu gleichem Zweck erhoben haben. Aus Galizien erhalten wir kräftige Unterstützung an Truppen und Kriegsbedürfnissen.

Die Szeklerabtheilung, welche Schäßburg umgehend nach Blasendorf vordringen wollte und zwischen den beiden Koken die meisten sächsischen und walachischen Dörfer plünderte, verbrannte und die reiche Beute auf Wagen ins Szeklerland führen ließ, kam 800 M. stark in Magyar-Saros bei Medwisch an, wo sie am 25. Nov. von den Kaiserlichen angegriffen wurde. Diese bestanden aus zwei Compagnien von Karl Ferdinand, einer Compagnie Siokowitsch sammt vier Compagnien medwischer Bürger und einer Compagnie Walachengarde mit zwei Kanonen unter Anführung des Majors Gleiser. Es kam zu einem hitzigen Gefechte; von den Szeklern wurden 120 niedergemacht, bis sie mit ihrem Anführer Berszenzei die Flucht ergriffen. — Ebenso wurde die magyarische Nationalgarde von Nagy-Enyed bei ihrem Angriff auf Krako in der Nähe Karlsburgs am 28. Oct. mit bedeutendem Verluste zurückgeschlagen. Aus Ubrudbanya wird berichtet, daß in der ganzen Umgegend die kaiserl. Fahne ohne das geringste Blutvergießen von der magyarischen Bevölkerung selbst aufgepflanzt und der Eid der Treue abgelegt werde.

Hermannstadt, 10. Nov. Am 5. Nov. ist durch den Rittmeister Ritter v. Kalchberg des Chevaulegersregiments Erzherzog Ferdinand Max mit 2 Escadronen dieses Regiments und 2 Compagnien Leininger Infanterie das 4000 Mann starke Szeklerlager bei Radnoth angegriffen und zerstört worden. Der Feind hat sich über die Marosch geflüchtet und dort zerstreut, 3 Offiziere und 120 Mann wurden zu Gefangenen gemacht. Der magyarische Terrorismus will kein Ende nehmen. Am 2. Nov. ist wieder ein romanischer Erzpriester Namens Turk in Klausenburg aufgehängt worden. Als der Augenzeuge von dort abreiste, sah er noch fünf Romanen am Pfahle gebunden. (Sieh. B.)

* **Schäßburg, 6. Nov.** Seit der Mitte October ist der Bürgerkrieg in seiner gräulichsten Gestalt losgebrochen. Die Magyaren machten sich von der Versammlung in Ugyagfalu (zwischen Schäßburg und Udoarhely) um die Mitte October auf, um in den beiden Kokenhöllern und am Marosch abwärts Alles, was nicht mit ihnen sei, zu zerstören. Die Gefahr für Schäßburg war nahe. Hätten wir nicht starke Militärbesetzung und Kanonen gehabt, wäre unsere Bürgerwehr nicht auf den Beinen und die Stadt verbarbicadirt und die Burg in eine Festung verwandelt gewesen, so wäre unsere Stadt jetzt ein Schutthaufen. Die Magyaren haben das sächsische Dorf Erled verbrannt und ausgeplündert; Weiskirch hat sein bisheriger Grundherr, Graf Haller, selbst verbrennen lassen. Jetzt ist es mit Hülfe des walachischen und sächsischen Landsturms und des Militärs gelungen, eine Linie gegen die Rebellen zu ziehen und in das Szeklerland einzufallen. Man hat die Errichtung eines sächsischen Jägerbataillons von 1250 M. auf Kosten der sächsischen Nation in Angriff genommen; unsere Jugend drängt sich zum Einschreiben.

Mailand, 20. Nov. Die Schlappen, welche das Gernirungscorps vor Venedig erlitten, haben einen tiefen Eindruck auf die Armee gemacht, als früher ähnliche Vorfälle. Herr vom ganzen lombardisch-venetianischen Königreiche, glaubte man allgemein, Radetzky werde mit Kraft und Nachdruck gegen Venedig auftreten, sah sich hierin jedoch ge-

täuscht; denn jene Unglücksfälle können nur der Schlawheit der Maßregeln, der numerischen Schwäche der dort sich befindlichen Truppenabtheilungen (Feldmarschalllieutenant Welden hatte umsonst um Verstärkung angefordert) zugeschrieben werden. Die Gernirung Venedigs, längs den ungesunden Strecken der Terra ferma, hat der Armee schon weit mehr Opfer gekostet, als die Eroberung des Forts Malghera, des Schlüsselpunktes der Landseite, gefordert hätte. Zwar wurde nach der Einnahme von Treviso eine Beschießung jenes Forts vorgenommen, mit so wenig Nachdruck und so geringen Mitteln jedoch, daß den Venetianern dadurch mehr Zuversicht und Muth als Schrecken beigebracht wurde. Wie aber der sardinische König den Waffenstillstand zu halten verleihe, lehrt die neuerliche Erscheinung seiner Flotte in den Gewässern Venedigs. (N. 3.)

Schweiz.

* **Vom Bürchersee, 24. Nov.** Es läßt sich nun als gewiß annehmen, daß die Frage wegen des Sitzes der obersten Bundesbehörde, d. h. des Bundesrathes und der Bundesversammlung, zu Gunsten Berns entschieden werden wird. Die Wahl Furrer's zum Bundespräsidenten und der Antrag Ochsenbein's auf Gründung einer eidgenössischen Universität, die ihren Platz nicht in der Bundesstadt zu bekommen hätte, sind nebst der Zusammensetzung der für diese Angelegenheit gewählten Commission, die in der Mehrzahl aus bernersich gesinnten Mitgliedern besteht, deutliche Fingerzeige. Ueberdies sollen die Lehrer der berner Universität bereits Winkler bekommen haben, sich zur Uebersiedelung nach Zürich vorzubereiten, wo man sich in das Unvermeidliche, das, recht betrachtet, auch das Zweckmäßigste ist, sicher mit mehr Ergebung fügen wird, als man im entgegengesetzten Falle für Bern Beweise hätte. Zum Sitze des Bundesgerichtes, in dem nun endlich auch ein Bürger der Urkantone Aufnahme gefunden hat, wird dann vermuthlich Luzern bestimmt werden.

Daß die vereinigten Rätthe den Beschluß des Nationalrathes wegen der freiburger Wahlen aufgehoben haben, wird namentlich von Denjenigen bedauert, welche die Neuhaus'sche „Staatsraison“ nur im äußersten Nothfalle in Anwendung bringen möchten. Die Stellung der freiburger Regierung, der Geistlichkeit und dem von dieser geleiteten Volke gegenüber, ist allerdings eine exceptionelle, aber nicht schwieriger als jene der Regierungen von Zug und Wallis, die ihre Bahn bisher mit großer Klugheit und Mäßigung verfolgt haben. Und Berufung auf Cantonsouverainetät klingt wahrhaft lächerlich im Munde von Leuten, die sich der Volkssouverainetät zum Trost an ihre Stühle klammern. — Hr. Löwenfels hat in Gemeinschaft mit ein Paar andern Führern des Struve'schen Zugs eine Flugschrift veröffentlicht, die auf das Treiben der rothen Republikaner, so nennt sich einer der Verfasser selbst, indem er beifügt, daß er künftig seine Segner alle todtschlagen werde, merkwürdige Streiflichter wirft. Man verkennt in Deutschland die Gesinnungen des schweizerischen Volks ganz und gar, wenn man glaubt, daß es in seiner Mehrheit mit diesen Leuten sympathisire.

Bern, 23. Nov. Der Nationalrath hat in seiner heutigen Sitzung folgendes Gesetz über den Bundessitz angenommen: 1) Der Ort, an welchem die Bundesversammlung und der Bundesrath ihre Sitzungen halten, hat dem Bunde die erforderlichen Räumlichkeiten für die Bundesversammlungen, für den Bundesrath und seine Departements, für die Commissionen, für die Bundeskanzlei, für die Bureaux der durch den Bund in der Bundesstadt centralisirten Verwaltungszweige, für das eidgenössische Archiv, sowie eine Wohnung für den Kanzler und seinen Stellvertreter, endlich eine Münzstätte unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten. Derselbe hat auch die innere Einrichtung und Ausstattung (Meublierung) der für die Versammlung der Rätthe bestimmten Räume zu übernehmen; 2) der Ort, an welchem das Bundesgericht seine Sitzungen hält, hat die Räumlichkeiten für die Versammlung des Bundesgerichts und der Commissionen, für die Kanzlei und das Archiv unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, gehörig einzurichten und zu unterhalten; 3) die nach Art. 1 und 2 erforderlichen Anordnungen unterliegen der Genehmigung des Bundesrathes; 4) die Bezeichnung des Bundessitzes wird durch offene Abstimmung in den getrennten Rätthen stattfinden; 5) die für den Sitz der Bundesbehörden bezeichneten Orte haben binnen Monatsfrist an den Bundesrath die Erklärung abzugeben, ob sie die ihnen durch das Gesetz auferlegten Verbindlichkeiten übernehmen wollen. (D. P. A. 3.)

Italien.

Die sardinische Regierung erklärt das außerordentliche Steuerdecret Radetzky's (Nr. 329) und die damit gegen die Widerstrebenden verknüpften Drohungen der Gütersequestration für null und nichtig. Indem die sardinische Regierung den Waffenstillstand angenommen, habe sie ihre Ansprüche auf die Lombardei keineswegs aufgegeben. (N. 3.-3.)

— Wir erhalten über die Ermordung Roffi's nachstehende Mittheilung von unserm *Correspondenten aus Rom vom 16. Nov.: In einem politischen Synhedrium, das sich bei dem französischen Buchhändler Merle am Corso zuweilen zusammensindet, hörte ich den Minister

Roffi o
äußern,
der Par
den zu
Zudung
keinesw
Volks,
Einkrit
köpfe sa
früher
verwöhn
und schr
sche Pf
einmal ü
neapolita
nem Fre
gelernt,
Roffi ha
Mann re
Mittags
rielle M
verfehle
und gest
sen durc
Carabini
und vorg
litaner v
ren; ver
lette zu
Sant' W
ten Tage
den Röm
genheit
Fremdling
aus dem

Der
der Deput
angedeute
den Wag
dem Thor
leidigung
wollte, en
sische so
allgemeine
rie, die
Zeit und
erschlich.
mehr gest
zen: Tod
Die wilde
poraneo,
Papst und
recht. Di
hohen gei
römischen
Zahl der
Ausweisung
lichen, bes
welche in
Arbeiten fü
Ich he
geblicke
stehende
den Papst
söhnen. W

Rom,
halt: Mam
aufhält, ist
scheinlich da
Grenzen It
werden, um
des öffentlic
wird dem M
Gewalt. Ga
fi's Stelle.
die öffentlic
(Zucchi ist p
das Tesoriat
reni, der fr
Verwaltung

Rossi oft über die jetzigen Agitatoren in Rom sich in einer Weise äußern, welche deutlich zeigte, daß er über die gegenseitige Stellung der Parteien entweder nicht genau unterrichtet war oder sie nicht fürchten zu dürfen glaubte. Er war der festen Ueberzeugung, die politischen Zuckungen des Kirchenstaats, wie sie sich in Rom reflectirten, seien keineswegs eine naturgemäße Aeußerung der Stimmung des ganzen Volks, sondern müßten nur hergeleitet werden von der elektrischen Einwirkung weniger Hühnerköpfe auf die Menge, und über diese Hühnerköpfe schloß er stets mit der Formel: nous les étoufferons. Schon früher meldete ich Ihnen, Rossi's energisches Auftreten werde von den verwöhnten Römern mißliebig aufgenommen. Seine Feinde sprachen und schrieben, er habe vor, unter säcularen Formen das alte despotische Pfaffenregiment zurückzuführen, und dem großen Haufen ward einmal über das andere in die Ohren geraunt, er stehe im österreichisch-neapolitanischen Solde. Der päpstliche Minister hatte indessen von seinem Freunde und Lehrer in der Staatskunst, Hrn. Guizot, frühzeitig gelernt, was von dergleichen Oppositionen gewöhnlich zu halten sei. Rossi hatte bis gestern nicht weniger als 1000 Gendarmen und 6000 Mann regulärer Miliz in Rom zusammengezogen, um bei der in den Mittagsstunden erfolgten Wiedereröffnung der Kammern durch materielle Macht so viel als möglich zu imponiren. Allein die Maßregel verfehlte diesmal durchaus ihr Ziel. Die Truppen mußten vorgestern und gestern in den Vormittagsstunden mit klingendem Spiel die Straßen durchziehen; die Universität ward zum Theil in ein Quartier der Carabinieri verwandelt, ebenso der Palazzo Borromeo; Rossi ließ gestern und vorgestern drei hier im Exil lebende Sicilier und zwei Neapolitaner verhaften, welche im höchsten Grade politisch compromittirt waren; verhaftet wurden auch drei junge Männer, welche eine Geldcollekte zu dem auf heute angeetzten feierlichen Requiem in der Kirche Sant' Andrea della Valle für die gefallenen Wiener während der letzten Tage betrieben hatten. Dies und manches Andere der Art dächte den Römern ein evidentestres Streben, eine gehässige politische Vergangenheit zurückzuführen. Man verschwor sich in vorletzter Nacht, den Fremdling Rossi (er ist aus Carrara, etwa im Alter von 60 Jahren) aus dem Wege zu räumen.

Der Minister ward von seinen Freunden gewarnt, der Eröffnung der Deputirtenkammer nicht beizuwohnen; er soll indessen die von ihnen angedeuteten Gefahren verachtet haben. Nachmittags 2 Uhr stieg er in den Wagen und fuhr nach der Cancellaria. Bei seiner Ankunft an dem Thore mußte er von dem aufgestachelten Volke die gemeinsten Beleidigungen hören. Als er die Treppe zum Sitzungssaale hinaufgehen wollte, entstand ein erkünsteltes Gedränge, in welchem ihn drei Dolchstiche so sicher trafen, daß er drei Minuten nachher verschied. Eine allgemeine Stille trat ein; doch erschien weder Civica noch Gendarmarie, die Mörder zu verhaften. Vielmehr hatten diese die bequemste Zeit und Gelegenheit, zu entinnen. Rossi ist für den Augenblick unersichtlich. Das aber wollen die Wähler nicht wissen, sie schrien vielmehr gestern Nachmittag und Abend ohne Aufhören durch die Straßen: Tod der Deputirtenkammer! Es lebe die Constituirung Italiens! Die wildesten Schreier wollen den bekannten Redacteur des Contemporaneo, Signor Sterbini, an Rossi's Stelle und haben gestern dem Papst und der Kammer 32 Reformvorschlüge zur Genehmigung eingebracht. Diese fordern unter Andern: Luxusaufgabe, Verminderung der hohen geistlichen und weltlichen Gehalte, Abgaben auf die von den römischen Principi ungebaut gelassenen Territorien, Verminderung der Zahl der Conservatorien und Klöster und Vermietzung der geräumten, Ausweisung der in Rom sich täglich wieder mehr häufenden Ergeistlichen, besonders der Jesuiten, Ausweisung vagabundirender Priester, welche in Rom als Glückbringer aufzutreten pflegen, Vermehrung der Arbeiten für die geistlichen Congregationen u. dgl. m.

Ich habe noch eben so viel Zeit, zu melden, daß in diesem Augenblicke (2 Uhr Nachmittag) bei 60,000 Menschen, auch alles hier stehende Militair, mit Musikhören den Quirinal hinaufziehen, um den Papst durch Eviden wegen Rossi's Ermordung mit sich zu versehen. Welch ein Spiel!

Rom, 17. Nov. Das neue Ministerium hat folgende Gewalt: Mamiani, welcher sich in Genua angeblich seiner Gesundheit wegen aufhält, ist zum Minister des Auswärtigen ernannt und wird also wahrscheinlich damit beginnen, daß er den Brenner und den Guarnero als die Grenzen Italiens in Anspruch nimmt. Kurieren sind nach ihm abgefand worden, um ihn eiligst hierher zu berufen. Rosmini erhält das Portefeuille des öffentlichen Unterrichts, welches zuletzt Cardinal Bizzardelli hatte, und wird dem Ministerrath präsidiren: die einzige Connivenz gegen die kirchliche Gewalt. Galletti, der dem Ministerium seinen Namen leiht, tritt in Rossi's Stelle. Sterbini nimmt Massimo's Stelle ein und wird den Handel und die öffentlichen Arbeiten überkommen. Campello kehrt zum Kriege zurück (Zucchi ist proscribirt und hat Rossi's Schicksal in Aussicht!). Lunati muß das Tesoriat wieder übernehmen, das ihm unerträglich geworden war. Sereni, der frühere ruhmvolle Präsident der Deputirtenkammer, ist zur Verwaltung der Rechts- und Gnadensachen berufen. Diesen Morgen

hat sich dieses Ministerium zum ersten Mal bei Rosmini versammelt. Inzwischen hat gestern Abend der Circolo popolare, welcher im Palazzo Franco seinen Sitz hat, als provisorische Regierung agirt. In dem Hofe war eine Schwadron Dragoner aufgestellt, welche die Befehle rasch beförderte. Nach den Provinzen wurden Kurieren geschickt. Die Civica hat anstatt der Schweizer die Palastwache bezogen. Letztere sollten gefangen genommen werden, fanden jedoch an Galletti einen Vertheidiger und blieben daher in ihre Palastquartiere consignirt. Zwischen sämtlichen Truppen und der Civica herrscht die größte Einigkeit. Man sagt einander viel Schönes, umarmt sich viel und hört nicht auf, sich zu beglückwünschen. Das Programm scheint den Papst nicht ganz aufgeben zu wollen. Republikanische Tendenzen, die unverkennbar sind, halten daher feste Grenzen streng ein und geben vor der Hand die Maske der Monarchie, welche sich hier zu Lande namentlich mit einem immer weiterhin glänzenden Namen schmückt, nicht auf. Diesen Mittag sind die Legionaire und Tirailleurs, welche der Senat erst vor kurzem mit einem Ehrenzeichen zum Andenken an die Capitulation von Vicenza geschmückt hat, wieder unter die Waffen berufen. Der gedruckte Maueranschlag, durch welchen dies geschieht, ist L. G. unterzeichnet. (U. Z.)

— Briefe aus Rom vom 18. Nov. melden kein weiteres Ereigniß, sondern versichern, der Papst wolle gegen die Gewaltthaten protestiren.

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

Handel und Industrie.

Berliner Börse, 28. Nov. Preuß. Fonds und Geldsorten: Staatsf. 3 1/2 pc. 76 3/8, Seehdl. Prämisch. 92, Pfandbr. westp. 3 1/4 pc. 83 3/4, posen. 4 pc. 95 3/4 Br., neue 3 1/2 pc. 79 3/4 Br., ostpreuß. 3 1/2 pc. 88 1/2, pom. 3 1/2 pc. 92 Br., kur- und neumärk. 3 1/2 pc. 92 Br., Bankantk. 87 1/2, Friedrichsd. 113 1/2, Rousid. 113, Disconto 4 Proc. — Eisenbahnen Actien. Woll eingezahlte: Berg.-Märk. 56 1/2, Berl.-Anh. Litt. A. und B. 80, Pr.-Act. 4 pc. 80 1/4, Berl.-Hamb. 4 pc. 64 1/2, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 91 1/2, Berl.-Potsd.-Magd. 4 pc. 54 1/2, Prior.-Act. A. u. B. 4 pc. 78 3/4, 5 pc. 88 Br., Berl.-Stett. 88 3/4, Prior. 99 1/2, Köln-Mind. 4 pc. 76 3/4, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 91 1/2, Kraf.-Oberschl. 4 pc. 42, Kiel-Alt. 4 pc. 87 1/4, Mecklenb. 33 1/2 Br., Niederschl. 4 pc. 68 1/2, Prior.-Act. 4 pc. 84 1/2, 5 pc. 95 3/4, Prior. Serie III. 5 pc. 90, Oberschl. Litt. A. 3 1/2 pc. 90, Litt. B. 3 1/2 pc. 90, Prinz-Bilb. (St.-B.) 4 pc. 30, Prior.-Act. 5 pc. 78, Rhein. 51, Prior. 4 pc. 77 1/2, Starg. Pos. 4 pc. 68, Thür. 4 pc. 40 3/4, Prior. 4 1/2 pc. 83, Sarsfoje-Selo 93. — Duitungsbogen: Berl.-Anh. Litt. A. 4 pc. 80 1/2, Nordb. (Fr.-B.) 4 pc. 40 3/4. — Ausländische Fonds: Russ.-Engl. Anl. 5 pc. 102 1/2, 2.-5. Anl. (Stiegl.) 4 pc. 83 1/2 Br., Poln. Schaßobl. 4 pc. 67 1/4, Poln. Pfandbr. (alte) 4 pc. 91 1/4, (neue) 4 pc. 91, Part. à 500 Fl. 4 pc. 68 1/2, à 300 Fl. 95, Poln. Bank-Cert. Litt. A. 300 Fl. 5 pc. 70 1/2, Bank-Cert. zinsl. 13 1/4 Br.

Leipziger Börse am 29. Nov. 1848.

Course	Anges.	Ge-	Staatspapiere.	Anges.	Ge-
im 14-Thaler-Passe.	boten.	sucht.	Action	boten.	sucht.
			exclus. Zinsen.		
Amsterdam	143 1/2	—	Königl. Sachs. Staats-Papiere *)	—	75 1/2
pr. 250 Ct. n.	2 Mt.	—	à 3 1/2 % im § v. 1000 u. 500	—	—
Augsb. pr. 100 Ct. n.	2 Mt.	102 1/2	14 3/4 F. 2 kleinere	—	86 1/2
erlin pr. 100	2 Mt.	99 1/2	à 4 % d. d. v. 500	—	100 1/2
Pr. Crt.	2 Mt.	—	d. d. kleinere	—	—
Bremen pr. 100	2 Mt.	112 1/2	Kön. Sachs. Landrentenbriefe	—	82
Ladr. à 5 %	2 Mt.	—	à 3 1/2 % im § v. 1000 u. 500	—	—
Breal. pr. 100	2 Mt.	99 1/2	14 3/4 F. 2 kleinere	—	—
Pr. Crt.	2 Mt.	—	Act. d. eh. S.-Bair.-B.-G. bism. ch.	—	76
Frankfurt a. M.	57	—	1855 à 4 % später à 3 % v. 100	—	—
pr. 100 Fl. in S. W.	2 Mt.	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit	—	76
Hamburg	151	—	Kassenscheine	—	76
pr. 300 Mk. Boo.	2 Mt.	—	à 3 % im § v. 1000 u. 500	—	—
London	2 Mt.	—	20 a. F. 2 kleinere	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	6.26	Leipziger Stadt-Obligationen	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	2 Mt.	81 1/2	à 3 % im § v. 1000 u. 500	88 1/2	—
Wien pr. 100 n.	2 Mt.	—	14 3/4 F. 2 kleinere	—	78 1/2
Conv. 20 Kr.	3 Mt.	—	Sachs. erbl. Pfandbr. à 3 1/2 %	—	—
			§ v. 500	—	—
			§ v. 100 u. 25	—	74 1/2
			„ lausitzer d. d. à 3 %	—	82 1/2
			„ d. d. à 3 1/4 %	—	96
			„ d. d. à 4 %	—	—
			Leipz.-Dresdn.-Eisenb. P.-Obl.	97	—
			à 3 1/2 %	—	—
			Chemn.-Ries. Eisenbahn-Anleihe	—	—
			à 10 % à 4 %	—	—
			K. Preuss. St.-Schuld.-Scheine	—	—
			à 3 1/2 % in Pr. Ct. pr. 100	—	76
			K. K. Oestr. Met. pr. 100 n. Conv.	—	—
			à 5 % laufende Zinsen	—	—
			à 6 % à 103 % im 14 3/4 F.	—	—
			à 3 %	—	—
			Action d. W. B. pr. St. à 103 %	—	—
			Leipz. Bank-Actien à 250	140	—
			pr. 100	—	—
			Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien	97	—
			à 500 100	—	—
			pr. 100	73 1/2	—
			Sachs.-Schles. d. d.	—	25 1/2
			Chemn.-Ries. d. d.	—	—
			pr. 100	—	—
			Löbau-Zitt. d. d.	—	—
			pr. 100	—	—
			Magdeb.-Leipz. d. d.	—	—
			pr. 100	—	—

*) L. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

U n k ü n d i g u n g e n.

Steckbrief.

Der Kaufmann **Striegny** zu Eckartsberga, dessen Signalement nicht angegeben werden kann, ist des Verbrechens des Aufruhrs dringend verdächtig, jedoch bis jetzt nicht zu erlangen gewesen. Es ergeht daher an alle Civil- und Militärbehörden das ergebenste Gesuch, denselben im Betretungsfalle sofort zu verhaften und hiervon der unterzeichneten Untersuchungs-Commission schleunigst Nachricht zugehen zu lassen. **Bibra**, am 26. Nov. 1848.

Die ernannte Untersuchungs-Commission des Königl. Land- und Stadtgerichts zu Naumburg.

Steckbrief.

Die nachstehend genannten Personen, namentlich:

- der Buchhandlungs-Commiss **Otto Naaf** aus Naumburg,
- der Lithograph **Korey** aus Naumburg,
- der Einnehmer **Leonhardt** aus Herrngosserstedt bei Eckartsberga,
- der Leineweber **Gottlieb Kirsten** aus Altenroda und
- der Fleischermeister **Friedrich Louis Nische Jun.** aus Bibra,

deren Signalements unten folgen, sind des Verbrechens des Aufruhrs im höchsten Grade und dringend verdächtig, jedoch bis jetzt nicht zu erlangen gewesen. Es ergeht daher an alle Civil-, Militär- und Polizeibehörden des In- und Auslandes das ergebenste Gesuch, dieselben im Betretungsfalle sofort zu verhaften und von der erfolgten Arretur der unterzeichneten Untersuchungs-Commission schleunigst Nachricht zugehen zu lassen.

Bibra, den 27. November 1848.

Die ernannte Untersuchungs-Commission des Königl. Land- und Stadtgerichts zu Naumburg.

Signalement

- des Buchhandlungs-Commiss **Otto Naaf**.
Gebürtig aus Nordhausen; Alter: 21 Jahre; Confession: evangelisch; Größe: 5 Fuß 2—3 Zoll; Haare: blond; Stirn: frei; Augenbrauen: blond; Augen: grau; Nase: etwas groß; Mund: proportionirt; Bart: im Entstehen; Zähne: gut; Kinn: rund; Gesichtsfarbe: blaß; Gestalt: unterseht.
Besondere Kennzeichen: kurzschichtig, trägt zuweilen eine Brille.
- des Lithographen **Korey**.
Derselbe ist gebürtig aus Naumburg; Alter: ungefähr 25 Jahre; Religion: evangelisch; Größe: 5 Fuß 1 Zoll; Haare: schwarz; Stirn: hoch; Augenbrauen: schwarz; Augen: schwarz; Nase: spitz; Mund: gewöhnlich; Bart: schwarz; Zähne: gut; Kinn: spitz; Gestalt: schlank.
Besondere Kennzeichen: trägt einen Schnurrbart.
- des Einnehmers **Leonhardt**.
Gebürtig aus Herrngosserstedt bei Eckartsberga; Religion: evangelisch; Alter: 27 bis 28 Jahre; Größe: 5 Fuß 8 Zoll; Haare: blond; Stirn: frei; Augenbrauen: blond; Augen: graublau; Nase: etwas dick; Mund: gewöhnlich; Bart: blond; Zähne: gut; Kinn: länglich; Gestalt: groß und stark. Besondere Kennzeichen fehlen.
- des Leinwebers **Gottlieb Kirsten**.
Geburtsort: Altenroda; Aufenthaltsort: Bibra; Confession: evangelisch; Alter: 30—31 Jahre; Größe: 5 Fuß 5 Zoll; Haare: dunkelblond; Stirn: frei; Augenbrauen: dunkelblond; Augen: grau; Nase: spitz und lang; Mund: etwas groß; Bart: blond; Zähne: gut; Kinn: rund; Gestalt: unterseht. Besondere Kennzeichen fehlen.
- des Fleischermeisters **Friedrich Louis Nische Jun.**
Geburts- und Aufenthaltsort: Bibra; Religion: evangelisch; Alter: 34—36 Jahre; Größe: 5 Fuß 7 Zoll; Haare: blond; Stirn: frei; Augenbrauen: blond; Augen: blaugrau; Nase: etwas spitz; Mund: gewöhnlich; Bart: blond; Zähne: defect; Kinn: etwas spitz; Gestalt: schlank und mager.
Besondere Kennzeichen fehlen. [3887]

Landgüter in der Schweiz.

Häuser und andere Liegenschaften in den schönsten Gegenden dieses jetzt so glücklichen und friedlichen Landes, darunter mehre an den reichen und reizenden Ufern des Zürich-See, anbietet zum Kauf und beschreibt auf frankirte Verlangen

[3840]

J. Sieber, Commissionair in Zürich.

Zur Nachricht.

Die jetzige bewegte Zeit macht es den Zeitungslesern wünschenswerth, möglichst schnell Kenntniß der politischen Ereignisse zu erlangen. Um dazu unsererseits noch mehr als bisher beizutragen, werden wir vom **1. December** an das **Hauptblatt** der Deutschen Allgemeinen Zeitung schon **Vormittags 11 Uhr** ausgeben, die **Beilage** aber, wenn eine solche erscheint, **Abends 6 Uhr**. Die Zeitung wird so, bei in der Regel zweimaliger Ausgabe, von keinem andern Blatte in Schnelligkeit der Mittheilungen übertroffen werden können.

Für das am **1. Januar 1849** beginnende neue vierteljährliche Abonnement werden bei allen Postämtern und Zeitungsexpeditionen Bestellungen angenommen. In Sachsen kostet das Vierteljahr **2 Thlr.** Für Leipzig eröffnen wir zu dem Preise von **1 Thlr.** noch ein besonderes

Abonnement für den Monat December.

Leipzig, im November 1848.

Die Expedition der
Deutschen Allgemeinen Zeitung.

(Mit einer Beilage.)

Im Verlage der unterzeichneten Handlung ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Magyaren = Spiegel

oder
wahre Schilderung der
Völker = Verfassung
und
Richtung des
ungarischen Reichs
neuester Zeit.

Von
einem Magyaren.
Gr. 8. Preis 1/2 Thlr.

Die Ruinen

oder
Betrachtungen über die Umwälzungen
der Reiche
und
das natürliche Geseh.

Aus dem Französischen des
Grafen **C. F. Volney**

von
A. Kühn.

8. Preis 1/2 Thlr.

Leipzig, im November 1848.

[3852] **Kenger'schen** Buchhandlung.

Eilfahrten

von
Triest nach Wien.

Das unterzeichnete Expeditions-Haus hat eine regelmäßige tägliche Eilfuhr von **Triest nach Wien** mit Benutzung der bestehenden Eisenbahnen errichtet und macht sich daher verbindlich, die ihm zu diesem Zwecke übergebenen Waaren binnen sieben Tagen, Studernisse höherer Gewalt vorbehalten, nach **Wien** zu liefern.

Mit dieser Anzeige verbindet es die Versicherung, daß bereits die nöthigen Einleitungen getroffen sind, um mit verhältnismäßiger Schnelligkeit auch von **Wien** weiter die betreffenden Bestimmungen zu erreichen und ersucht daher um Benutzung dieser Einrichtung.

P. Prelitsch & Petronio
in **Triest.**

[3816—18]

Spanien
Frankre
verfamm
Wahlwe
Doming
Großbr
Bank
Zustand
Belgien
Mitglie
Niederl
Dänema
mando
scher W
Donauf
Handel
Neueste

Ma
tete Kö
berufen
tag eine
erkannte
andere
nach sich
Ausnahm
wurden o
gleich ang
den find,

Par
Die
besetzt, d
loge bem
reich, Pr
der Schw
din und
hätten, e
stellte an
St. Hila
was die
ausgeseht
gethan, c
irgend ein
er nicht b
mission h
zu thun
Dr. Bart
legen, da
and keine
handte si
nisse, um
gegenüber
tragen, d
Genannte
möge auch
eine histor
über die
tanten, u
Darstellun
Folge des
als Mitgl
neral Gav
gisch gege
schlimmer
durch die
deren droh
mer droh
Cavaigna
Einientrup
und 2500
nismäßig
15,000 M
fein, im
schloß ma

Par
Die
besetzt, d
loge bem
reich, Pr
der Schw
din und
hätten, e
stellte an
St. Hila
was die
ausgeseht
gethan, c
irgend ein
er nicht b
mission h
zu thun
Dr. Bart
legen, da
and keine
handte si
nisse, um
gegenüber
tragen, d
Genannte
möge auch
eine histor
über die
tanten, u
Darstellun
Folge des
als Mitgl
neral Gav
gisch gege
schlimmer
durch die
deren droh
mer droh
Cavaigna
Einientrup
und 2500
nismäßig
15,000 M
fein, im
schloß ma

Par
Die
besetzt, d
loge bem
reich, Pr
der Schw
din und
hätten, e
stellte an
St. Hila
was die
ausgeseht
gethan, c
irgend ein
er nicht b
mission h
zu thun
Dr. Bart
legen, da
and keine
handte si
nisse, um
gegenüber
tragen, d
Genannte
möge auch
eine histor
über die
tanten, u
Darstellun
Folge des
als Mitgl
neral Gav
gisch gege
schlimmer
durch die
deren droh
mer droh
Cavaigna
Einientrup
und 2500
nismäßig
15,000 M
fein, im
schloß ma

Par
Die
besetzt, d
loge bem
reich, Pr
der Schw
din und
hätten, e
stellte an
St. Hila
was die
ausgeseht
gethan, c
irgend ein
er nicht b
mission h
zu thun
Dr. Bart
legen, da
and keine
handte si
nisse, um
gegenüber
tragen, d
Genannte
möge auch
eine histor
über die
tanten, u
Darstellun
Folge des
als Mitgl
neral Gav
gisch gege
schlimmer
durch die
deren droh
mer droh
Cavaigna
Einientrup
und 2500
nismäßig
15,000 M
fein, im
schloß ma

Par
Die
besetzt, d
loge bem
reich, Pr
der Schw
din und
hätten, e
stellte an
St. Hila
was die
ausgeseht
gethan, c
irgend ein
er nicht b
mission h
zu thun
Dr. Bart
legen, da
and keine
handte si
nisse, um
gegenüber
tragen, d
Genannte
möge auch
eine histor
über die
tanten, u
Darstellun
Folge des
als Mitgl
neral Gav
gisch gege
schlimmer
durch die
deren droh
mer droh
Cavaigna
Einientrup
und 2500
nismäßig
15,000 M
fein, im
schloß ma

Uebersicht.

Spanien. Einberufung der Cortes. Amnestie.
Frankreich. Nationalversammlung, Vertheidigung Cavaignac's. Volksversammlung im Freien. Proceß gegen die Minister Ludwig Philipp's. Wahlversammlung für Ludwig Bonaparte. Der französische Consul zu Domingo ermordet.
Großbritannien. Befestigung der Insel Men. Cholera in Plymouth. Bank in Edinburg. Die Dampfschiffahrt nach Australien. Trostloser Zustand der Colonie Guiana.
Belgien. *Brüssel. Die Kammerverhandlungen. Die Befoldung der Mitglieder der Rechnungskammer. Das Pensionsgesetz.
Niederlande. Hr. Mutsaers.
Dänemark. Kopenhagen. Die jütischen Contributionen. Das Generalcommando auf Alsen. Englischer Protest gegen die Gegenwart schleswigher Abgeordneten in Frankfurt.
Donaufürstenthümer. Serbische Stimme gegen Deutschland.
Handel und Industrie.
Neueste Nachrichten.

Spanien.

Madrid, 19. Nov. Die Gaceta enthält heute das erwartete königl. Decret, durch welches die Cortes zum 15. Dec. einberufen werden. Auch hat die Königin zu ihrem heutigen Namensfest eine Amnestie erlassen für alle noch anhängige oder bereits zuerkannte Straffälle, die nicht über ein Jahr Galeeren, Gefängniß oder andere Haft für gewöhnliche oder zwei Jahre für politische Verbrechen nach sich ziehen oder gezogen haben. Es sind jedoch acht Kategorien von Ausnahmen aufgestellt, darunter diejenigen, die schon einmal bestraft wurden oder rückfällig sind, die wegen mehr als eines Vergehens zugleich angeklagt oder während des Verfahrens gegen sie flüchtig geworden sind, sowie die wegen Fälschung Verurtheilten oder Angeklagten.

Frankreich.

Paris, 26. Nov.

Die Bänke der Nationalversammlung waren gestern dicht besetzt, die Tribunen mit Zuhörern angefüllt, und in der Diplomatengasse bemerkte man Lord Normanby, die Geschäftsträger von Oesterreich, Preußen und Rußland, den päpstlichen Nuntius, den Gesandten der Schweiz und Spaniens. Nach einigen Worten zwischen Hrn. Grandin und General Lamoricière, die fast zu einer Herausforderung geführt hätten, erschien der Präsident des Conseils auf der Rednerbühne und stellte an die H. Garnier-Pagès, Duclerc, Pagnerre und Barthélemy St.-Hilaire die Frage, ob sie etwas gesagt oder geschrieben hätten, was die Angriffe, denen er wegen seines Benehmens in den Junitagen ausgesetzt gewesen, hätte veranlassen können, oder wenn sie dies nicht gethan, ob sie der Meinung seien, daß er während des Aufstandes in irgend einer Weise seine Pflicht verletzt habe. Er schickte voraus, daß er nicht beabsichtige, eine Debatte zwischen sich und der Executivcommission hervorzurufen; er habe es lediglich mit den genannten Herren zu thun und werde dieses Terrain unter keiner Bedingung verlassen. Hr. Barthélemy St.-Hilaire erklärte zugleich im Namen seiner Collegen, daß sie in keiner Verbindung mit irgend einer Zeitung ständen und keinem Blatte direct oder indirect etwas mitgetheilt hätten. Es handelte sich hier nicht um Zeitungsartikel, sondern um die Juniereignisse, um General Cavaignac und seine Rolle der Executivcommission gegenüber. Letztere habe lange Zeit geduldig die Verleumdungen ertragen, denen sie ausgesetzt gewesen, jetzt, wo der Conseilpräsident die Genannten provocire, würden sie sprechen, aber General Cavaignac möge auch alle Folgen der Debatte auf sich nehmen. Er werde jetzt eine historische Darstellung der Juniereignisse aus einer größern Arbeit über die Revolution von 1848 vortragen, die bereits acht Repräsentanten, und darunter Freunde von Cavaignac vorgelegt habe. Die Darstellung beginnt mit dem 12. Mai, wo die Executivcommission in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung, Ludwig Bonaparte als Mitglied zuzulassen, zurücktreten wollte. Damals erklärte sich General Cavaignac, der seit dem 17. Mai Kriegsminister war, sehr energisch gegen die Abdankung, welche auch unterblieb. Mittlerweile verschlimmerte sich die durch bonapartistische Intrigen genährte Aufregung durch die Unzufriedenheit der Arbeiter in den Nationalwerkstätten über deren drohende Auflösung, und die Gefahr eines Aufstandes wurde immer drohender. Schon am 20. Mai erhielt der Kriegsminister General Cavaignac Befehl, schleunigst die Garnison von Paris auf 20,000 M. Einientruppen, 15,000 M. Mobilgarde, 2600 M. republikanische Garde und 2500 militärisch organisirte Gardiens von Paris nebst verhältnißmäßiger Reiterei und Artillerie zu bringen. Außerdem sollten 15,000 M. in der nächsten Umgebung von Paris staffelweise aufgestellt sein, im Ganzen also 60,000 M. In den ersten Tagen des Juni beschloß man noch zwei Divisionen der Alpenarmee zur Verfügung für

Paris bereit zu halten. Später würde Befehl gegeben, ihren Marsch nach Paris zu beschleunigen, dieser Befehl aber scheint vom Kriegsminister nicht mit der hier wünschenswerthen Schnelligkeit ausgeführt worden zu sein.

Am 27. Mai waren nach General Fouché's Aussage ziemlich 10,000 Mann Besatzung in Paris; welche neue Regimenter von da an bis zum 23. Jun. nach der Hauptstadt berufen worden, dies habe die Executivcommission nie vom General Cavaignac genau erfahren können; aus General Lamoricière's Aussage aber gehe hervor, daß die Garnison nicht die Höhe von 45,000 M. gehabt, und daß dies mit Absicht geschehen sei. Die Aufregung wegen der Auflösung der Nationalwerkstätten begann am 21. Jun., die beabsichtigte Verhaftung von 56 Delegirten, den Hauptführern der Unzufriedenen, wurde nicht ausgeführt, und man fürchtete für den 23. Jun. einen Angriff auf das Luxembourg. Deshalb verlangte der Justizminister 11 Uhr Abends eine Verstärkung von zwei Regimentern Infanterie und einem Regimente Cavalerie für diesen Posten. Um 2 Uhr früh meldete ein Polizeirapport, daß sich um 6 Uhr die Arbeiter vor dem Pantheon (dem Luxembourg gegenüber) versammeln wollten, um sich von da nach der Vorstadt St.-Antoine zu begeben. In Folge dieses Berichts schrieb der erste Secretair der Executivcommission, Hr. Barthélemy de St.-Hilaire, an Cavaignac und verlangte zwei Bataillone Infanterie und zwei Escadrons Cavalerie zur Zerstreung etwaiger Aufläufe. Diese Ordre wurde nicht ausgeführt und die Arbeiter versammelten sich auf dem Pantheonplatz, ohne daß ein einziger Soldat erschien. Um 10 Uhr erhoben sich schon einzelne Barricaden. Um diese Zeit hätte sich der Aufstand noch leicht unterdrücken lassen, aber General Cavaignac war der entgegengesetzten Meinung und wollte noch nichts thun. Schon früher hatte man in der Executivcommission über die bei einem etwaigen Aufstande einzuschlagende Verfahrungsweise debattirt, und Cavaignac im Widerspruch mit den Uebrigen stets empfohlen, die militärischen Kräfte nicht zu zerstreuen, sondern Barricaden bauen zu lassen und sie dann mit überlegenen Kräften zu nehmen. Dieser Meinung war der Kriegsminister auch noch am 23. Jun. früh und setzte sie gegen die übrigen Mitglieder durch. Aber selbst mit den zwei schwachen Bataillonen, die Cavaignac anstatt der zuerst verlangten zwei Regimenter nach dem Luxembourg geschickt, habe man dort die Errichtung der Barricaden verhindert. Allen Anfordernungen, Truppenabtheilungen gegen die Verschanzungen der Insurgenten zu schicken, setzte der General ein entschiedenes Nein entgegen. Um 3 Uhr Nachmittags begab er sich nach den Barricaden in der Tempelvorstadt und kehrte erst um 8 Uhr Abends zurück. Seine Abwesenheit setzte die noch anwesenden Mitglieder der Executivcommission, welche auf die zahlreichen Bitten, Truppen zu schicken, antworten mußten, daß sie ohne General Cavaignac nicht darüber verfügen könnten, in die größte Verlegenheit. Endlich um 8 Uhr stellte sich der General wieder ein, aber gestattete erst am nächsten Nachmittag die Verwendung von Truppen. Er gab bloß den einzigen wichtigen Befehl, die Artillerie von Vincennes herbeizurufen. Aber unerklärlich wieder traf diese erst nach 15 Stunden, nächsten Mittag ein. Das Zögern des Generals, einzuschreiten, war Ursache, daß sich der Argwohn des Volks nicht gegen ihn, den es wenig kannte, sondern gegen die Mitglieder der Executivcommission wendete, und die Nationalgarde rief laut, man verrathe sie. Eine Veranlassung von Cavaignac's Benehmen konnte sein, daß er seit einiger Zeit Ursache hatte zu hoffen, selbst zur Regierung zu gelangen. Die Delegirten des Vereins des Palais National, die nicht ohne Einfluß auf die Berathungen der Executivcommission waren, neigten sich seit Mitte Juni immer mehr General Cavaignac zu, und gaben ihm am 22. Jun. die Zusicherung, daß er ihrer Unterstützung sicher sei. Dasselbe that am Abend desselben Tages im Namen des Vereins der Straße Poitiers Hr. d'Adelswaert. Im Laufe des 23. Jun. drang man schon in die Executivcommission, zurückzutreten. Dies wiederholte sich am nächsten Morgen, aber die Commission beschloß, nur einem Botum der Versammlung zu weichen. Während dieser ganzen Zeit drang man vergebens in den General Cavaignac, die Truppen anzureißen zu lassen, er wollte sie um keinen Preis der Gefahr einer Niederlage aussetzen, und erklärte, wenn die Insurgenten Meister von Paris würden, so werde er sich auf der Ebene von St.-Denis aufstellen und ihnen dort eine Schlacht liefern. Gegen Mittag aber änderte sich plötzlich die Ansicht des Generals; er sah, daß er es mit einer Revolution zu thun habe, seine Freunde eilten in die Nationalversammlung, verbreiteten dort neue Besorgnisse und erlangten endlich ihren Zweck. Der Belagerungszustand wurde erklärt und General Cavaignac erhielt dictatorische Gewalt.

Der Conseilpräsident erklärte zuvörderst nochmals, daß er nicht als Ankläger der Executivcommission aufträte, sondern sich bloß von den gegen ihn geschleuderten Beschuldigungen reinigen wolle, die sich auf vier Punkte beschränken ließen. Der erste betreffe die Stärke der Besatzung von Paris,

der zweite die Nichtausführung der Ordre der Briefe Hrn. Barthélemy's de St.-Hilaire, der dritte sein strategisches Vertheidigungssystem, der vierte die Artillerie von Vincennes, und endlich das angebliche parlamentarische Complot, sich in Besitz der Macht zu bringen. In Bezug auf den erstern Punkt weist der Conseilpräsident ausführlich nach, daß er zur rechten Zeit die verlangte Anzahl Truppen in und um Paris vereinigt habe. Hinsichtlich des zweiten Punktes, des Briefes des Hrn. Barthélemy de St.-Hilaire bemerkt er, daß er bereits am 22. Jun. Abends von Hrn. Marie Ordre erhalten, den andern Morgen wegen zu befürchtender Aufläufe vor dem Pantheon ein Regiment Infanterie und zwei Escadrons nach dem Luxembourg zu schicken. Dieser Befehl wurde ausgeführt. Um 1 Uhr früh traf dann der Brief Hrn. Barthélemy St.-Hilaire's ein, der ebenfalls wegen zu befürchtender Aufläufe vor dem Pantheon zwei Bataillone und zwei Escadrons forderte, dabei aber erklärte, daß er nicht wisse, welche Maßregeln bereits von der Executivcommission getroffen worden. Deshalb habe er dem Briefe keinen officiellen Charakter beilegen können, zumal da gegen den befürchteten Aufbruch schon Vorkehrungen getroffen waren. Der General vertheidigte hierauf ausführlich seine strategischen Maßregeln in den Junitagen, welche die vollständige Beistimmung der Generale Bedeau und Lamoricière gefunden hätten. Nur wenn man einen solchen Aufstand wie eine regelmäßige Schlacht, und nicht wie eine Polizeiaffaire betrachte, könne er mit Erfolg bekämpft werden. Deshalb müsse man die Truppen in Masse zusammenhalten und verwenden, nicht aber vereinzelte Barricaden angreifen, ehe man die Stärke und die Schlachtlinie der Insurgenten kenne, da sonst leicht Truppenabtheilungen umringt und gefangen genommen werden könnten. Im schlimmsten Fall hätte er sich allerdings auf die Ebene von St.-Denis zurückziehen müssen, um hier die Armee zu concentriren und den Angriff zu erneuern. Sein Gegner behauptete, es sei bis zum 24. Jun. Mittags nicht gekämpft worden; wo wären in diesem Fall die 25 an diesem Tage gefallenen, die 160 verwundeten Soldaten hergekommen, unter denen sich General Bedeau befinde? Er komme jetzt auf seine unerklärliche Abwesenheit am Nachmittag und Abend des 23. Jun. Er habe während dieser Zeit mit 7 Bataillonen einen Angriff auf die Tempelvorstadt gemacht, um dem in der Vorstadt St.-Denis sechtenden General Lamoricière Luft zu machen, dann sei er nach dem Stadthause und der Straße La Harpe geritten, um mit dem bereits verwundeten General Bedeau zu cooperiren. Das erkläre seine Abwesenheit hinreichend. Daß die Artillerie von Vincennes nach Paris sieben Stunden gebraucht, sei unter dormaligen Umständen ganz natürlich. Außer der Artillerie hätte auch Munition von Vincennes geholt werden müssen, und diesem großen Convoi konnte er bloß zwei Bataillone zur Bedeckung mitgeben, die er mit zwei Regimentern Kürassieren verstärken mußte. Zudem durften sich diese Truppen, schon um keine Zeit zu verlieren, in keinen Kampf einlassen, und mußten daher zur Umgehung der Barricaden einen großen Umweg machen. Die Details, die er über den Werth des Convois gibt, beweisen, daß diese Vorsicht vollkommen begründet war. In Bezug auf das angebliche parlamentarische Complot zeigt er, daß er, weit entfernt gegen seine Collegen heimlich zu intriguire, ausdrücklich die Bedingung gestellt habe, die Leitung der Angelegenheiten erst nach vorheriger Rücksprache mit den Mitgliedern der Executivcommission zu übernehmen. Die Rede des Generals machte einen sehr günstigen Eindruck, und er zeigte heute zum ersten Mal ein Talent der Ironie, das er schonungslos gegen seine Gegner anwendete. Die Sitzung wurde suspendirt und begann wieder um 8 Uhr. Hr. Barthélemy de St.-Hilaire erklärte, daß er keineswegs beabsichtigt habe, gegen den Conseilpräsidenten die Anklage strafbaren Ehrgeizes zu schleudern; seine Darstellung habe nur den Zweck gehabt, daß überhaupt während jener Ereignisse Fehler und Nachlässigkeiten vorgekommen seien. Hr. Garnier-Pagès spricht sehr gereizt gegen General Cavaignac und beschuldigt ihn der Undankbarkeit gegen seine Freunde, und Hr. Ledru-Rollin ergreift die Gelegenheit, um eine Amnestie für die Juniverurtheilten zu verlangen, worauf General Cavaignac sich sehr gereizt gegen den vorigen Redner erklärte, dessen Beleidigungen er seinen Lobsprüchen vorziehen würde. Die Debatte wurde hier geschlossen und die Nationalversammlung bestätigte auf Antrag des Hrn. Dupont (de l'Eure) mit 503 gegen 31 Stimmen ihren Beschluß vom 28. Jun., daß sich General Cavaignac um das Vaterland wohl verdient gemacht habe.

— Vorgestern Abend und bis spät in die Nacht hinein hatten sich zahlreiche Volksmassen auf verschiedenen freien Plätzen, namentlich auf dem Börsenplatze, versammelt. Heute früh bemerkte man ähnliche Haufen vor den Thoren St.-Denis und St.-Martin und in der Umgehung der Nationalversammlung. Ihre Haltung hatte jedoch nichts Drohendes und die Regierung hat sich auch nicht zu außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln veranlaßt gesehen. Die Ruhe wurde nicht gestört.

— Wie es heißt, soll übermorgen die Anklagekammer und die Appellationskammer des Zuchtpolizeigerichts den Bericht des Generalprocurators über die Anklage der ehemaligen Minister Ludwig Philipp's entgegennehmen.

— Morgen ist eine große vorbereitende Versammlung für die Wahl Ludwig Bonaparte's im Saal Valentien in der Straße St.-Honoré.

— Nach dem Avenir, einer auf Guadeloupe erscheinenden Zeitung, ist der französische Consul auf St.-Domingo ermordet worden. Der auf der Antillenstation commandirende französische Admiral erwartet nur noch die officielle Nachricht von diesem Vorfall, um militärische Maßregeln zu treffen.

Großbritannien.

London 26. Nov.

Die englische Regierung hat Befehl gegeben, die Insel Aden an der arabischen Küste schleunigst so zu befestigen, daß sie auch einem regelmäßigen Angriff widerstehen kann, eine Maßregel, welche wahrscheinlich durch die nahe Aussicht auf den Tod Mohammed-Ali's und Ibrahim-Pascha's und die in Folge desselben zu befürchtende Verwirrung in Aegypten, in dem Uferlande des Rothen Meeres, veranlaßt wird. Als Stationsplatz für die ostindische Ueberlandpost und Schlüssel des Rothen Meeres ist Aden für die Engländer von besonderer Wichtigkeit.

— Die Cholera scheint sich in den englischen Hafenstädten weiter auszubreiten. In Plymouth ist am 23. Nov. ein Fall auf einem Verbrecherschiffe vorgekommen.

— Die Bank von Edinburgh hat den Zinsfuß für Darlehen auf Unterpfand auf 3 Proc. herabgesetzt.

— Von der Dampfschiffahrtsgesellschaft für das Stille Meer sind jetzt eine Anzahl guter Schiffe zwischen Neuorleans, Mexico und der Westküste von Südamerika in ununterbrochenem Gange. Sobald ein regelmäßiger Dampfbootdienst nach Australien eingerichtet ist, erwartet man, daß die Auswanderung wohlhabender Colonisten, welche jetzt noch die langsame und unsichere Fahrt mit Segelschiffen scheuen, ansehnlich wachsen werde.

— Briefe aus Britisch-Guiana geben eine sehr unvortheilhafte Schilderung der Lage der Colonie. In Folge des zwischen dem Gouverneur und der ihm beigegebenen Behörde, dem combinirten Hofe, der die Steuern auslegt und verzeichnet, wegen Verweigerung der Civilliste ausgebrochenen Uneinigkeit war Alles in der größten Verwirrung. Der combinirte Hof ist auf unbestimmte Zeit vertagt und Steuern werden nicht bezahlt. Die Beamten erhalten keine Besoldung und die Verwirrung nimmt mit reißender Schnelle überhand. In der Hauptkirche von Neumsterdam kann Sonntags nur einmal Gottesdienst stattfinden, da die Gemeinde das Geld für die Abendbeleuchtung nicht aufbringen kann. Der Gouverneur von Guiana ist ein Bruder Lord Grey's.

Belgien.

* Brüssel, 26. Nov. Die Kammerverhandlungen ziehen sich ohne Interesse dahin, fast ausschließlich mit der Neugestaltung der verschiedenen Verwaltungszweige beschäftigt. Die Sucht nach Ersparnissen ist immer die dominirende Frage, wobei sich Regierung und Parlament, und zwar mehr als man erwartet hatte, im entgegengesetzten Sinne ereifern. So hat erstere mit ihrem Vorschlage, die Zahl der Provinzialrathsausschussmitglieder von sechs auf vier herabzusetzen, eine förmliche Niederlage erlitten. Von 93 Stimmen fielen 53 gegen sie. So sehr ich die Erklärung des Cabinets, daß es ihm bei dieser Reducirung bloß um eine Ersparniß von 54,000 Fr. zu thun war, die dem öffentlichen Interesse keine Gefahr drohe, für eine aufrichtige halte, scheint mir die Opposition, die sich auf Befürchtungen von allmählicher Verschlingung der Provinzial- und Communalinstitutionen durch den überwiegenden Einfluß der Centralgewalt gründete, nicht weniger zu beherzigen. Der Augenblick war schlecht gewählt, um die von dieser Seite stets bemerkbare Empfindlichkeit der Provinzen rege zu machen, und die Regierung hätte denselben Zweck erreicht, wenn sie die Besoldung der Ausschussmitglieder um 1000 Fr. vermindert hätte, was wol nicht beanstandet worden wäre. — In der gestrigen Sitzung hat sich das Blatt gewendet; ein Antrag auf Besoldungsherabsetzung der Mitglieder der Rechnungs-kammer wurde von der Regierung bekämpft, indem sie dem Princip entgegentrat, ein organisches Gesetz, wie das den Rechnungsbefehle betreffende, bei einer bloßen Budgetsberatung in einer seiner Hauptbestimmungen umzustößen. Die Sache wurde indeß an die Ausschüsse verwiesen.

Eine gereiztere Debatte verspricht die Discussion des Pensionsgesetzes, in dessen Entwurf das Publicum einen Artikel vermist, der einem allgemein gerügten Unfuge ein Ziel gesetzt hätte. Durch das Gesetz vom 21. Jul. 1844 wurde nämlich bestimmt, daß jeder Minister, der zwei Jahre lang als solcher fungirt habe, eine lebenslängliche Pension von 4000 Fr. genießen solle; für jedes weitere Jahr vermehrt sich diese Summe um 500 Fr., so jedoch, daß das Maximum 6000 Fr. nicht überschreiten wird. Die Anwendung dieses zur Zeit mit bedeutender Majorität genehmigten Gesetzes hat indessen letzterm die öffentliche Meinung abgewendet; man hat mit Entrüstung gesehen, wie eine Cabinetkrisis aus Rücksicht für das Ruhegehalt eines Ministers in die Länge gezogen werden konnte, wie sehr reiche Staatsmänner im Besitze der besten Gesundheit und Manneskraft nach zwei bis dreijährigen Diensten dem Staatschatz für ihre ganze Lebenszeit und zusam-

mengen
her ni
nisterp
ten, d
Unerf
wird n
Minist
dreimal
Fr. vor
Lande
das Ge
möglich
beutet
gelassen
sionsge

General
lischen

der jüt
jehigen
Comm
Covley
schles
Dasselbe
der Ange
heißt: A
Paul üb

In
„Der E
scher Zun
herrschaf
Gelegenh
wen werd
eigennützi
müthigen
den auch
die Dyna
regieren,
kann, als
einzige üb
hat sie in
befeunden

[3890]

Jen

Im Au
Hofrat
Sch

Wöchentlich

Octo

Theologic
Psycholog
v. Specht,
Zweiter Ban
hebräischen
phanis Byz
Rechts. Vo
— Archäo
Oskar Sch
Schaller, D

Leipzi

mengenommen für beträchtliche Summen zur Last fielen. Es war daher nicht überraschend, in den Ausschüssen die Abschaffung des Ministerpensionsgesetzes dringend verlangt zu sehen, und es ist zu erwarten, daß dem Begehren des Landes ein Genüge geschehen wird. Die Unerforschlichkeit der durch das bisherige Gesetz verlangten Opfer wird man am besten daraus ermessen, daß ein Mann, der drei Jahre Minister war und etwa nach seinem Rücktritte noch 20 Jahre lebt, dreimal 21,000 Fr. und 20 Mal 4500 Fr., im Ganzen also 111,000 Fr. vom Staate bezieht, sodas jedes Dienstjahr dieses Ministers dem Lande auf 37,000 Fr. zu stehen kommt. Zu bemerken bleibt noch, daß das Gesetz vom Jahre 1844 bis jetzt hauptsächlich von den nicht vermögenden Mitgliedern des gefallenen De Thour'schen Cabinets ausgebeutet wird, deren Finanzverwaltung kein allzu gutes Andenken zurückgelassen, um etwa hinsichtlich der Mangelhaftigkeit des fraglichen Pensionsgesetzes ein Auge zuzubringen.

Niederlande.

Aus dem Haag, 25. Nov. Das Mitglied der II. Kammer der Generalstaaten Hr. J. A. Mutsaers ist zum Minister für die katholischen geistlichen Angelegenheiten ernannt worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Nov. Heute wird Witz wegen Erstattung der jütischen Contributionen interpelliren. — An die Stelle des jetzigen Kriegsministers General Hansen hat Generalmajor v. Bülow das Commando auf Alsen erhalten. — Nach Flyveposten hat Lord Cowley im Namen Lord Palmerston's zu Frankfurt gegen die Anwesenheit schleswiger Abgeordneter in der Paulskirche protestirt. — Dasselbe Blatt bestätigt mit größter Bestimmtheit seine Meldung von der angeblichen russischen Note an die Centralgewalt, in der es heiße: Der Kaiser hoffe nicht genöthigt zu werden, die vom Kaiser Paul übernommene Garantie zu exquiriren.

Donaufürstenthümer.

In Belgrad erscheint seit einem halben Jahre ein Wochenblatt: „Der Serbe“, das in deutscher Sprache geschrieben ist und in deutscher Zunge Deutschland auf das heftigste anseindet und die Slawenherrschaft verflucht. Wir geben eine Probe dieser belgrader Polemik bei Gelegenheit der wiener Ereignisse: „Die 20 Mill. österreichische Slawen werden sich nicht verschlingen lassen, weder von den selbstsüchtig eigennütigen frankfurter Pseudodemokraten, noch von den fanatisch übermüthigen Magyaren und kossuthischen Pseudoliberalen, und das werden auch die übrigen 60 Mill. Slawen nicht zugeben. Darum will die Dynastie über ein großes, unabhängiges österreichisches Kaiserthum regieren, und sie weiß wohl, daß das für jetzt nicht mehr anders sein kann, als wenn sie sich an das slawische Element anschließt, welches die einzige überwiegende Kraft ist in der gesammten Monarchie. Darum hat sie in der letzten Zeit auch angefangen, sich mit den Slawen zu befreunden; darum hat sie auch die in Ungarn kämpfenden Slawen

unterstützt; darum hat sie auch jetzt bei Wien eine so mächtige Armee versammelt. Bei Wien wird also nun wirklich das Schicksal des Slawenthums entschieden, aber es wird zugleich das Schicksal des deutschen Reichs entschieden. Wenn Wien fällt, so fällt auch das deutsche Reich und das bisher in Oesterreich überwiegende und herrschende deutsche Element; wenn aber Wien siegt, so stürzt das österreichische Kaiserthum, aber nicht das Slawenthum. Dann wird die Dynastie sich an die Slawen anschließen, weil es in ihrem Interesse liegt, um sich zu retten, sie wird sich ganz den Slawen ergeben, wird mit Hilfe der Slawen den Krieg gegen die Deutschen fortführen, in welchem Kriege ihr auch die übrigen Mächte behülflich sein werden, denn es liegt in ihrem Interesse, daß Deutschland nicht erstarke und nicht übermächtig werde.“

Handel und Industrie.

Eisenbahn. Magdeburg-Leipziger Bahnfrequenz. Vom 12. bis mit 18. Nov. (mit Einschluß von 1087 Personen aus dem Zwischenverkehr) 9217 Personen.

(Vom 1. Jan. — 18. Nov.; 615,196 Personen.)

Frankfurter Börse, 27. Nov. Destr. Bfact. 1165; 250 Fl. 2. 78 $\frac{1}{4}$; 500 Fl. 2. 118 $\frac{1}{2}$; Bair. 3 $\frac{1}{2}$ pc. 75 $\frac{1}{4}$; Bad. 50 Fl. 2. 44 $\frac{3}{4}$; Darmst. 50 Fl. 2. 59 $\frac{3}{4}$; Br. 25 Fl. 2. 20 $\frac{3}{4}$; Raff. 25 Fl. 2. 20 $\frac{3}{8}$; Sard. 25; Ruchess. 25 $\frac{1}{8}$. Disc. 1 $\frac{1}{2}$ %. Launusb. 265; Nordb. 39 $\frac{3}{4}$; Verb. 64 $\frac{3}{8}$.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 29. Nov. General v. Wrangel hat folgende Bekanntmachung erlassen: Aus den Zeitungen habe ich ersehen, daß viele hiesige achtbare Bürger durch eine allgemeine Erleuchtung am Abend des 29. Nov. ihre frohe herzliche Theilnahme an der Feier des silbernen Hochzeitstages Sr. Maj. des Königs und der Königin bezeigen wollen. So sehr ich diese ehrenhafte Gesinnung hoch achte und von derselben Sr. Maj. den König in Kenntniß zu setzen beabsichtige, so sehe ich mich dennoch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und um möglichst jede Störung derselben zu hindern veranlaßt, hierdurch die Illumination der Stadt, wie solche in den öffentlichen Zeitungen gewünscht worden, gänzlich zu verbieten.

Die Stadtverordneten sind in ihrer gestrigen Sitzung über den Antrag: eine officielle Widerlegung gegen den vom Reichscommissar Wassermann über die berliner Zustände gegebenen Bericht zu veröffentlichen, mit 49 gegen 45 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen.

Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

[3890]

Neue

Jenaische Allgemeine Literatur-Zeitung.

Im Auftrage der Universität zu Jena redigirt vom Geh. Hofrath Prof. Dr. F. Hand, als Geschäftsführer; Hofrath Dr. G. E. Fein, Prof. Dr. H. Häser, Geh. Hofrath Dr. E. Reinhold, Prof. Dr. A. F. H. Schaumann, Prof. Dr. M. J. Schleiden, Prof. Dr. O. Schlömilch, Prof. Dr. E. Schmid, Geh. Kirchenrath Dr. K. E. Schwarz, als Specialredactoren.

Jahrgang 1848. Gr. 4. 12 Thlr.

Wöchentlich erscheinen sechs Nummern. Insertionsgebühren für den Raum einer gespalteten Zeile 1 $\frac{1}{2}$ Ngr.; Beilagen werden mit 1 Thlr. 15 Ngr. berechnet.

October. Nr. 236—261 enthalten ausser einer Reihe kürzerer Anzeigen nachstehende ausführlichere Artikel:

Theologie. Lamennais, Les évangiles. Von Reuss in Strassburg. — **Bleek**, Beiträge zur Evangelienkritik. Von Reuss in Strassburg. — **Psychologie.** Ideler, Der Wahnsinn in seiner psychologischen und socialen Bedeutung. Von Frauenstädt in Berlin. — **Geschichte.** v. Specht, Das Königreich Westphalen und seine Armee im Jahre 1813. Von Jacob in Halle. — **Waltz**, Deutsche Verfassungsgeschichte, Zweiter Band; **Gfrörer**, Geschichte der Karolinger. Von H. Rückert in Jena. — **Hebräische Grammatik.** Dietrich, Abhandlungen zur hebräischen Grammatik, und **Prüfer**, Kritik der hebräischen Grammatologie. Von Böttcher in Dresden. — **Griechische Literatur.** Aristophanis Byzant. Fragmenta, ed. Nauck. Von Schneider in Gotha. — **Jurisprudenz.** Emminghaus, Pandecten des gemeinen sächsischen Rechts. Von Helmreich in Jena. — **Mathematik.** Dirksen, Organon der gesammten transcendentalen Analysis. Von Schnase in Heidelberg. — **Archäologie.** Braun, Antike Marmorwerke. Von Jahn in Leipzig. — **Zoologie.** Wiegmann u. Ruthe, Handbuch der Zoologie. Von Oskar Schmidt in Jena. — **Literargeschichte.** Czyski, Kopernik et ses travaux. Von Gerhardt in Salzwedel. — **Philosophie.** Schaller, Darstellung und Kritik der Philosophie L. Feuerbach's. Von Urtel in Halle. — **Nachrichten von gelehrten Gesellschaften, Beförderungen, Nekrologe, Miscellen u. s. w.**

Leipzig, im November 1848.

F. A. Brockhaus.

Oesterreichisches Reichstagsblatt.

Vom Tage der Wiedereröffnung des Reichstages erscheint in **Krenier** in Verbindung mit dem **österreichischen Correspondenten** ein **Reichstagsblatt**, welches mit möglichster Schnelle und fast stenographischer Genauigkeit die Verhandlungen des Reichstages mittheilt und eine getreue Uebersicht der Thätigkeit dieser Versammlung enthalten soll.

Durch die lebhafteste Theilnahme, welche unser Blatt in der kurzen Zeit seines Bestehens gefunden, sind wir in die angenehme Lage gesetzt, das Reichstagsblatt an unsere Abonnenten als **Gratis-Beilage** liefern zu können.

Wir eröffnen hiermit zugleich für die Zeit vom 20. November bis Ende December ein neues Abonnement. Die Pränumeration auf den Correspondenten und das Reichstagsblatt beträgt für diese Zeit nur 1 Fl. 20 Kr. C.-M., welcher Betrag entweder bei einem k. k. Postamte zu erlegen, oder franco an die Expedition des Correspondenten in Olmütz einzusenden ist. Unfrankirte Bestellungen müssen zurückgewiesen werden.

[3892]

Die vom **General Wrangel** in Berlin suspendirte humoristisch-satirische Zeitschrift

Kladderadatsch

erscheint im Verlage der Unterzeichneten unverändert fort und sind Nr. 29 und 30 soeben an die Abonnenten ausgegeben. Alle Buchhandlungen sowie die **königl. sächsischen Postämter** liefern noch das letzte Quartal October—December (13 Nummern) für 17 1/2 Ngr.

[3877—78]

Ernst Keil & Comp. in Leipzig.

Für Israeliten.

In **Baumgärtner's Buchhandlung** zu Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die israelitische Bibel,

enthaltend: Den heiligen Urtext. Die deutsche Uebersetzung. Die allgemeine, ausführliche Erläuterung. Mit mehr als 500 englischen Holzschnitten. Herausgegeben von Dr. Ludwig Philippson. Lex. 8. I. Bd. 6 1/2 Thlr. II. Bd. 9 1/2 Thlr. III. Bd. 1. — 2. Liefer. à 1/2 Thlr.

Die fünf Bücher Moses für Schule und Haus.

Neue Uebersetzung; mit Inhalts-Erläuterungen zu jedem Kapitel, Zeit-, Orts- und naturhistorischen Bemerkungen und einer Zeittafel. Von Dr. Ludwig Philippson. Stereotypausgabe. 12 1/2 Bogen. Gr. 8. Brosch. Preis 10 Ngr.

Kleiner Katechismus

der israelitischen Religion.

Von Dr. Ludwig Philippson, Rabbiner. Preis 2 1/2 Ngr. (2 qGr.). Gebunden 4 Ngr. (3 qGr.).

Kleiner Katechismus

der Geschichte Israels (bis zu unserer Zeit), der Bibellunde, der Landeskunde des alten Palästina und der jüdischen Liturgik. Von Dr. Ludwig Philippson, Rabbiner. In 8. roh 4 Ngr. (3 qGr.), geb. 5 1/2 Ngr. (4 1/2 qGr.).

Harsenklänge

der heiligen Vorzeit.

Ein Schul- und Haus-Lesebuch über alle Theile der heiligen Schrift alten Testaments. Aus den besten Bearbeitungen der deutschen Classiker gesammelt von Dr. S. Jukowicz. 15 Bogen. Gr. 8. Brosch. 15 Ngr.

Die

Entwicklung der religiösen Idee

im Judenthume, Christenthume und Islam. In zwölf Vorlesungen über Geschichte und Inhalt des Judenthums dargestellt von Dr. Philippson. Gr. 8. Brosch. 189 S. Preis 24 Ngr.

Siloah.

Eine Auswahl von Predigten,

zur Erbauung, sowie besonders zum Vorlesen in Synagogen, die des Redners ermangeln. Von Dr. Ludwig Philippson, Rabbiner in Magdeburg und Redacteur der Allgemeinen Zeitung des Judenthums. 2te Sammlung. 308 Seiten in gr. 8. Brosch. Preis 1 Thlr. 10 Ngr. (1 Thlr. 8 qGr.). Die erste Sammlung kostet ebenfalls 1 Thlr. 10 Ngr. (1 Thlr. 8 qGr.).

Die Religion der Gesellschaft

und die Entwicklung der Menschheit zu ihr, dargestellt in zehn Vorlesungen von Dr. Ludwig Philippson. Gr. 8. Brosch. Preis 24 Ngr.

Geschichte der Juden

von der Zerstörung Jerusalems an bis auf die gegenwärtigen Zeiten. Von Hanna Adams in Boston in Nordamerika. 2 Thle. Gr. 8. 3 Thlr.

Israelitischer Kinderfreund.

Ein Lese- und Lehrbuch für Schule und Haus. In anschaulicher erzählender Form, als in der einzigen dem kindlichen Gemüthe zugänglichen Lehrweise abgefaßt von S. Mauer, Lehrer und Prediger der israelitischen Gemeinde zu Minden. 349 Seiten in gr. 8. Preis 20 Ngr. (16 qGr.).

Dr. Philippson's Allgemeine Zeitung des Judenthums.

Ein unparteiisches Organ für alles jüdische Interesse.

Jährlich 96 Bogen. Preis 3 Thlr. Jahrgang 1838 bis 1848. (1837 fehlt).

Inserate israelitischer Werke.

Obige Zeitung empfehlen wir für erfolgreichste Ankündigung von Büchern oder andern Gegenständen (auch merkantil), welche für Israeliten von Interesse sind. Preis der gespaltenen Petitzeile 1 1/2 Ngr., von Beilagen in 1400 Exemplaren 1 1/2 Thlr. [3893] Die Verlags-Handlung.

Die unterzeichnete Buchhandlung erlaubt sich, die Herren Aerzte auf das soeben erschienene Verzeichniß von

Joh. Friedr. Dieffenbach's

hinterlassener

chirurgisch-medizinischer

Bibliothek

aufmerksam zu machen. Dieselbe enthält unter Beifügung der sehr billig angesetzten Preise eine grosse Menge werthvoller Schriften aus allen Gebieten der Heilkunde, namentlich zahlreich und werthvoll sind darin die deutschen wie ausländischen Monographien und Werke über **Chirurgie** und damit verwandte Fächer. Jedem Schüler oder Verehrer des grossen Meisters dürfte die Gelegenheit willkommen sein, sich in den Besitz eines Buches zu setzen, mit welchem sich das Andenken Dieffenbach's verknüpft.

Berlin, November 1848. [3832]

Hirschwald'sche Buchhandlung.

In der **Arnoldischen Buchhandlung** in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Dr. Edwin Bauer,

Das Christenthum der Kirchen

in seinen auffälligsten Widersprüchen mit der Lehre Christi und seiner Apostel und mit der Wissenschaft und Vernunft.

Erste Lieferung. Gr. 8. Brosch. 1 Thlr.

Gesuch. Ein routinirter Commis, der seit mehreren Jahren für Manufactur- und Modewerke reist und die besten Zeugnisse beibringen kann, sucht eine entsprechende Stelle. Offerten unter A. Z gelangen durch die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung an den Suchenden. [3888—89]

Theater der Stadt Leipzig

Freitag, 1. Dec. **Norma**, Oper in 2 Acten Musik von Bellini. **Sever**, Herr **Ruhn**, von Stadttheater zu Rostock, als Gast.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute früh 7 1/2 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Emilie**, geborene **Dann**, von einem gesunden Knaben beehrt sich Verwandten und Freunden hierdurch ergebenst anzukündigen. Berlin, den 24. November 1848.

Herrmann Lust,

[3885] Assistent im Handels-Ministerium.

Familien-Nachrichten

Verlobt: Hr. Wilhelm Volker in Wittwe mit Frä. Wilhelmine Püschel in Altmühlweda.

Getraut: Hr. Pastor v. Ed. Felix Linke in Leipzig mit Frä. Margarethe Schilling. — Gustav v. Reibnitz in Ronneburg mit Frä. Helmine Gerstenberg.

Geboren: Hr. Gerichtsdirector Adam Grimma eine Tochter. — Hr. Moritz Oberländer in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Frau Christiane Elisabeth in Leipzig. — Hr. Gottfried Wilhelm Strauß in Leipzig eine Tochter.

Ein **Circular** des Herrn **Moriz Meyer** in **Thorn**, in verwichener **Leipziger Michaelis-Messe** an dessen **Geschäftsfreunde** durch uns versendet, ist uns nicht zurückgestellt worden. Wir ersuchen hierdurch denjenigen genannten Herren, in dessen Besitz das Circular sich augenblicklich befindet, auf das angelegentlichste, uns dasselbe mit erster Post zuzusenden zu wollen.

[3884]

W. M. Meyer Söhne in Berlin.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zweite Beilage zu Nr. 335. (Donnerstag Abend 30. November 1848.)



Unser heutiges Blatt ist als Beilage des gestern Abend ausgegebenen und mit demselben Datum bezeichnet, weil mit der von morgen an veränderten Zeit der Ausgabe der Zeitung das bisherige Vordatiren derselben aufhört.

Uebersicht.

Deutschland. **Frankfurt a. M. Die deutsche Nationalversammlung, Blum's Leichenfeier. Das Reichsgericht. — Bericht des Verfassungsausschusses über das Reichsgericht. *Frankfurt a. M. Der Verfassungsentwurf über den Reichstag. — Die Abgeordneten der preussischen Nationalversammlung — Aufforderung der Centralgewalt an Oesterreich. — Dr. Wittke. — Erklärung des Abg. Fröbel. O Leipzig. Das Budget. *Aus Baiern. Die Ministerveränderungen. — Die Errichtung der vierten Bataillone. Stuttgart. Die Civilliste. Karlsruhe. Freischarenfall. Mainz. Der demokratische Verein. Darmstadt. Hr. Sig. Hadersleben. Das Attentat auf den Herzog von Ahlemann + Altenburg. Die Herzogin stirbt. S Altenburg. Gesetz in Betreff der Landtagsabgeordneten. Sitzung der Landschaft. Schwerin. Die Kammer. Oldenburg. Der Landtag. Hamburg. Der Zeitungstempel, das Bürgermilitair.

Preußen. Brandenburg. Der Landtag. + Berlin. Die Abgg. Robertus und Schulze. Das Cabinet. Berlin. Hr. Reichensperger. Hr. Parrisius. Die Abgeordneten des Schauspielhauses. Projectirte Gesetzentwürfe. Der Publicist. Hr. v. Auerwald. — Abg. Neubarth. — Bekanntmachung Wrangel's. — Die Universität. — Die Habeascorpus-Akte. — Der Aufbruch der Centralgewalt. Potsdam. Die Beglückwünschungsdeputationen. Erfurt. Begräbniß. Köln. Verhaftungen. Adamski und Niehadt. Das Volkcomité. Die Unterfuchung. Müseldorf. Auflösung der Bürgerwehr. Berncastel. Unruhen. Münster. Unruhen. *Posen. Krawall. General v. Schefer.

Oesterreich. *Kremsier. Der Reichstag, Programm des Ministeriums.

Wissenschaft und Kunst.

Handel und Industrie.

Ankündigungen.

Deutschland.

**Frankfurt a. M., 28. Nov. In der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung erstattete Abg. Kieffer den Bericht der Commission für Blum's Leichenfeier. Die Commission hat sich über alle Parteimeinungen und individuelle Ansichten hinweggesetzt und als Grundlage und Bedeutung der Feier bloß den frühzeitigen Hintritt eines talentvollen und einflussreichen Mitgliedes der Versammlung und dessen gesetzwidrige Tödtung im Auge gehabt. Allein sie sei über mehre Punkte verschiedener Meinung gewesen, namentlich darüber, ob sie selbst zu entscheiden oder bloß der Nationalversammlung Vorschläge zu machen habe. Diese möge sich hierüber aussprechen. Nachdem hierauf mit 241 gegen 156 Stimmen beschlossen worden, daß die Commission ihr Programm vorlegen soll, theilte Abg. Kieffer mit, daß sämtliche Mitglieder für eine am 5. Dec. zu haltende kirchliche Feier, nur drei Mitglieder aber dafür seien, daß die Nationalversammlung sich zu derselben von ihrem Sitzungslocale gemeinschaftlich nach der St.-Katharinenkirche begeben und es den städtischen Behörden und Corporationen freistehen solle, sich anzuschließen. Nach eröffneter Debatte (an welcher die linke Seite sich nicht theilnahmte) wurde folgender Antrag des Abg. Osterrath u. Conf. verlesen:

In Erwägung 1) daß bisher in keinem Falle für ein verstorbenes Mitglied der Nationalversammlung von dieser selbst eine Todtenfeier veranstaltet worden ist, die Anordnung einer solchen für den Abg. Robert Blum also etwas Extraaußerordentliches wäre, daß aber 2) dafür ein besonderer Grund nicht gegeben ist, wenn nicht etwa die Nationalversammlung auf diese Weise eine Billigung der Schritte des genannten Abgeordneten, welche dessen Tod zu Folge gehabt haben, zu erkennen geben will, daß insbesondere 3) die Nichtvollziehung eines Reichsgesetzes, wenn eine solche in Anwendung des Standrechts auf ein Mitglied der Reichsversammlung gefunden wird, doch nicht wohl den Grund zu einer besondern Todtenfeier abgeben kann, vielmehr darin 4) eine der Nationalversammlung unwürdige Demonstration gegen die österreichische Regierung oder die Urheber des Belagerungszustandes gesehen werden könnte; in Erwägung endlich 5) daß in einem ganz analogen Falle, nachdem die Erlassung einer Ansprache an das deutsche Volk beschlossen und der Entwurf dazu vorgelegt war, doch zur Tagesordnung übergegangen wurde: aus diesen Gründen wolle die Nationalversammlung über die auf Veranstaltung einer Todtenfeier für den Abg. Robert Blum gerichteten Anträge zur Tagesordnung übergehen. **Arndts, Lassaulz, Stütz, Osterrath, Stein, Sepp, v. Linde, Bierer, Hayden, v. Ketteler, Beda Weber, v. Wulffen.**

Abg. Hayden beantragt, die Feier zu fixiren, bis die Reichscommission den Thatbestand der Verurtheilung Blum's hinlänglich constatirt haben werden. Diese beiden Anträge wurden verworfen, die kirchliche Feier auf den 30. Nov. angenommen, dagegen der Zug nach der Kirche unter Anschluß der Behörden und Corporationen abgelehnt. Hierauf erklärte Abg. Raveaux: Er habe bei seinem Antrag auf eine Trauerfeier keine bloß kirchliche Feier, sondern eine öffentliche, unter Theilnahme der Corporationen, beabsichtigt. Die Furcht, daß eine solche die Leidenschaften erhitze und zu politischen ungesetzlichen Demonstrationen Anlaß geben könnte, habe er vergebens im Ausschusse zu bekämpfen gesucht. Er erklärte seinen Austritt aus der Commission. Abg. Wigard folgte ihm mit der Aeußerung: Er habe diesen Ausgang vorausgesehen.

Nachfolgende Interpellation vom Abg. v. Blumröder: Das Rundschreiben des Reichsministers am 3. Oct. an die Regierungen der Einzelstaaten, die politischen Vereine betreffend, wurde, wie vielfach in Baiern, so auch im Wahlbezirk Wunsiedel in der Art in Anwendung gebracht, daß solche Vereine landgerichtlich aufgefordert wurden, ihre Statuten, die Zahl der Mitglieder, ihre bisherigen Beschlüsse u. unverzüglich vorzulegen. Diese Vereine haben nun dagegen als eine Verkümmernng des freien Vereinsrechts protestirt und mich veranlaßt, das Reichsministerium der Justiz zu fragen: ob dasselbe Kenntniß davon habe, wie die bairische Regierung jenes Rundschreiben unterzeichnet und zur Anwendung gebracht hat? Ob das Reichsministerium diese Anwendung mit seinem Erlasse in Uebereinstimmung fände oder nicht? Welche Schritte das Reichsministerium bereits gethan oder noch zu thun beabsichtigt, um solchen Eingriffen in die Volksrechte zu begegnen? wird vom Justizminister am 1. Dec. beantwortet werden.

Der Antrag vom Abg. Esterle: Das Ministerium werde aufgefordert, aus Gründen der Gerechtigkeit und Humanität, im Interesse der Ehre Deutschlands und im Interesse einer unglücklichen Nation mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, sich zu verwenden, damit in den lombardisch-venetianischen Provinzen: 1) die Militairherrschaft durch eine Civilregierung ersetzt werde; 2) daß die Zusicherungen Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, sowie die übrigen Verträge geachtet und vollzogen werden, und daher die nach denselben unzulässige, auf Privatpersonen verhängte Strafe der gezwungenen Contributionen oder der Güterconfiscation sofort zurückgenommen werde; 3) daß so bald als möglich ein billiger und ehrenvoller Friede geschlossen werde, geht an den internationalen Ausschuss.

Die zwei noch übrigen Paragraphen über das Reichsgericht *) wurden, und mit ihm der ganze Entwurf, vollständig angenommen. Morgen Berathung der österreichischen Frage.

*) Diese beiden Paragraphen lauten: §. 2. „Zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören: a) Streitigkeiten zwischen der Reichsgewalt und den Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse. b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gewillkürte Austräge sind nur zulässig, insoweit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichsinteresse nicht berührt wird. c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den einzelnen Staaten. d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelstaats und dessen Volkvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung. e) Beschwerden der Angehörigen eines Einzelstaats gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landesverfassung. f) Klagen gegen den Reichsfiscus. g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen wenn die Verpflichtung mehre Staaten zugleich trifft. h) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister wegen Verletzung der Reichsverfassung sowie wegen aller im Gesetz über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen. i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten, wegen Verletzung der Landesverfassung, insofern nicht ein Gerichtshof des Landes angegangen werden kann. k) Strafgerichtsbarkeit mit Urteilsfällung durch Geschworene über die Dienstverbrechen und Vergehen sämtlicher Reichsbeamten. l) Strafgerichtsbarkeit mit Urteilsfällung durch Geschworene in den Fällen des Landes- und Hochverraths gegen das Reich. m) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhilfe erschöpft sind. n) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhaus, dem Volkshaus und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichsgerichts einzuholen.“ §. 3. „Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen.“

Frankfurt a. M., 27. Nov. Der Bericht des Verfassungsausschusses über das Reichsgericht lautet: Schon im Bericht des Verfassungsausschusses zum Capitel „die Reichsgewalt“ ist im Allgemeinen angeführt, aus welchen Gründen und in welchem Umfang das deutsche Reich eines Reichsgerichts bedarf. Was das Einzelne betrifft, so mußte die dem Verfassungsentwurf zum Grunde liegende Idee eines aus gleichberechtigten Staaten gebildeten Bundesstaats mit einer einheitlichen Reichsgewalt an der Spitze zur Abgrenzung der Befugnisse, welche den einzelnen Staaten verbleiben, von denjenigen Rechten führen, welche dem Reich zu übertragen sind, worüber auf das Capitel „die Reichsgewalt“ verwiesen werden kann. Die Entscheidung von Streitigkeiten über den gegenseitigen Umfang der beiden Gewalten konnte aber — wenn der Rechtsstaat nicht aufgegeben werden sollte — weder der Gewalt des Stärkern noch den beteiligten Reichsgewalten selbst überlassen werden, vielmehr entspricht es vollkommen sowohl der Natur der Verhältnisse wie dem bekannten Rechtsfinn des deutschen Volks, alle derartige Streitfälle an einen unparteiischen Staatsgerichtshof zu verweisen und hierdurch die Reichsgewalt vor eigenmächtiger Widersetzlichkeit der Einzelstaaten, zugleich aber auch diese vor verfassungswidrigen Uebergriffen der Reichsgewalt zu schützen. (§. 2a.) Theilweise die nämlichen Gründe führten zur gleichen Bestimmung hinsichtlich aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten. Da jedoch Verhandlungen vor selbst gewählten Schiedsgerichten nach allgemeinen Regeln gestattet und mehr als jene vor dem ordentlichen Richter zur friedlichen Ausgleichung zu führen geeignet sind, so konnten die gewillkürten Austräge, soweit nur Rechte und Verbindlichkeiten der einzelnen streitenden Staaten einander gegenüberstehen, füglich für zulässig erklärt werden. Dabei verstand es sich nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zwar von selbst, daß durch die schiedsrichterliche Entscheidung solcher Streitfragen nicht mit Rechtswirkung über die Befugnisse Dritter, somit auch nicht über die Belange des Reichs abgeprochen werden kann; allein trotzdem hielt man es zur Vermeidung von Rechtsverwirrungen und zur Herbeiführung einer gleichzeitigen Aburtheilung aller das öffentliche Interesse berührenden Streitpunkte für rathsam, die gewillkürten Austräge insoweit ausdrücklich zu untersagen, als durch die Entscheidung der Streitfrage ein Reichsinteresse berührt wird. (§. 2b.) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentenschaft in den einzelnen Staaten erscheinen nach dem constitutionellen Princip als wahre Verfassungsfragen; von der sofortigen Entscheidung der eben erwähnten besondern Fragen hängt aber zugleich der Rechtsbestand der Regierungen der betreffenden Staaten ab, weshalb die Sorge für geordnete Staatsverhältnisse und die Aufrechterhaltung des Reichsfriedens gebot, die Erledigung solcher Streitigkeiten ausschließlich dem Reichsgerichte zu überlassen. (§. 2c.) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Einzelstaats und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit der Landesverfassung erheischen, wenn nicht die gefährlichsten innern Berwürnisse eintreten sollen, rasche Entscheidung, nicht bloß im Interesse des einzelnen Staats, sondern im allgemeinen Interesse des ganzen Reichs; es könnten daher auch diese Streitigkeiten nur zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehören. Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Einzelstaats und dessen Volksvertretung über die Auslegung der Landesverfassung können zwar mit Uebereinstimmung der streitenden Parteien häufig ohne Nachtheil so lange schwebend bleiben, bis eine verfassungsmäßige Vereinbarung zu erzielen ist; wo aber die eine Partei die richterliche Entscheidung der Fortdauer des ungewissen Zustandes vorzieht, da erfordert die Gerechtigkeit und das öffentliche Wohl die Eröffnung des Rechtswegs vor dem Staatsgerichtshofe.

(§. 2d) Im Rechtsstaat — und Rechtsstaaten müssen, so weit sie es noch nicht sind, alle deutschen Staaten werden — hat jeder einzelne Staatsangehörige das unveräußerliche Recht, daß die Landesverfassung in ihrer ungetrübtesten Reinheit aufrecht erhalten wird und nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden kann. Der Schutz dieses politischen Rechts kann nur Aufgabe eines politischen Gerichtshofs sein, den wirksamsten Schutz gegen die Verfassungsverletzung der Regierung eines Einzelstaats wird aber der Staatsgerichtshof des Reichs gewähren. (§. 2d) So wie zwischen den gesetzgebenden Körpern einzelner Staaten unter sich, und zwischen diesen (im Einzelnen, und in ihrer Vereinigung) und zwischen ihren Regierungen über die Auslegung der betreffenden Landesverfassungen, so können auf gleiche Weise über die Auslegung der Reichsverfassung Streitigkeiten zwischen den gesetzgebenden Körpern und der Reichsregierung entstehen. Daß Streitigkeiten dieser Art zu den allerwichtigsten gehören, ergibt sich einfach daraus, daß deren Entscheidung der authentischen Auslegung der Verfassung im einzelnen Falle gleichsteht. Es erregte daher mit Grund Bedenken, dem Reichsgericht eine, in das ganze Staatsleben unsers Gesamtvaterlandes so tief eingreifende, der gesetzgebenden Gewalt in ihrer Vereinigung nahestehende Gewalt einzuräumen. Allein der Ausschuss erwog, daß Streitigkeiten der erwähnten Art möglich seien, welche auf die Dauer das Wohl des Reichs, ja den Fortbestand der Reichsverfassung in Frage stellen könnten. Wenn nun dem Eintreten solcher Fälle durch die Verfassung selbst vorgebeugt werden kann, ohne die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Gewalten von einander aufzuheben, so blieb kein anderes Mittel übrig, als das Reichsgericht mit der Entscheidung so gefährlicher Streitfragen zu betrauen. Um jedoch diese Thätigkeit des Reichsgerichts nur auf den alleräußersten Fall zu beschränken, soll dieselbe nur dann in Anspruch genommen werden können, wenn die streitenden Theile zur Ueberzeugung gelangt sind und sich darüber vereinigt haben, daß eine Entscheidung als nicht länger entbehrlich eingeholt werden müsse; während in allen andern Fällen des §. 2 das Einschreiten des Reichsgerichts nur durch das Anrufen eines Theiles bedingt ist. (§. 2n) Hier muß jedoch erwähnt werden, daß im Ausschuss über die gesetzgebenden Körper noch keine Beschlüsse gefaßt, die Bezeichnungen: „Staatenhaus und Volkshaus“ daher nur als einstweilen angenommen zu betrachten sind. Soweit die Zuständigkeit des Reichsgerichts als politischer Gerichtshof. Was die civilrechtliche Zuständigkeit des Reichs-

gerichts betrifft, so muß der längst anerkannte Grundsatz, daß der Landesfürstus Recht vor den Landesgerichten zu nehmen hat, auch auf civilrechtliche Ansprüche an das Reich Anwendung finden. (§. 2f.) Wo bei Klagen gegen die deutschen Staaten die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehren Staaten zweifelhaft oder bestritten war, da trat schon nach dem Rechte des deutschen Bundes die Entscheidung der Vorfrage durch die Austrägalinstanz ein. Der Beibehaltung dieser Bestimmung mit Uebertragung erweiterter Kompetenz der Austrägalgerichte auf das Reichsgericht läßt sich zwar theoretisch entgegenhalten, man könne den einzelnen Klägern überlassen, die Entscheidung bei den betreffenden Landesgerichten einzuholen. Allein praktisch genommen, erscheint diese Zumuthung, wenn einmal ein über allen deutschen Staaten stehendes Reichsgericht vorhanden, für den Kläger ohne Noth beschwerlich, auch kann die Verschiedenheit der Rechtsansichten jener Gerichte den Erfolg haben, daß die größte Unsicherheit hinsichtlich der Person des Beklagten eintritt. Eine ähnliche Rücksicht bewog den Ausschuss, auch da, wo die Verpflichtung, einer Forderung Genüge zu leisten, mehre Staaten zugleich trifft, das Reichsgericht statt der Gerichte der einzelnen Länder für zuständig zu erklären. Auch in diesen Fällen muß es nämlich für den Berechtigten höchst lästig erscheinen, einen und denselben Rechtsstreit bei mehren Gerichten einzuleiten und durch die Instanzen durchzuführen, auch in diesen Fällen könnten über eine und dieselbe Rechtsfrage von den einzelnen Gerichtshöfen entgegengesetzte Entscheidungen erfolgen, was, wo es irgend möglich ist, vermieden werden muß. (§. 2g.) — Die Zuständigkeit des Reichsgerichts in Strafsachen wird theils durch dessen Eigenschaft als Staats-, theils durch die Eigenschaft desselben als Reichsgerichtshof bestimmt. Zu dem Bereich des politischen Gerichtshofs eignet sich vor Allem die Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichsminister, wegen Verletzung der Reichsverfassung, sowie wegen aller im Gesetz über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen (§. 2h.), und insofern nicht ein Gerichtshof des Landes angegangen werden kann, auch die Strafgerichtsbarkeit über Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten wegen Verletzung der Landesverfassung (§. 2i.) Hinsichtlich der zuletzt genannten Fälle erscheint die Zuständigkeit des Reichsgerichts wenigstens so lange als ein Bedürfnis, als nicht in allen einzelnen Staaten Gerichtshöfe für die Ministeranklagen bestellt sind, während von der andern Seite auch Dem nichts im Wege stehen würde, daß ein Einzelstaat seinen bereits bestehenden Staatsgerichtshof auf verfassungsmäßigem Wege aufhobe und dessen Zuständigkeit auf das Reichsgericht übertrüge. Für beide Arten der Ministeranklagen entstand aber die höchst wichtige Frage, ob die Urteilsfällung mit oder ohne Zuziehung von Geschworenen geschehen solle. Der Verfassungsausschuss hat sich nach längerer Berathung gegen die Zuziehung von Geschworenen erklärt, und zwar aus folgenden Gründen. Bei Ministeranklagen wird die eigentliche Thatfrage nur in sehr seltenen Fällen eine bestrittene sein, vielmehr werden in der Regel die Thatfachen, auf welche es ankommt, offen vorliegen. Der Ausspruch des „Schuldig“ oder „Nichtschuldig“ wird aber in fast allen Fällen von der Entscheidung schwieriger politischer oder wahrer Rechtsfragen abhängen, welche der politisch gebildete und erfahrene rechtsgelehrte Reichsrichter mit größerer Sicherheit beurtheilen wird als der Geschworene. Der Zuziehung von Geschworenen steht aber weiter entgegen, daß, wo die Parteistreitigkeiten bis zur Ministeranklage führen, nicht leicht unparteiische Geschworene zu finden, während nach der einstimmigen Ansicht des Verfassungsausschusses alle thätige Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten mit der Stelle eines Reichsrichters für unverträglich zu erklären und die Reichsrichter durch diese Bestimmung über die Parteien gestellt werden sollen. Als Reichsgerichtshof hat das Reichsgericht über Dienstverbrechen und Vergehen sämtlicher Reichsbeamten (§. 2k) sowie in den Fällen des Landes- und Hochverrats gegen das Reich zu entscheiden (§. 2l). Insbesondere erheischt bei den zuletzt erwähnten Straffällen die Rücksicht auf gleichförmige Entscheidung die Verweisung an das Reichsgericht. Bei beiden Gattungen von Straffällen (§. 2k und l) kommen die bei den Ministeranklagen gegen die Urteilsfällung durch Geschworene erhobenen Bedenken nicht im gleichen Maß in Betracht, es muß daher hier bei dem allgemeinen Grundsatz des fortan gültigen deutschen Rechts bleiben, daß das „Schuldig“ oder „Nichtschuldig“ nur von Geschworenen ausgesprochen werden darf. Endlich kann sowohl in civilrechtlicher wie in strafrechtlicher Beziehung Hemmung oder Verweigerung der Rechtspflege in den Einzelstaaten vorkommen; auch hiergegen muß auf Anrufen des Beschwerkten das Reich durch das Einschreiten seines unparteiischen Gerichts Reichsschutz gewähren können; es versteht sich jedoch von selbst, daß vorher die landesgesetzlichen Mittel erschöpft sind (§. 2m).

Ueber Einsetzung und Organisation des Reichsgerichts wurden verschiedene Bestimmungen als Hauptgrundlagen im Ausschuss in Vorschlag gebracht, berathen und theilweise sogar angenommen. Je mehr sich jedoch der Ausschuss mit diesen Einzelheiten beschäftigte, desto mehr überzeugte er sich, daß die Aufnahme derselben in die Reichsverfassung als zu weit gehend ungeeignet, daß dieselben vielmehr wie die Vorschriften über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen einem besondern Gesetz vorzubehalten seien (§. 3). So viel kann jedoch jetzt schon bemerkt werden, daß sich die Ansicht des Ausschusses dahin aussprach, den verschiedenen im Reiche zu bestimmenden politischen Gewalten eine Theilnahme bei der Besetzung des Reichsgerichts beizulegen.

* **Frankfurt a. M., 28. Nov.** Die Discussion über den Abschnitt des Verfassungsentwurfs: „der Reichstag“, wird jedenfalls noch im Laufe dieser Woche in der Nationalversammlung beginnen. Nach dem Entwurfe dieses Abschnitts soll der Reichstag, wie verlautet, ganz dieselben Befugnisse erhalten, wie jetzt die Nationalversammlung (sehen die fest?). Das Staatenhaus (I. Kammer) wird etwa 160 Mitglieder zählen, die nach der Seelenzahl gewählt werden, und zwar zur

Hälfte von
sammlung
der Vorn
einzelne
geht. Die
in der W
werden,

Fra
del sich
zutreten.
Wahl stot
nach, daß
n. Trübs
sche Parte
ist,“ eine
gung, we
für ihre B
dung so w

Fran
gesandt
bertus, S
Abgeordne
erfahren w
jorität ang
ja eben nu
rung Basse
die Stimm
man jetzt
früher nicht
unverkennb
dazu bei,
sehen. Uel
Weidenbuse
Orte selbst
laute Rüge
die Berline
aus Delitz
Anklage de
Ministerium
rung ergan
Desterreich
zu geben.

— Die
ordneten de
Frankfurt a.
halten einig
dich-Gräß
verschonen,
gen Enthüll
Gefühl hat,
Wochen erlic
Ich kann mi
Menschen g
sergniß vers
verrathen ha
hängt oder
rein zu halte
noch Gelegen
wird das de
lung noch B
zu reden, re
läufig berufe
ihrer Sitzung
eine ausführ
habe, von der
Wahrheit zu

o Leipzig
derordneten
Jahr 1846 en
nahmen bef
als verbliebe
11,986 Thlr.
von den Gru
Thlr. von di
dern; 92,516
gemein. Di
und umfaßt
an Capitalie
wegen des S
und Crimina
2119 Thlr. V
fionen und W

Hälfte von den Regierungen, zur Hälfte von den landständischen Versammlungen der Einzelstaaten; die Kleinern Staaten werden behufs der Vornahme gemeinschaftlicher Wahl zu Staatenverbänden vereinigt, einzelne auch mit größeren Staaten, auf welche dann die Stimme übergeht. Die Mitglieder des Volkshauses (II. Kammer) sollen vom Volk in der Weise, wie die Mitglieder der Nationalversammlung ernannt worden, gewählt werden.

Frankfurt a. M., 27. Nov. Als Blum's Stellvertreter befindet sich Dr. Wuttke in Frankfurt, um in die Reichsversammlung einzutreten. Der Abg. v. Trübschler bestritt dessen Eintritt, weil eine neue Wahl stattzufinden habe. In einer gedruckten Erklärung weist Dr. Wuttke nach, daß gemäß der sächsischen Verordnung die Behauptung des Abg. v. Trübschler nicht begründet ist, und fügt bei, daß „diejenige politische Partei in Sachsen, welche gleichen Sinnes mit Hrn. v. Trübschler ist,“ eine neue Wahl wünsche, weil sie dieselbe bei der großen Aufregung, welche Blum's Erschießung in seinem Wohnorte hervorgebracht, für ihre Bestrebungen auszubenten gedanke; gegen ihn gehe die Verleumdung so weit, auszustreuen, er trüge Schuld an Blum's Tode. (D. V. A. Z.)

Frankfurt a. M., 28. Nov. Ueber die Conferenz, welche die Abgesandten der preussischen Nationalversammlung, Nobbertus, Schulze aus Delitzsch, Gierke und Bredt, im Weidenbusch mit Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung gehabt haben (Nr. 335), erfahren wir nachträglich, daß letztere sämtlich der gewöhnlichen Majorität angehörten, offenbar auf eigene Veranlassung der Berliner, die ja eben nur an die Majorität Wünsche zu richten hatten. Eine Aeußerung Bassermann's bei dieser Conferenz, der darauf hindeutete, daß die Stimmung in Preußen sich doch sehr geändert haben müsse, da man jetzt den Weg zur deutschen Nationalversammlung, von dem man früher nichts habe hören wollen, zu finden wüßte, und deren höhnischer Ton unerkennbar gewesen sein soll, trägt am hiesigen Orte nicht eben sehr dazu bei, der Ungunst, in welche er allgemein gefallen, ein Ziel zu setzen. Ueberhaupt wird das Benehmen der Majoritätsmitglieder im Weidenbusch nicht eben als gastfreundschaflich geschildert, und soll am Orte selbst den Abg. Max Simon aus Breslau veranlaßt haben, eine laute Rüge desselben auszusprechen. Schließlich scheinen übrigens auch die Berliner kein Blatt vor den Mund genommen zu haben; Schulze aus Delitzsch hat sich mit Ausdrücken empfohlen, die von einer offenen Anklage des Terrorismus nicht fern waren. — Heute soll vom hiesigen Ministerium aus die Anforderung an die österreichische Regierung ergangen sein, der friedlichen Entwicklung der Verhältnisse in Oesterreich durch Beseitigung des militairischen Drucks wieder Raum zu geben. (Rith. Nachr.)

Die Allgemeine Zeitung theilt folgende Erklärung des Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung Julius Fröbel mit: **Frankfurt a. M., 22. Nov.** Seitdem ich hierher zurückgekehrt bin, enthalten einige Zeitungen über die Gründe, welche den Feldmarschall Windisch-Grätz bestimmt haben mögen, unter so vielen andern Opfern mich zu verschonen, die Vermuthung oder das Gerücht, daß ich mein Leben wichtigen Enthüllungen über die Demokratie verdanke. Wer einen Funken von Gefühl hat, wird sich sagen, daß es nach Allem, was ich in den letzten Wochen erlebt, etwas schwer ist, auch noch diese Mißhandlung zu ertragen. Ich kann mich aber durch Speierlei trösten: erstens dadurch, daß es keinen Menschen gibt, der durch die erwähnten verleumderischen Gerüchte in Besorgniß versetzt werden kann, weil es keinen gibt, von dem ich etwas zu verrathen hatte; und zweitens dadurch, daß mir, wenn man durchaus gehängt oder erschossen werden muß, um sich vom Verdachte der Verrätherie rein zu halten, unsere noch lange nicht beendigte Revolution muthmaßlich noch Gelegenheit zu dieser Art von Ehrenrettung geben wird. Einstweilen wird das deutsche Volk sich bald überzeugen, daß mich weder Verurtheilung noch Wegnadigung von meinen demokratischen oder, um bestimmter zu reden, republikanischen Ansichten und Bestrebungen befehrt hat. Vorläufig berufe ich mich außerdem auf meinen der Nationalversammlung in ihrer Sitzung am 18. d. M. erstatteten Bericht, und füge hinzu, daß ich eine ausführlichere Darstellung meiner wiener Erlebnisse unter der Feder habe, von der ich hoffen darf, daß man ihr das Gepräge der unverkürzten Wahrheit zuerkennen wird.

Leipzig, 30. Nov. Dem Berichte der Finanzdeputation der Stadtverordneten über den Abschluß der Stadtkassenrechnung auf das Jahr 1846 entnehmen wir folgende Angaben: Die Hauptsumme aller Einnahmen bestand in 529,838 Thlr.; es sind darunter begriffen 54,460 Thlr. als verbliebener Kassenbestand aus der Rechnung auf das Jahr 1845; 11,986 Thlr. an Zinsen; 38,362 Thlr. an Capitalien; 146,919 Thlr. von den Grundstücken; 92,693 Thlr. von indirecten Steuern; 20,562 Thlr. von directen Steuern; 68,866 Thlr. an Sporteln und Strafgebern; 92,516 Thlr. an verschiedenen Einnahmen und 3461 Thlr. insgemein. Die Hauptsumme aller Ausgaben beträgt 478,541 Thlr. und umfaßt folgende Summen: 14,870 Thlr. an Zinsen; 40,702 Thlr. an Capitalien; 34,485 Thlr. Besoldungen; 39,587 Thlr. Aufwand wegen des Stadtgerichts; 45,284 Thlr. Aufwand wegen des Polizei- und Criminalamts; 17,203 Thlr. Aufwand wegen des Landgerichts; 2119 Thlr. Aufwand wegen der Stadtverordneten; 6813 Thlr. an Pensionen und Wartegeldern; 5359 Thlr. Aufwand wegen der Gefangenen;

4472 Thlr. Aufwand wegen der Kirchen; 18,851 Thlr. wegen der Schulen; 24,196 Thlr. für milde Anstalten und Zwecke; 55,485 Thlr. Aufwand wegen der Grundstücke; 18,832 Thlr. an Unterhaltungskosten für Chausseen, Pflaster, Schleusen, Brücken etc.; 82,634 Thlr. Aufwand wegen der Wohlfahrtspolizei; 339 Thlr. wegen der hiesigen Garnison; 3252 Thlr. wegen der Communalgarde; 59,209 Thlr. und 4839 Thlr. Ausgaben verschiedener Art und insgemein. Es verbleiben mithin bei 529,838 Thlr. Einnahmen und 478,541 Thlr. Ausgaben 51,297 Thlr. Kassenbestand. Der Werth vorhandener Naturalbestände beläuft sich auf 23,089 Thlr.

* **Aus Baiern, 28. Nov.** Die Ministerveränderungen sind endlich officiell ins Leben getreten, nachdem schon Mitte vorigen Monats dieselben eigentlich vor sich gegangen waren. Warum diese lange Krisis (denn während dieser Zeit sollen wiederholt einige Minister bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Entlassung angeboten haben) eingetreten, und warum noch heute nicht eine vollkommen feste Gestalt angenommen (wie denn erst kürzlich, so viel man hört ohne Wissen des übrigen Ministeriums, der Kriegsminister Weichaupt durch einen der Gefinnung nach keineswegs zu den andern Mitgliedern passenden General ersetzt wurde), möchte nicht unschwer zu errathen sein. Die Zeit ist gekommen, wo man ohne „Wähler“ genannt zu werden, sagen darf, daß von gewissen Seiten versucht wird, ob man nicht ohne die strengen Konsequenzen des constitutionellen Princip's durchkommen könnte. Man nennt dieses im echt constitutionellen Publicistenstyle: „Es hat sich eine unverantwortliche Camarilla zwischen den Fürsten und die verantwortlichen Minister gedrängt.“ Es ist nun natürlich, daß die Männer, welche ihre Popularität und ihre Geltung beim Volke aufs Spiel gesetzt hatten, um die Wogen der heurigen Märzbewegungen in das Bett einer wahren constitutionellen Monarchie einzulenken, zu diesem Experimente durchaus keine Lust haben. Andererseits aber haben die preussischen Ereignisse auch anderwärts den Weg gezeigt, wie man die Errungenschaften des März festhalten kann, ohne daß sie gerade der Herrschergehalt zu un bequem fallen; sollte es nun wahr sein, was man erzählte und wobei man an einige in der nächsten Nähe des bairischen Hofes waltende preussische Elemente zu denken nicht unterlassen konnte, daß die Potsdamer Regierung an die verschiedenen Höfe eine Denkschrift vertheilt hat, so wurde diese unsern Ministern gewiß nicht zu lesen gegeben, und die Mauern, innerhalb welcher die jetzt fast täglichen Staatsrathssitzungen gehalten werden, können nicht gänzlich die großen Differenzen verbergen, die über die geringsten Reformen, welche die Minister beantragen, entstehen. Daß zu einem dem preussischen analogen Verfahren ein Lerchenfeld, ein Heinz unbrauchbar sind, scheint die „Camarilla“ längst eingesehen zu haben, und gewiß würden die weißen Mauern Nymphenburgs um eine Centnerlast erleichterte Herzen in sich schließen, wenn vor Allen Minister Lerchenfeld nicht mehr ihre Schwelle überschreiten würde. Da derselbe so oft schon seine Entlassung angeboten, so würde sich auch die Sache bald machen lassen, wenn nur ein kleiner Umstand nicht wäre, nämlich der, daß die Camarilla Niemand weiß, der ihn ersetzen könnte. Und wie zum Verdruss entfaltet gerade jetzt der neue Minister des Innern eine verzweifelte Thätigkeit; verstärkt durch die Kräfte des zum Ministerialrath beförderten Oberberggraths Feder, eines Mannes, der in Griechenland glänzende Proben seines Organisationstalent's gegeben, sucht Lerchenfeld nachzuholen, was der etwas zu phlegmatische Bürgermeister Thon-Dittmer versäumte; auch Minister Heinz scheint vorauszusetzen, daß er nicht mehr gar zu lange Minister bleiben wird, und trachtet in redlichem Eifer die neue Justizorganisation noch so weit als möglich zu fördern. Die neuen Gesetzesvorlagen, welche im Ministerium des Innern für die kommenden Kammern ausgearbeitet werden, betreffen, wie verlautet, völlige Emancipation der Juden (noch ehe die Grundrechte publicirt werden), Umgestaltung des Reichsrathes, wobei die freie Wahl nicht ausgeschlossen sein soll, sowie noch, eine große Anzahl das materielle Wohl betreffender Verbesserungen, vor Allem aber eine Veränderung der administrativen Verwaltung, welche von eben so radicaler Wirkung in der Administration sein wird, wie eben dieses Ministerium während der kurzen Dauer seines Wirkens die finanziellen Principien umgestaltet hat. Wie man bestimmt versichert, sollen nämlich die meisten jetzt in den Händen der Bureaukratie befindlichen Befugnisse auf die Landräthe, Bezirksräthe und Gemeindeausschüsse übergehen, und so die Selbstregierung an die Stelle der bevormundenden Polizei treten. Was man aus früheren Zeiten von den Ideen des Ministers Lerchenfeld über diese Richtung des Staatsorganismus kennt, läßt nicht zweifeln, daß wenigstens von ihm aus die Bestimmungen hierüber ganz im Geiste der Neuzeit ausfallen werden. So viel hiervon. Wie bei allen noch so ernstlichen Dingen doch immer auch eine komische Seite sich vorfindet, so ist denn auch bei diesem ewig wandelnden Boden in unsern Verhältnissen eine solche in der gewaltigen Angst zu sehen, mit welcher von den Regierungspräsidenten an bis herab auf die untern Collegialassessoren eine Schar der bureaukratischsten Bureaukraten auf das in Gestalt eines Chefs, „der

noch gar nie in diesem Fache gebient hat," über ihnen hängende Damoklesschwert schielen. Es ist auch nur zu gewiß, daß trotz aller trefflichen Eigenschaften des neuen Ministers dennoch derselbe auch nicht eine Rufschale Gutes stiften wird, wenn er nicht damit anfängt, diese lauten Widersprüche mit dem Geiste der neuen Richtung zu pensioniren, und sich von jenen „Freunden“ zu befreien, welche durch ihr sinnloses Benehmen das ganze Land gegen die Regierung immer wieder von neuem aufheben. Was sollen denn auch alle Ministerentschließungen helfen, wenn an der Spitze der Provinzen Männer stehen, die man schon zu Abel's Zeiten für untauglich gehalten hat.

München, 24. Nov. Man spricht stark davon, daß nun auch die vierten Bataillone errichtet, und der Effectivstand des Heeres (einer neuerlichen Mahnung von Seiten der Reichsgewalt zufolge) auf 91,000 Mann gebracht werden soll. (A. 3.)

Stuttgart, 24. Nov. Alle bisherigen Nachrichten von einem bleibenden Nachlaß an der Civilliste sind voreilig gewesen. Die Sache ist noch ganz auf dem Punkte wie früher, daß nämlich der König nur für das laufende Etatsjahr 200,000 Fl. erlassen hat. (U. S.)

Karlsruhe, 27. Nov. Gestern Abend, so geht das Gerücht, traf aus dem Oberlande die Nachricht ein, daß die Freischärler bei Lörrach einen Einfall ins Badische gemacht, wobei vier Dragoner geblieben seien. Das Leibinfanterieregiment soll Befehl erhalten haben, sich marschfertig zu halten. Es ist Thatsache, daß seit einigen Tagen unter den Flüchtlingen jenseit des Rheins viel Bewegung herrschte, und wenn dieselben auch nicht gerade eine republikanische Schilderhebung beabsichtigen mochten, so kann man doch eine Razzia unternehmen, die diesseitigen Bewohner ein Bischen brandschaden und nebenbei in Schrecken und Angst erhalten. Solche Razzias können wir übrigens noch manche erleben, wenn es nicht gelingt, die Flüchtlinge von der Grenze zu entfernen, denn Noth und Verzweiflung treibt sie zum Aeußersten, und wir werden es wol noch erleben, daß der ordnungsliebende Bürger diese Freischärler, von denen nur noch der Ausruf zurückbleibt, aufs ärgste fürchtet. So muß es aber auch kommen, dann werden sich die Bauern selbst bewaffnen und sich ihres Eigenthums wehren. (F. 3.)

Mainz, 26. Nov. In der heutigen Sitzung des hiesigen demokratischen Vereins war Julius Fröbel anwesend und erstattete Bericht über die Ereignisse in Wien. Den Soldaten der preussischen Garnison ist der Besuch des demokratischen Vereins streng verboten worden, und waren zu diesem Zwecke drei Unteroffiziere im Vorhofe des Locals aufgestellt. (D. P. A. 3.)

Darmstadt, 28. Nov. In Beziehung auf die von der Darmstädter Zeitung gegebene Notiz (Nr. 327) erklärt Hr. 3ig: Der Minister Jaup erließ an alle in Hessen zur Nationalversammlung gewählte Abgeordnete ein Circular, daß ihnen die Diäten nur für die Tage, an welchen sie in Frankfurt gewesen und die Sitzungen besucht hätten, ausbezahlt werden könnten. Mir insbesondere wurde hier noch die für den Monat October eingereichte Diätennote zurückgesendet, um sie nach obigem Maßstabe einzurichten. Auch wurde ich ersucht, mich über die Septemberdiäten in gleicher Beziehung zu erklären. Daraus erwiderte ich, daß ich als deutscher Abgeordneter zur Nationalversammlung, wenngleich in Hessen gewählt, es unter meiner Würde halte, dem Ministerium in Darmstadt Rechenschaft über die Verwendung meiner Zeit zu stellen oder mich seiner Controle zu unterwerfen, und vorziehe, auf die Octoberdiäten zu verzichten, auch künftige Anfordernungen nicht nach dem kleinlichen Maßstabe des Hrn. Jaup berechnen würde.

Hadersleben, 26. Nov. Dem Vernehmen nach soll der Thäter des an dem Hadesvogt Ahlmann beabsichtigten Meuchelmords (Nr. 326) ermittelt sein. Man nennt einen dänischen Offizier in Ripen, den man vorläufig ins Irrenhaus eingesperrt hat, um ihn und seine That als wahnsinnig zu stempeln. (S.-H. 3.)

+ **Altenburg, 29. Nov.** Gestern Abend um 8 Uhr entschlief nach langen Leiden, an einer schmerzhaften Verzehmung, unsere Frau Herzogin Amalie Therese Luise Wilhelmine Philippine, geb. am 28. Jun. 1799, Tochter des Herzogs Ludwig von Württemberg, vermählt am 24. April 1817, Mutter von vier Töchtern, von welchen die älteste, Marie, an den Kronprinzen von Hannover, und die zweite, Alexandra, an den Großfürsten Konstantin vermählt ist. Sie trocknete gern im Stillen die Thränen der Armen und war, namentlich in den vergangenen Misjahre, mit Aufopferung ihrer selbst bemüht, zu helfen und zu unterstützen. Die Dankbarkeit ihrer Schützlinge hat aber nicht immer Wache gestanden an ihrem Leidenslager.

3 **Altenburg, 29. Nov.** Hier ist unterm 23. Nov. folgendes Gesetz erschienen: 1) Kein Landtagsabgeordneter kann drei Tage vor Beginn der landschaftlichen Diät, während der Dauer und drei Tage nach Beendigung derselben ohne Genehmigung der Landschaft verhaftet werden, außer wenn er bei Ausübung eines Criminalverbrechens auf frischer That ergriffen wird oder zur Wechselhaft verurtheilt worden ist. 2) Kein Abgeordneter kann während derselben Zeit ohne Zustimmung der Landschaft in Untersuchung genommen werden. 3) Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Landschaft und jede Haft eines sol-

chen ist sofort der versammelten Landschaft anzuzeigen und wird auf deren Verlangen für die Dauer der Sitzung vertagt, auch wenn das Strafverfahren oder die Haft vor dem im Eingange des §. 1 bestimmten Zeitpunkte eingetreten sein sollte. 4) Bei Verathungen und Abstimmungen der Landschaft oder ihrer Commission über die Frage, ob ein Abgeordneter in Haft oder Untersuchung genommen werden soll, hat sich der betheiligte Abgeordnete aller Theilnahme daran zu enthalten.

Nachdem wiederholt der Fall vorgekommen ist, daß in der irrigen Voraussetzung, als seien die an die Landschaft oder von dieser an den Landesherren gebrachten Anträge auf Aufhebung bisher bestandener polizeilicher oder anderer gesetzlicher Vorschriften an sich schon hinreichend, um die „Landesunterthanen“ von der fernern Beobachtung solcher Vorschriften zu entbinden, gegen letztere verstoßen worden ist, so macht das herzogl. Ministerium auf das Irthümliche einer solchen Annahme mit dem Bemerken aufmerksam, daß, unbeschadet des in dem Gesetze vom 20. Oct. d. J. der Landschaft zugestandenen Rechts der Initiative und mit alleiniger Ausnahme des hieselbst in dem zweiten Abschnitte des §. 6 vorgesehenen Falles, bestehende Gesetze und Verordnungen, auch wenn von der Landschaft deren Aufhebung beantragt worden sein sollte, so lange ihre Geltung behalten, als dieselben nicht von der Staatsregierung selbst für aufgehoben erklärt worden sind. Dabei wird zugleich bemerkt, daß das bisher zur Begründung von Straferlassgesuchen wiederholt vorgekommene Ansuchen, als habe man das betreffende Verbot für aufgehoben erachtet, oder als habe sich die Ansicht von dessen Aufhebung verbreitet, künftig nicht mehr als Strafentbindungsmoment angesehen werden soll.

— Die republikanische Partei unserer Landschaft stellte in der gestrigen Landtagsitzung unter Anderm den Antrag, daß der gegen den Advocaten Erbe erlassene Stedbrief sofort wieder zurückgenommen werde. Nach einer längern Debatte ward darüber abgestimmt und der Antrag mit Stimmenmehrheit verworfen. Hierauf ergriff Abg. Dölichsch das Wort und verlangte vom Ministerium zu wissen, aus welchem Grunde seit einiger Zeit während der landschaftlichen Verhandlungen in der Nähe des Sitzungslocals Militair aufgestellt sei, ob vielleicht der Landtag unter den Einfluß der Bayonnette gestellt werden solle. Der Minister Graf Beust gab die Erklärung, daß diese Maßregel nothwendig geworden sei, da in der letztern Zeit von der Galerie aus mehre Ungezogenheiten vorgefallen und selbst einige Kammermitglieder insultirt worden wären. Abg. Dölichsch rief aus: „Wie in Berlin,“ wofür ihm die Menge zujubelte, beruhigte sich aber mit der erhaltenen Erklärung des Ministers. (R. 3.)

Schwerin, 26. Nov. In ihren beiden letzten Sitzungen der Kammer hat dieselbe sich hauptsächlich mit Wahlen und einigen dringlichen Anträgen beschäftigt. Von den Commissaren haben erklärt, 1) der strelitzische, daß er autorisirt sei, sich denjenigen Erklärungen anzuschließen, welche von den schwerinischen Commissaren wegen interimistischer Besetzung der Aemter und Pensionen abgegeben seien (Nr. 332), und 2) die schwerinischen, daß der Großherzog zwar keine Einrichtung treffen wolle, durch welche die bevorstehende Abtrennung von Staat und Kirche erschwert würde, daß jedoch zur Vorbereitung des Uebergangs manche Anordnungen getroffen werden müßten; es sollten aber alle diese Einrichtungen nur provisorisch sein. Der älteste Gemeinde sei schon vor Eingang des betreffenden Antrags eine freie Wahl gewährt worden. (H. C.)

Oldenburg, 23. Nov. In der heutigen Sitzung des Landtags fand das Steuerverweigerungsrecht einigen, jedoch vorübergehenden Anstoß. Man versöhnte sich mehr damit auf die Betrachtung: daß der Gebrauch dieses Rechts um so seltener und daher unbedenklicher sein werde, je mehr das Volk seinen verfassungsmäßigen Antheil am Staate habe und deshalb desto weniger geneigt sein könne, diesen Staat zu stören oder gar zu zerstören. Der Art. 188 wurde dem zufolge dahin angenommen: „Den Landständen steht das Recht zu, neue und alte Steuern zu bewilligen und zu verweigern. Ohne Zustimmung des Landtags können also Steuern und Abgaben weder ausgeschrieben noch fortgehoben, Anleihen und Schulden gültig nicht gemacht werden.“ Den Art. 189: „Die Stände werden Ausgaben nicht verringern, deren Nothwendigkeit auf bereits begründeten Verbindlichkeiten beruht,“ wollten mehre Abgeordnete streichen, weil er eine Deutung zuzulassen scheine, welche mit dem soeben anerkannten Abgabenverweigerungsrechte der Stände im Widerspruche stehe. Die Mehrheit aber theilte dieses Bedenken nicht, da nur die Ausgaben genannt seien, nicht die Deckungsmittel derselben, und hielt die Bestimmung nothwendig zur Sicherheit der Staatsgläubiger. Zu Protokoll wurde jedoch erklärt: daß dies von Gehalten und Pensionen nicht zu verstehen sei. Die übrigen Artikel vom Staatshaushalte fanden kein Bedenken und bestimmen auch nur das Gewöhnliche, mit Ausnahme des Art. 195, welcher die Bildung eines Reservefonds beabsichtigte. Dies fand man nach richtigen Grundsätzen des Staatshaushalts nicht empfehlenswerth und der Artikel wurde gestrichen, statt dessen vielmehr der Satz aufgenommen: „Ersparnisse in einer Ausgaberrubrik dürfen nicht für eine andere verwendet werden.“ (W. 3.)

Han-
gen Sibun-
men worde-
gärten Blät-
zugeben, i-
der Entwur-
militair

Gran

ordneten
ten eingega-
nicht beivo-
glieder ann-
sehen. Ka-
Uhr vertag

++ Berl

heute von
tion wieder
Berhandlun-
Die Robber
durch ihr C

denburg be-
jeht ihr M
Kofch erklä-
ringenden p
Anderes üb

treter zu er-
wollenden C
schlußfähig
suf mit ih
deutschen P
mentlich die
Verfassung
tung gekom

erst als die
einbarungs-
die unlängh
burg hinzut
wird, ist e
liche Zuvo

aufgenomme
welche ihn
fang gegeb
zu können,
sammlung i

ist als vor
preussische
schen Reich
legenheit im
durch den f

rium des W
und vieleich
binet doch
genwärtige
hier mit all

verstanden
stem, nachd
ten Landtag
und Scheinc
Absicht des

Berlin

denburg hier
hier keinen
von Brande
nen konnte,

einen Protef
willens war.
anwesenden
ausgewies
nicht zu prä
in wenigen
würde, was
und daß ev

Sitzungsfaal
In den
wurde erzähl
schlußfähig
werden sollen
Festsetzung
2) ein Gese

Hamburg, 28. Nov. Von den der Bürgerschaft in ihrer gestrigen Sitzung vorgelegten Anträgen sind unter andern folgende angenommen worden: Beschränkung des Zeitungsstempels auf die privilegierten Blätter, denen gestattet werden soll, ungestempelte Beilagen auszugeben, insofern in denselben keine bezahlten Inserate enthalten sind; der Entwurf wegen Abänderung des Reglements für das Bürgermilitär nach den Vorschlägen der Rath- und Bürgerdeputation.

Preußen.

Brandenburg, 29. Nov. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten verlas Alterspräsident v. Brünnek die von 22 Abgeordneten eingegangenen Entschuldigungsanzeigen, daß sie der heutigen Sitzung nicht beiwohnen können. Der Namensaufruf ergibt, daß nur 151 Mitglieder anwesend sind. Am Ministertisch ist nur Hr. v. Manteuffel zu sehen. Nach 12 $\frac{1}{2}$ Uhr wird die Sitzung bis morgen Vormittag 11 Uhr vertagt. (Lith. Nachr.)

†† Berlin, 29. Nov. Die Abgg. Kobbertus und Schulze sind heute von ihrer Sendung nach Frankfurt a. M. zu ihrer hiesigen Fraction wieder zurückgekehrt, ohne auch nur das kleinste Resultat von ihren Verhandlungen mit der deutschen Nationalversammlung zu überbringen. Die Kobbertus'sche Fraction scheint aber jetzt am allerwenigsten geneigt, durch ihr Contingent zur Beschlußfähigkeit der Versammlung in Brandenburg beizutragen. Andere der hier gebliebenen Abgeordneten legen jetzt ihr Mandat nieder, was gestern auch der Königsberger Arzt Dr. Kofsch erklärt hat. Es scheint daher dem mit seiner Lebensfähigkeit ringenden parlamentarischen Kumpf in Brandenburg in der That nichts Anderes übrig zu bleiben, als sich durch die Einberufung der Stellvertreter zu ergänzen. Die Regierung legt plötzlich einen gewissen wohlwollenden Eifer an den Tag, die Versammlung in Brandenburg beschlußfähig werden zu lassen und sich von neuem auf den Vereinbarungsfuß mit ihr zu stellen. Es ist möglich, daß die Vermittelungskraft der deutschen Reichscommissare darauf einigen Einfluß geübt und daß namentlich die Vorstellungen, welche von Frankfurt her gegen eine octroyirte Verfassung Preußens eingebracht wurden, wenigstens insoweit zur Geltung gekommen sind, daß die preussische Regierung diesen Schritt jetzt erst als die letzte Nothwendigkeit nach Erschöpfung aller möglichen Vereinbarungsmittel sich gewissermaßen abringen lassen will. Daraus scheint die unläugbar eingetretene Geschmeidigkeit des Ministeriums Brandenburg hinzudeuten. Ob dem letztern bald ein Ministerium Vincke folgen wird, ist eine sehr naheliegende Frage, zu welcher die außerordentliche Zuverlässigkeit, mit der diesmal Hr. v. Vincke in Sanssouci aufgenommen wurde, und die intimen politischen Verhandlungen, in welche ihn der König mehrfach hineingezogen, eine natürliche Veranlassung gegeben haben. Wir glauben aber mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß ungeachtet aller Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung im Rathe des Königs von nichts weniger die Rede gewesen ist als von einer Entlassung des Ministeriums Brandenburg. Die preussische Ministerkrise existirt diesmal nur in den Köpfen der deutschen Reichscommissare und in den Gerüchten, wie sie bei solcher Gelegenheit immer entstehen. Wenn aber dem Ministerium Brandenburg durch den frankfurter Beschluß attestirt worden, daß es kein Ministerium des Vertrauens sei, so würde ein von Hrn. v. Vincke gebildetes und vielleicht durch die H. Leo, v. Serlach, v. Rauch ergänztes Cabinet doch nur dieselbe principielle Stellung fortführen, welche das gegenwärtige Ministerium eingeleitet hat. Denn Hr. v. Vincke hat sich hier mit allen getroffenen Maßnahmen des Ministeriums durchaus einverstanden erklärt, und wir glauben, daß sein innerstes politisches System, nachdem es sich aus dem ritterlichen Liberalismus des vereinigten Landtags entpuppt hat, ihn jetzt noch weiter in den Absolutismus und Scheinconstitucionalismus hineinführen würde, als es selbst in der Absicht des Ministeriums Brandenburg zu liegen scheint!

Berlin, 29. Nov. Hr. Reichensperger ist heute von Brandenburg hier herüber gekommen, es scheint jedoch, daß sein Aufenthalt hier keinen politischen Zweck zum Grunde hat; Hr. Parrisius ist von Brandenburg zurückgekehrt, ohne daß er es über sich gewinnen konnte, auch nur in der dortigen Versammlung zu erscheinen, um einen Protest gegen dieselbe einzulegen, wie er dies bei seiner Hinreise willens war. — Man spricht bereits in der Stadt davon, daß die hier anwesenden Abgeordneten auf Befehl des Hrn. v. Wrangel würden ausgewiesen werden. Ob das Gerücht glaubwürdig, vermögen wir nicht zu prüfen, so wenig wie die andern, daß das Schauspielhaus in wenigen Tagen von dem darin lagernden Militair verlassen werden würde, was Hr. v. Küstner von Hrn. v. Wrangel erbeten haben soll, und daß eventuell der Weiße Saal im königl. Schlosse wieder zum Sitzungslocale eingerichtet werden würde.

In den Versammlungen der hier anwesenden Abgeordneten wurde erzählt, daß der Versammlung in Brandenburg, sobald sie beschlußfähig geworden, folgende Gesetzentwürfe und Botschaften vorgelegt werden sollen: 1) ein Preshgesetz mit scharfen Strafbestimmungen und Festsetzung von Cautionsen für alle Zeitungen und politischen Blätter; 2) ein Gesetzentwurf über die Beaufsichtigung der Clubs und po-

litischen Vereine und einstweilige Suspendirung des Versammlungsrechts in Berlin. Wenn diese beiden Gesetzentwürfe angenommen worden, sei die Regierung bereit, den Belagerungszustand von Berlin aufzuheben. Alsdann hätte sich die Versammlung aber nur mit der Berathung der Verfassung zu beschäftigen, damit deren endliche Vereinbarung zu Stande käme. — Der Herausgeber des «Publicist», Criminalactuar Thiele, welcher bekanntlich ohne alle Ursache am 17. Nov. von Soldaten verhaftet und mehre Tage gefangen gehalten wurde, foderte in seinem Blatte vom 25. Nov. die 108 Personen, welche bis dahin in Folge des Belagerungszustandes zur Stadtvoigtei eingeliefert, aber nach mehrtägiger Haft, fast alle ohne Verhör entlassen sind, und auch Diejenigen, welche nach dem Zellengefängnisse gebracht worden seien, auf, sich gestern Nachmittags von 3—6 Uhr in der Expedition des Publicisten zu melden, um gemeinschaftliche oder doch wenigstens übereinstimmende gesetzliche Schritte wegen der durch die Militairgewalt vorgenommenen Verabreichung der persönlichen Freiheit einzuschlagen. Der General Wrangel sah diese Versammlung als eine zu politischen Zwecken und demnach verbotene an, ließ deshalb gestern Nachmittags um 5 Uhr die in der Spandauerstraße belegene Druckerei und Expedition des «Publicist» mit 200 M. Soldaten besetzen, welche aber außer dem Druckereipersonale Niemanden vorfanden. Hr. Thiele hatte dies vorausgesehen und ließ alle Diejenigen, welche ankamen, nach einem andern Locale weisen. General Wrangel war jedoch darüber so erzürnt, daß er sofort das Erscheinen des «Publicist» während der Dauer des Belagerungszustandes suspendirte. — Die hier noch anwesenden Abgeordneten werden keinesfalls nach Brandenburg gehen und gegen eine Einberufung der Stellvertreter protestiren. — Hr. v. Auerswald ist heute von Königsberg angekommen und hatte eine Audienz beim König. Er beschwor denselben, sich mit den hiesigen Mitgliedern der Nationalversammlung zu vereinigen, da sich ganz Ostpreußen für die Nationalversammlung erheben würde. (Lith. Nachr.)

— Der Abg. Neubarth aus dem Kreise Merseburg (Sachsen), der am 9. Nov., der königl. Botschaft gemäß, die Nationalversammlung verlassen hatte, hat jetzt dem Ministerium des Innern einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen, die er in Folge jenes Schrittes zu erdulden hatte, eingereicht. Er wurde durch eine Deputation von Wahlmännern nach Merseburg abgeholt und fand hier vor dem Gasthause, in welchem er den Wahlmännern Rede stehen sollte, eine Volksversammlung von vielleicht 1000 Menschen unter Leitung eines bekannten Republikaners. Mit dem äußersten Ungeßüm fiel man über ihn her, schrie: „Landesverräter, Hallunke, du mußt hängen,“ und hielt ihn über eine Stunde gleichsam in Belagerungszustand, ehe er vor seine Wähler gelangen konnte. Hier aber wurde er nicht viel besser empfangen. Er wurde mit den härtesten Vorwürfen überhäuft und zu Niederlegung seines Mandats gezwungen. Nun wurde er wieder der Roheit der Menge überlassen. Man schleppte ihn nach einem andern Wirthshause, wo er von dem Balcon herab zu dem Volke reden mußte. Nur die Bemühungen einiger Leute aus seinem Dorfe schützten ihn während dieser Scenen vor den rohesten Gewaltthatigkeiten. Von den Behörden Merseburgs war keine Hülfe zu erwarten, denn dort standen der Stadtgerichtsdirector und der Bürgermeister an der Spitze der Tumultuanten, und die Bürger selbst mußten einige Tage später durch Entwaffnung jener Beamten und ihrer Anhänger die Ruhe herstellen. (L. 3.)

— Unterm 28. Nov. hat General v. Wrangel folgende Bekanntmachung erlassen: Durch meine Bekanntmachung vom 13. d. M. und durch spätere besondere Verfügungen ist der Druck und die Verbreitung nachbenannter hier erscheinender Zeitschriften: 1) der Reform, 2) der Zeitungs-Halle, 3) der Locomotive, 4) der Republik, 5) der Volksblätter, 6) der ewigen Lampe, 7) des Krakehlens, 8) des Kladderadatsch, 9) der Bürger- und Bauernzeitung, 10) des Pommernvereins-Blattes, 11) des Publicisten, ebenso aller Placate und Flugschriften mit Ausnahme von obrigkeitlichen Bekanntmachungen, Anzeigen von öffentlichen Vergnügungen, Auktionen, Verkäufen, gestohlenen, verlorenen oder gefundenen Sachen für die Dauer des Belagerungszustandes verboten worden. Nachdem das königl. Polizeipräsidium auf meine Veranlassung den Handel mit politischen Druckschriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen untersagt hat, sind die oben bezeichneten verbotenen Zeitschriften und Placate noch durch die Buchhandlungen und im Privatwege durch Colporteurs verbreitet worden. Da dies den Zwecken des Belagerungszustandes entgegen ist, so bestimme ich hierdurch: daß der Verkauf dieser Zeitschriften und Blätter in den Buchläden, sowie jede andere Verbreitung derselben verboten und die Polizeibehörde gehalten sein soll, dieselben überall in Beschlag zu nehmen und an mich auszuliefern. Zugleich behalte ich mir vor, solche Buchläden, wo dessen ungeachtet ein derartiger unstatthafter Handel fortgesetzt werden sollte event. gänzlich schließen zu lassen.

— Der Preussische Staats-Anzeiger veröffentlicht folgende Eingabe: Allerhochachtungsvoll, großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Ew. königl. Maj. haben bereits durch die von einer großen und nicht abgeschlossenen Anzahl von Lehrern unserer Universität unterzeichnete Botschaft den Ausdruck der Treue gegen Ew. Maj. und der Zustimmung zu den jüngsten Maßregeln der Regierung Ew. Maj. entgegengenommen. Unter-

zeichnete Rektor und Senat der hiesigen Universität fühlen sich gedrungen, ihrerseits die Versicherung hinzuzufügen, daß nicht minder diese Hochschule auch als Körperschaft in ihrer öffentlichen Stellung und ihren amtlichen Handlungen die Gesetzmäßigkeit und die Treue gegen Ew. Maj. unverbrüchlich bewahren wird, und wir haben die Zuversicht, die Universität werde als Ganzes und in ihren Gliedern wie in früherer Zeit der Noth und Gefahr so auch jetzt ihre Pflicht gegen Thron und Vaterland mit unerschütterlicher Festigkeit erfüllen. In tiefster Ehrfurcht verharret Ew. Königl. Maj. allerunterthänigste Rektor und Senat der Friedrich-Wilhelms-Universität. Risch. Lehnert. Hengstenberg. Keller. Ehrenberg. Trendelenburg. Böckh. Lachmann. Hefter. Homeyer. Stahl. Berlin, 25. Nov. 1848.

— Das Königl. Criminalgericht hat seinen sämmtlichen Beamten in den letztern Tagen nochmals die strengste Befolgung der Habeas corpus-Acte zur ausdrücklichen Pflicht gemacht. Namentlich sind Einrichtungen getroffen worden, daß Jeder, der in die Gefängnisse des Criminalgerichts eingeliefert wird, unfehlbar binnen 24 Stunden vom Untersuchungsrichter vernommen werden kann. Auch sind die Gefängnißbeamten angewiesen worden, für den Fall, daß ein Gefangener von den Polizeibeamten abgeliefert wird, ohne daß der vorgeschriebene Bericht in der gesetzlichen Zeit beigelegt wird, einen solchen Gefangenen sofort wieder in Freiheit zu setzen und ihn nicht etwa dem Polizeipräsidenten zur Disposition zu stellen.

— Die Deutsche Reform sagt unterm 28. Nov.: Der Aufruf der Centralgewalt (Nr. 330) an das deutsche Volk kam uns nicht sehr gelegen; denn wie stand die Krone da, wenn sie jenem „Verlangen“ sofort nachgegeben wäre? Sie hätte ihre Macht ohne allen Grund fortgegeben und sich selbst mediatisirt. Es ist ein unglückliches Versehen, das in einen Aufruf an das Volk hineingekommen ist, was etwa in einer diplomatischen Note hätte Platz finden dürfen; und wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß dieser Aufruf die Bildung des neuen Cabinets geradezu verhindert hat. Doch hoffen wir, daß Hr. v. Vinde immer noch, wenn auch erst später, seinen Auftrag erfüllen wird, sollte er auch selbst kein Portefeuille übernehmen. — Unterm 29. Nov. sagt die Deutsche Reform: Während die Krisis, die in Preußen stattfindet, einfach zwischen der Regierung und der Versammlung verhandelt wird und einem um so sicherern Abschluß entgegengeht, als die Krone den Boden der Vereinbarung so lange als möglich festzuhalten sich entschlossen zeigt, beschäftigt sich H. v. Sager, wie es scheint, ausschließlich mit der Feststellung der definitiven Centralgewalt und läßt Preußen seine innern Verhältnisse, wie es auch nicht anders sein kann, selbst ordnen. Ob der Aufruf des Reichsverweisers ihm dabei gute Dienste leistet, ob ein Staatsmann von seiner Einsicht die betreffenden Handlungen der Reichsminister billigt, das wissen wir nicht; zugleich sind wir aber überzeugt, daß weder er den großen Gedanken der deutschen Einheit, den er mit Jugendglut erfaßt hat und festhält, wegen augenblicklicher Schwierigkeiten aufgeben, noch auch, daß Preußen aus denselben Gründen seinen Beruf der deutschen Nation gegenüber, der jetzt klarer als je zu Tage liegt, jemals verkennen wird. Aus dem sogenannten Kaiserthum wird nichts werden, wie überhaupt aus keiner Centralisation, welche den einzelnen deutschen Staatskörpern die Eigenheit ihres Daseins rauben könnte; wohl aber, hofft man, wird eine feste Föderation zu Stande kommen, bei der auch Sachsen und Baiern ihre ungeschwächte Existenz behaupten werden.

Potsdam, 28. Nov. Außer den gestern erwähnten Beglückwünschungsdeputationen sind bei dem König und der Königin noch vorgelassen worden eine Deputation des hiesigen Gymnasiums, die ein Gedicht überreichte; eine Deputation des patriotischen Vereins; eine Deputation der Schützengilde; eine Deputation von Pommeranern; eine Deputation der hiesigen Fischergilde, welche dem König und der Königin einen riesigen Hecht mit treuherziger Ansprache überbrachte. Abends brachte die hiesige Liedertafel dem Königspaar eine Serenade. — Mehre auswärtige Glückwünschungsdeputationen mit Geschenken sind heute wieder hier eingetroffen. (Berl. Z.) — Die Königin von Sachsen und die Prinzessin Johann von Sachsen nebst deren Tochter, Prinzessin Elisabeth, der Herzog von Braunschweig, die verwitwete Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin nebst deren Tochter, der Prinzessin Louise, die Herzogin von Anhalt-Deßau, sowie deren Tochter Prinzessin Agnes, und der Erbprinz Friedrich von Deßau und die Fürstin von Liegnitz sind heute hier angekommen.

Erfurt, 27. Nov. Die sieben Opfer, welche an dem verhängnißvollen Tage, am 24. Nov., hier im Kampfe mit der Anarchie, für die Sicherheit der Stadt, von Seiten des Militärs gefallen, wurden heute früh zwischen 9 und 12 Uhr mit allen militärischen Ehren zu Grabe getragen. Es hatten sich dabei sämmtliche hiesige Behörden, die Geistlichkeit, die alten Krieger und eine zahllose Menge Bürger und Auswärtige betheiliget. Auf dem Friedhof angekommen, nahm ein weites Grab sämmtliche Särge auf. Die Militairgeistlichen hielten die üblichen Gebete. (Magd. Z.)

Köln, 27. Nov. Wenn sich eine Nachricht bestätigt, die mir heute Morgen aus sehr guter Quelle zugeht, die mir aber dennoch der

Bestätigung zu bedürfen scheint, so würden von heute ab sowohl hier als in den übrigen Theilen der Provinz umfassende Verhaftungen der als Häupter und Leiter der demokratischen Clubs, Vereine u. d. bekannten Personen vorgenommen werden. Welch augenblicklichen Erfolg eine Maßregel wie die in Frage stehende auch vielleicht haben könnte, nachhaltig würde sie nicht von Wirkung sein, sondern im Gegentheil den bereits angehäuften Gährungsstoff nur intensiver machen. Da ich hier übrigens einmal von Verhaftungen spreche, so mag hier gleich hinzugefügt werden, daß dem hiesigen Divisionscommando heute auf dienstlichem Wege die Anzeige geworden ist, daß die belgische Regierung die beiden flüchtigen Offiziere vom 25. Regiment an die französische Grenze gebracht hat. (D. Ref.) — Gemäß hier eingegangener Benachrichtigung sind die Mitglieder des hiesigen Volkscomité, Adamski und Nietzack (Nr. 324), welche nach Belgien geflüchtet, durch den Vorstand der öffentlichen Sicherheit mittels eines Zwangspasses nach Frankreich befördert worden. (Köln. Z.)

Köln, 24. Nov. Das Volkscomité hat bei dem Gemeinderathe den doppelten Antrag gestellt, einmal, daß dieser eine Deputation bestelle, welche mit ihm gemeinsam über die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Stadt berathe, dann, daß er über die Gesetzmäßigkeit des Belagerungszustandes in Düsseldorf eine Aeußerung abgebe. Der Gemeinderath hat den ersten Antrag abgewiesen, und auf den zweiten entgegnet, daß der Gegenstand ganz außerhalb seiner Competenz liege.

— Die Untersuchung über die hiesige Barricadengeschichte ist jetzt abgewickelt. Von den beiden in Haft genommenen Personen ist der Corrector der Neuen Rheinischen Zeitung, Schapper, in Freiheit gesetzt, dagegen der Referendar Dr. jur. Becker von der Rathskammer vor die Assisen verwiesen; die Flüchtlinge betreffend, namentlich den Bürgerhauptmann Wachter und die Redacteurs der Neuen Rheinischen Zeitung Bürgers und Engels, so hat das Gericht deren Acten bis zu ihrer Erstellung einstweilen reponirt, und ist Engels, der sich in der Nähe verborgen hielt und auf diese Entscheidung hin sistirte, nach kurzem Verhör entlassen worden. (D. Z.)

Düsseldorf, 27. Nov. Die hiesige Zeitung veröffentlicht einen königlichen Befehl vom 25. Nov., durch welchen die Bürgerwehr der Stadt Düsseldorf aufgelöst und die betreffenden Behörden mit der Ausführung dieser Ordre beauftragt werden.

Bernkastel, 26. Nov. (Morgens.) Eben sollten einige Verhaftungen vorgenommen werden; dies bringt unsere Bevölkerung in Aufregung. Militair und Lanzenmänner durchheilen die Straßen; die Sturmglocken tönen. Mehr Ihnen mitzutheilen, habe ich jetzt nicht Zeit. Die Vorfälle in Bernkastel, sagt die Trierische Zeitung hinzu, müssen ernstere Natur geworden sein, indem heute Morgen (27. Nov.) zwei Compagnien vom 26. Regiment per Dampfboot sowie zwei Geschütze in Eile von Trier dahin aufgebrochen sind. (R. Z.)

Münster, 27. Nov. (Morgens.) Von Seiten des Magistrats sind folgende Bekanntmachungen erschienen: I. Von Seiten des Königl. Generalcommandos und des Magistrats ist, unter Zuziehung einer Gerichtsdeputation, eine besondere Commission errichtet, welche die Vorfälle vom gestrigen Abend untersuchen und die Schuldigen der strengsten Bestrafung übergeben wird. Die Commission wird ihre Arbeiten heute Morgen 10 Uhr beginnen. Diejenigen, welche bestimmte Thatsachen anzugeben und nachzuweisen wissen, werden ersucht, ihre Namen und Hausnummer am Rathhaus abzugeben. Münster, 27. Nov. 1848. Der Magistrat.

II. Um vorhandenen Gerüchten zu begegnen, sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß nicht von Seiten des Magistrats das Bataillon des 15. Regiments hierher begehrt ist, vielmehr die Militairbehörde durch Deputirte des Magistrats, Stadtrathe v. Olfers und Aulike, noch am Tage des Einmarsches Vormittags dringendst ersucht worden ist, das Bataillon nicht hierher zu verlegen, welchem Antrag entgegnet wurde, daß aus militairischen Rücksichten dem Gesuche nicht gewillfahret werden könne. Auch sind von der städtischen Behörde bereits heute die möglichen Schritte gethan, um die Verlegung des Bataillons im Interesse der Ruhe der Stadt zu erwirken. Wir sprechen das Zutrauen zu allen Gutgesinnten aus, daß sie nach ihren Kräften mitwirken werden, die Ruhe in der Stadt aufrecht zu erhalten. Münster, 27. Nov. 1848. Der Magistrat.

Die in obiger (zweiten) Bekanntmachung berührten Vorfälle haben sich bei Gelegenheit einer gestern Abend in der Knapp'schen Reitbahn abgehaltenen Volksversammlung ereignet. Die Veranlassung gab ein gewaltsamer Angriff mehrerer Soldaten des 15. Regiments, wovon seit kurzem ein Bataillon statt des abwesenden vom 13. Infanterieregiment hier eingerückt ist, auf jene Versammlung. Da es in diesem Augenblick an zuverlässigen nähern Angaben über die beklagten werthen Ereignisse noch fehlt, so wollen wir der bereits eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung nicht vorgreifen, werden jedoch deren Ergebniß ungesäumt mittheilen. Leider haben mehre Verwundungen stattgefunden. Die Aufregung in der Stadt ist in diesem Augenblicke groß. Möge es dem Zusammenwirken der Behörden und der Bürger gelingen, Excesses zu verhüten! (Westf. M.)

* Posen, 27. Nov. Am gestrigen Abend haben wir hier einen Straßenkrawall erlebt, der leider von Militairpersonen ausging.

Wir müß durchaus Thatsache. augenblicklichen letzten Zeitpunkt nicht so pfelegt; nu mandeur, dem Die dienste? zufrieden dem von und bracht werden lie die Wohn quälliche danken, an liebte Offi alle Wider publicum, sich durch durch Lache zugen berie biet der F vorsteht sic commandeu foderliche nügen Pla

Der Reichscom neu project brauchen w auch noch tion eine b nahme der Demarcatio schlossen sin etwa zu M nern Schw ausstellen; hiesigen La Ruin preis Nebenland grundgesetze deutschen J auch werde Grundbesitz Auch die G Justiz wird weseus nich

* Krem schien das I und worauf bune betrat Zeit vor Po Es heißt d gewalt zugl verfassungsn griffe in di sachen werde Ausdruck de constitutione begründet a lung aller I vor dem G des Staatsf Gestaltun gen von den hoffen das bald der S geschmälerte heit. Das sinnigen und mehr für fe Vereinfachun Einrichtung; Justiz; Rep

Wir müssen von vorn herein bemerken, daß alle politische Tendenz ihm durchaus fremd war. Das ganze Ereigniß beschränkt sich auf folgende Thatsache. Das hier stationirte 7. Husarenregiment, von dem jedoch augenblicklich nur zwei Schwadronen in Posen selbst liegen, hat in der letzten Zeit mehrmals seinen Chef gewechselt, und darin mag wol der Grund zu suchen sein, daß die Exercirübungen nicht so häufig und nicht so streng vorgenommen wurden, als dies sonst wol zu geschehen pflegt; nun aber hat das Regiment seit einigen Monaten einen Commandeur, den Major v. Bezwarzowsky, erhalten, welcher es mit dem Dienst — ob vielleicht auch mit dem sogenannten Kamassendienst? — ziemlich streng nehmen soll, weshalb die Husaren sehr unzufrieden sind. So zogen sie denn in Masse gestern Abend zuerst zu dem von ihnen sehr geliebten Major Schimmelpenninck von der Dye und brachten diesem ein lautes Hurrah, wobei sie das Verlangen laut werden ließen, er möge ihr Chef werden. Dann zog die Menge vor die Wohnung des Commandeurs und stimmte hier eine ziemlich unerquickliche Kapelmusik als Variation zu dem Thema: er möge abdanken, an. Weiter geschah nichts, denn als gleich darauf einige beliebige Offiziere des Regiments hinzukamen, ließen die Husaren sich ohne alle Widersetzlichkeit zum ruhigen Nachhausegehen bewegen; auch das Publicum, das zahlreich durch den Spectakel herbeigeloct war, verhielt sich durchaus ruhig und bezeugte seine Theilnahme an dem Auftritt nur durch Lachen. So ist mir der Vorfall von durchaus glaubwürdigen Augenzeugen berichtet worden; alle weitere Ausschmückung gehört daher ins Gebiet der Fabel. Daß die Räubersführer streng bestraft werden müssen, versteht sich von selbst. Wir wollen nur wünschen, daß den Regimentscommandeur kein begründeter Vorwurf treffe, und daß er nur die erforderliche Dienststrenge geltend gemacht, nicht aber die Leute mit unnützen Placereien gequält habe.

Der zur Regulirung der Grenzangelegenheiten hierher gesendete Reichscommissar General v. Scheffer bereist seit einigen Tagen die neu projectirte Grenze Deutschlands, wozu er wol noch eine Woche gebrauchen wird. Dem Vernehmen nach ist aus strategischen Gründen auch noch das Städtchen Pions, wo bekanntlich in der letzten Revolution eine blutige Affaire stattfand, bei welcher der ganze Ort mit Ausnahme der Kirchen und weniger Häuser in Flammen aufging, in die Demarcationslinie gezogen worden, wogegen wieder andere Orte ausgeschlossen sind. Man rechnet hier, daß die Ausführung der Demarcation etwa zu Neujahr beginnen könne; dann aber werden sich erst die innern Schwierigkeiten, die fast unbesiegbare Hindernisse darbieten, herausstellen; namentlich begreift man nicht, wie Polnisch-Posen von dem hiesigen Landschaftsverbande wird abgelöst werden können, ohne dem Ruin preisgegeben zu werden. Und doch soll Polnisch-Posen, als ein Nebenland des Königs von Preußen, nach §. 3 des neuen Reichsgrundgesetzes, der das Princip der Personalunion festhält, mit den deutschen Provinzen in keinem organischen Zusammenhange bleiben; auch werden die Einsassen Deutsch-Posens wenig geneigt sein, für die Grundbesitzer von Polnisch-Posen solidarisch mitverantwortlich zu bleiben. Auch die Einrichtung einer polnischen selbständigen Administration und Justiz wird außerordentliche Schwierigkeiten darbieten, des Militärowesens nicht einmal zu gedenken.

Oesterreich.

* Kremsier, 27. Nov. In der heutigen Reichstags-sitzung erschien das Ministerium, was vom Präsidenten dem Hause angezeigt wurde, und worauf Fürst Schwarzenberg als Präsident des Cabinets die Tribüne betrat und ein vollständiges Programm verlas. Aus Mangel an Zeit vor Postabgang kann ich nur die bezeichnendsten Stellen anführen. Es heißt darin: Wir übernehmen die Handhabung der Regierungsgewalt zugleich mit der Verantwortlichkeit, fest entschlossen, jeden unverfassungsmäßigen Einfluß fern zu halten, aber eben so wenig Eingriffe in die vollziehende Gewalt zu gestatten. Einig in den Grundsätzen werden die Worte und Handlungen eines Jeden von uns der Ausdruck der Politik des Gesamtministeriums sein. Wir wollen die constitutionelle Monarchie aufrichtig und ohne Rückhalt; wir wollen sie begründet auf der gleichen Berechtigung und unbehinderten Entwicklung aller Nationalitäten, sowie auf der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, gewährleistet durch Oeffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens, getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Länderteile in allen innern Angelegenheiten, umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Centralgewalt. Wir hoffen das Ergebniß Ihrer Beratungen über die Verfassung möglichst bald der Sanction Sr. Maj. des Kaisers unterlegen zu können. Ungeschmälerte Erhaltung der den Völkern Oesterreichs zugesicherten Freiheit. Das Ministerium will nicht hinter den Bestrebungen nach freisinnigen und volksthümlichen Einrichtungen zurückbleiben, es hält vielmehr für seine Pflicht, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Vereinfachung der Staatsverwaltung und Regelung der Behörden; Einrichtung landesfürstl. Gerichte, Trennung der Verwaltung von der Justiz; Repressivmaßregeln gegen Mißbrauch der Presse, Regelung des

Vereinsrechts, Einrichtung der Nationalgarde. Beklagenswerthe Ereignisse haben stattgefunden. Die Gewalt der Waffen mußte zur Anwendung kommen gegen eine Faction, welche die Residenz in einen Schauplatz anarchischer Wirren verwandelte. Tiefs Wunden sind geschlagen worden. Sie zu lindern und zu heilen, soweit möglich, Wien, das Herz des Reichs, seinem frühern Wohlstande zurückzugeben und dafür zu sorgen, daß dem durch das Gebot der Nothwendigkeit herbeigeführten Ausnahmezustande, sobald es die Verhältnisse gestatten, ein Ende gemacht werde, wird unser eifriges Bestreben sein. In Italien hat unser glorreiches Heer über Treubruch und Verrath gesiegt; noch muß es gerüstet stehen, um die Integrität des Reichs zu wahren. Ungarn soll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden. Alle Lande und Stämme der Monarchie soll das neue Band zu einem großen Staatskörper vereinigen. Dieser Standpunkt zeigt zugleich den Weg, den das Ministerium in der deutschen Frage verfolgen wird. Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwicklung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprocesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen. Keinerlei beirrenden Einfluß von außen auf die unabhängige Gestaltung unserer neuen Verhältnisse werden wir zulassen. „Dies die Grundsätze unserer Politik.“

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

Wissenschaft und Kunst.

* Dresden, 29. Nov. Heute ist von unserm Stadtrathe die Wahl des neuen Rectors der Kreuzschule vollzogen worden; sie ist auf Dr. Klee, Privatdocent und Quartus an der Nikolaischule in Leipzig, mit 11 Stimmen gefallen. Nächstdem hatten Hr. Krahnert aus Reissen und Dr. Köhly mehre Stimmen erhalten. Die getroffene Wahl erfreut sich des Beifalls des größern Theils der hiesigen Einwohnerschaft. Der neue Rector wird aber ein schweres Stück Arbeit finden, denn unsere Kreuzschule leidet an vielen und großen Mängeln.

London, 27. Nov. Zum Besten der in Leipzig zu gründenden Mendelssohnstiftung wird am 15. Dec. in Gretehall eine große Musikaufführung stattfinden. Man hat dazu den „Elias“ des Verstorbenen erwählt. Der Ertrag des Concerts wird zu einem Stipendium für Engländer verwendet, die sich am leipziger Conservatorium zur Candidatur für die Mendelssohnstiftung vorbereiten.

Handel und Industrie.

* Amsterdamer Börse, 27. Nov. 2 1/2 pc. Sint. 47 1/2; Russl. 5 pc. Sipe 99 3/4.

* Frankfurter Börse, 28. Nov. Destr. Blact. 116 1/2; 250 Fl. 2. 78 3/4; 500 Fl. 2. 118; Bair. 3 1/2 pc. 75 1/4; Bad. 50 Fl. 2. 44 3/4; Darmst. 50 Fl. 2. 59 3/8; 25 Fl. 2. 20 3/4; Raff. 25 Fl. 2. 20 3/8; Sard. 25 1/4; Kurhess. 25 1/4. Disc. 1 1/2 %.

* Londoner Börse, 25. Nov. 3 pc. Conf. 87 1/2; Port. 4 pc. 24; Span. act. 12 3/8; neue 3 pc. 25 3/8; pass. 3 1/2; 2 1/2 pc. Holl. Int. 47 3/4.

* Wiener Börse, 27. Nov. Blact. 1090; Met. 5 pc. 78 1/2; 4 pc. 64; 3 pc. 49; 500 Fl. 2. 133 1/2; 250 Fl. 2. 89; Nordb. 98 1/2; Ologg. 93; Mail. 65; Livorn. 63 1/2; Pesth. 62 1/2.

* Berliner Börse, 29. Nov. Preuß. Fonds und Geldsorten: Staatsch. 3 1/2 pc. 76 3/8, Sechsl. Prämisch. 91 1/8, Pfandbr. westf. 3 1/2 pc. 83 1/4, posen. 4 pc. 95 1/2 Br., neue 3 1/2 pc. 79, ostpreuß. 3 1/2 pc. 88 1/2, pomir. 3 1/2 pc. 91 1/4, kur- und neumärk. 3 1/2 pc. 91 1/4, Bankanth. 87 1/8, Fricrichsd. 113 1/2, Louisd. 112 1/8, Disconto 4 Proc. — Eisenbahn-Actien. Boll eingezahlte: Berg.-Märk. 56 1/2 Br., Berl.-Anh. Litt. A. und B. 81, Pr.-Act. 4 pc. 85, Berl.-Hamb. 4 pc. 64 1/4 Br., Prior.-Act. 4 1/2 pc. 92 1/2, Berl.-Potsd.-Magd. 4 pc. 54, Prior.-Act. A. u. B. 4 pc. 80, 5 pc. 88, Berl.-Stett. 88 1/2, Prior. 99 1/2, Köln-Mind. 4 pc. 76 3/4, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 92 1/2, Krak.-Oberschl. 4 pc. 42, Kiel-Alt. 4 pc. 88 Br., Mecklenb. 33 1/2, Niederschl. 4 pc. 68 1/4, Prior.-Act. 4 pc. 85 1/4, 5 pc. 95 1/4, Prior. Serie III. 5 pc. 89 1/4, Oberschl. Litt. A. 3 1/2 pc. 90 1/2, Litt. B. 3 1/2 pc. 90 1/2, Prinz-Wilh. (St.-B.) 4 pc. 30, Rhein. 50 3/4, Prior. 4 pc. 78 Br., Starg. Pos. 4 pc. 67 3/4, Thür. 4 pc. 50 Br., Prior. 4 1/2 pc. 83 3/4, Zarskoje-Selo 93. — Duitkungsbogen: Berl.-Anh. Litt. A. 4 pc. 80 1/2, Nordb. (Fr.-B.) 4 pc. 40 1/2. — Ausländische Fonds: Russl.-Engl. Anl. 5 pc. 102 1/2, 1. Anl. Sipe 4 pc. 83 1/2 Br., 2.-5. Anl. (Stiegl.) 4 pc. 83 1/2 Br., Poln. Schagobl. 4 pc. 67 1/2, Poln. Pfandbr. (alte) 4 pc. 91 1/2 Br., (neue) 4 pc. 91 Br., Part. à 500 Fl. 4 pc. 69, à 300 Fl. 95 1/2, Poln. Bank-Cert. Litt. A. 300 Fl. 5 pc. 79 3/4, Bank-Cert. zinsl. 13 1/2, Hess. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 25 1/2 Br., Neue bad. Anl. à 35 Fl. 15.

Verantwortliche Redaction: Dr. H. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n.



Die Herren Aerzte aller Klassen, vorzüglich die Geburtshelfer, auch die Studirenden der Heilwissenschaft, lade ich hierdurch freundlichst zur Ansicht eines Falles ein, wie ihn wol die Geschichte und kein Museum aufzuweisen hat. Die Operation wird Freitag den 1. December, Nachmittags 1/2 2 Uhr stattfinden. Von früh 7 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr ist dies Mirakel in Augenschein zu nehmen.
Bergmann, Operateur,
 Kaufhalle, 1 Tr. B.
 [3904]

In meinem Verlage erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Dr. Underwood's
Handbuch der Kinderkrankheiten.
 Nach der 10. Ausgabe ins Deutsche übertragen von **Dr. F. W. Schulte.**
 Bevormortet und mit neuen Zusätzen versehen von **Dr. F. S. Behrend.**
 Gr. 8. Geh. 3 Thlr. 15 Ngr.

Im Jahre 1843 erschien bei mir:

Handbuch der Kinderkrankheiten. Nach Mittheilungen bewährter Aerzte herausgegeben von **Dr. A. Schnitzer** und **Dr. B. Wolff.**
 Zwei Bände. Gr. 8. 6 Thlr.
 Leipzig, im November 1848.
 [3905]

F. A. Brockhaus.

In unserm Verlage ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen des In- und Auslandes zu haben:

Diplomatisches Archiv
 für die
Deutschen Bundesstaaten,
 grösstentheils nach officiellen Quellen mit erläuternden Anmerkungen
 von
Alexander Mirus.
 (3 Theile oder 6 Bände umfassend 263 Bogen gr. 8. — Preis 21 1/2 Thlr.)

Diesem Werke dürfte wol nicht leicht ein in der Neuzeit erschienenenes an die Seite gesetzt werden können. Die Reichhaltigkeit seines Inhaltes verbietet uns hier ausführlich darüber zu berichten, weshalb wir gleich von vorn herein auf die in allen Buchhandlungen Deutschlands gratis zu erhaltenden Prospective verweisen. Um den Werth dieses eben so mühevollen als in seiner Herstellung kostspieligen Werkes genau kennen zu lernen, ist es nothwendig, sich bei seiner Beurtheilung über **jeden Parteistandpunkt** hinauszustellen. Treue Benutzung der Quellen, systematische Zusammenstellung, die Angabe einer für deutsche Zustände und Verfassung wichtigen Literatur und höchst instructive Tabellen in Bezug auf unser Militairwesen geben ihm einen hohen Werth. — Wir wollen daher dieses Werk allen **Staatsmännern, höhern Militairs, Geschichtsforschern und Geschichtsfreunden** hiermit angelegentlichst empfohlen haben.
 Leipzig, im November 1848. [3879]

Renger'sche Buchhandlung.

In der **Wendisch'schen Buchhandlung** in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Helena Wahn, Eine Schwester.
 Russisches Familiengemälde. 2 Thle. 8. Brosch. 2 Thlr. [3868]

für Weihnachten empfohlen.

Jugendchriften
 der
Amalie Winter.

Mit colorirten Kupfern.

Clara's Mädchen. Lebensbild für Kinder von 6 bis 10 Jahren, von Amalie Winter. Mit 6 color. Kupfern. 2te Aufl. 20 Ngr. (1/2 Thlr.)
Bastian, Der kleine Schornsteinfeger in Paris oder so lobnt Gott diejenigen, die seine Gebodhalten. Mit 8 schön color. Kupfern. 20 Ngr. (1/2 Thlr.)
Freundschaft zwischen Kindern und Thieren, oder Kinder liebet die Thiere, den sie gewähren euch Freude und Nutzen. Ein nuhbares Lese- und Bilderbuch für Knaben und Mädchen von 5—12 Jahren von Derselben. 20 Ngr. 6 color. Kupfern. 20 Ngr. (1/2 Thlr.)
Frau Gertrud und die Erdmännchen oder Lohn für Fleiß und Redlichkeit. Mit 8 schön color. Kupfern. 20 Ngr. (1/2 Thlr.)
Die Kinder und die Engel. Ein nuhbares Lese- und Bilderbuch für Knaben und Mädchen von 5—10 Jahren von Derselben. Mit color. Kupfern. 20 Ngr. (1/2 Thlr.)
Die Lilienkönigin oder Kinder und Blumen für Kinder von 5—10 Jahren von Derselben. Mit 6 illumirten Kupfern. Gr. 12. Eleg. ge. 20 Ngr. (1/2 Thlr.)
Memoiren einer Berliner Puppe, für Kinder von 5—10 Jahren und für deren Mütter. Von Derselben. Zweite Auflage, mit color. Kupfern. 20 Ngr. (1/2 Thlr.)
Memoiren eines bleiernern Soldaten für Knaben von 8—10 Jahren. Von Derselben. Zweite Auflage, mit 6 color. Kupfern. 20 Ngr. (1/2 Thlr.)
Die Seifenblasen für Kinder von 5—10 Jahren. Von Derselben. Mit 2 Stahlstichen und 4 color. Bildern. 20 Ngr. (1/2 Thlr.)
Stunden der Andacht für Kinder von 1 bis 14 Jahren unter Anleitung von Eltern und Lehrern. Von Derselben. Mit 1 Stahlstich. 15 Ngr. (1/2 Thlr.)

In allen Buchhandlungen zu haben
 Leipzig. [3900]
Baumgärtner's Buchhandlung

Theater der Stadt Leipzig

Freitag, 1. Dec. **Norma,** Oper in 2 Acten
 Musik von Bellini. **Sever,** Herr **Ruhn,** von
 Stadttheater zu Moskau, als Gast.

Mit Anfang November d. J.

erscheint in Olmütz das politische Tageblatt:

Oesterreichischer Correspondent.

Motto: Besonnen, aber entschieden vorwärts.

Die politischen Ereignisse, welche Olmütz zur zeitweiligen Residenz gemacht haben, verleihen ihm auch eine solche Wichtigkeit, daß die Presse jetzt Olmütz als einen der Hauptpunkte, welche ins Auge zu fassen sind, betrachten muß. Die Gründung eines politischen Organes erscheint dann um so gerechtfertigter, wenn es seiner Farbe nach sich auf den Standpunkt der Vermittlung stellt, den in unseren jetzigen Verhältnissen so sehr nothwendigen, aber auch leider so sehr mangelnden. Unser politisches Glaubensbekenntniß ist, so weit es sich kurze Worte fassen läßt, in dem vorstehenden Motto ausgesprochen; uns weiter zu erklären, müssen wir uns für den Raum des Journals selbst vorbehalten. Das Journal erscheint täglich 1 Bogen in Folio stark, und kostet ganzjährig zehn Gulden C.-M., vom Anfang November bis letzten December d. J. mit der Post 2 Fl. C.-M.

Man abonniert bei allen k. k. Postämtern und in Wien in Wilhelm Braumüller's k. k. Hofbuchhandlung, in Olmütz in der Expedition des Oesterreichischen Correspondenten, mittlere Diltzen Nr. 572.
 Olmütz, den 28. October 1848. [388]

Echt Clam'sche Brustbonbons.

Da ich durch meine Einrichtungen jetzt in den Stand gesetzt bin, einem brust- und magenleidenden Publicum die von Herrn Dr. **Clam** erfundenen und völlig approbirten **Bonbons** täglich in großen Quantitäten zu liefern, so empfehle ich mich einem hiesigen und auswärtigen Publicum mit größern und kleinern Partien; noch bemerke ich, gefälligst bloß solche mit meiner Aufschrift zu berücksichtigen, im Fall vielleicht das geehrte Publicum mit den Berliner Gräfe'schen von **Klahm** getäuscht würde, welche in der Wirkung den meinigen weit unterliegen. Alle Verpackungen sind bloß verschlossen anzunehmen.
 Leipzig, im November 1848.

[3819—21]

Robert Reinsberg im Café Renaissance.

Familien-Nachrichten

Getraut: Hr. Lic. Diakonus Karl Hermann Bruder in Frankenberg mit Frä. Ida Emilie Klop.

Geboren: Hr. Gasthofbesitzer F. W. Kirß in Döbeln ein Sohn. — Hr. Robert Sander in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Hr. Commis F. Brandes in Hannover in Leipzig.

Mit einer (dritten) Beilage.

Uebersicht.

Österreich. + Kremsier. Der Reichstag. Δ Wien. Deputation der Kaufmännischen Corporation bei dem Gouverneur Welden. Der Angriff auf Ungarn.. Zweikammersystem. — Die Commissare der Centralgewalt. Die kroatischen Regimenter des Banus. — Die ungarische Sache. Versammlungen. Die Theuerung. — Die Adresse des wiener Gemeindevorstandes an den Fürsten Windisch-Grätz. — Das Journal des Oesterreichischen Lloyd über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland. Laibach. Der slowenische Verein. Innsbruck. Auflösung des tiroler Landtags. Hermannstadt. Der Rationsgraf Salmen. Das kais. Lager. Schässburg. Udvarehely. Marosch-Basarhely. Aus Ungarn. Die Serbier bei Esseg geschlagen. Erstes Gefecht mit den kais. Truppen. General Moga. Dem. Kossuth. — Das serbische Lager bei St. Thomas. Siebenbürgen. Schweiz. Bern. Der Ständerath. Nationalrath. — Auftritte in Chiasso. — Die Regierung von Neuenburg. Italien. Mazzini's Aufstandsprogramm. — Gerüchte in Turin. — Die Venetianer. — Die Dinge in Rom. — Der König von Neapel. Frankreich. Nachträgliches über die Nationalversammlung. Die Abstimmung. Die Zeitungen. Die Aussichten Cavaignac's für die Präsidentenwahl. Großbritannien. Vorbereitung von Ersparnissen. Die Conferenz in Brüssel. Die Wahl im Westriding. Trennung der Kirche vom Staate. Sir Ch. Napier's Flotte. Irland. Die Cassationsverhandlungen. Abänderung des Armengesetzes. Dänemark. Kopenhagen. Die jütische Contribution. Moldau und Wallachei. Bukarescht. Verhaftungen. Schreiben des Staatsraths v. Kogebue an den Kaimakam. Plata-Staaten. Differenz mit Sardinien und England.

Oesterreich.

+ Kremsier, 27. Nov. In der heutigen zweiten Sitzung des Reichstags brach der Sturm, den die tschechischen Abgeordneten längst vorbereitet, los. Nachdem Abg. Paul bemerkt hatte: die stenographischen officiellen Berichte der vorigen Sitzung führen dieselbe als 52ste an, betrachteten also die in Wien stattgefundenen Sitzungen nach dem Austritte der Minorität als nicht geschehen und dies werde wol ein Druckfehler sein, versichert der Präsident Smolka: er habe bereits Schritte zur Abstellung dieses Druckfehlers gethan und wolle nun die Protokolle der wiener Sitzungen vom 28., 29., 30. und 31. Oct. vorlesen lassen. Abg. Hellriegel (aus Tirol) erhob sich dagegen, indem diese Sitzungen nach der kais. Prorogation vom 22. Oct. gehalten worden, folglich illegal seien. Abg. Rieger begnügte sich nicht damit, sondern erhob sich, um die in Wien verbliebenen Abgeordneten geradezu als Hochverräther anzuklagen. In einer einstudirten, überaus hohlsthastischen Rede entwidete sich Abg. Rieger nicht, über die in Wien hingerrichteten Witze zu machen und daneben den ritterlichen Helden Jellachich zu preisen. Hierauf nahm Abg. Schuselka das Wort und erklärte, daß er es seiner feiner und seiner Partei Würde halte, auf des Abg. Rieger Demüthigungsrede etwas Anderes zu erwidern, als daß die Mitglieder, welche vom 6. Oct. bis 1. Nov. in Wien getagt, Alles, was sie gethan, zu verantworten bereit wären, daß namentlich er (Schuselka) nicht den geringsten Anstand nähme, sich vor das Standrecht des Fürsten Windisch-Grätz zu stellen. Dem Abg. Hellriegel entgegnete er, daß der Kaiser den Reichstag an 22. Oct. nicht sofort vertagt, sondern die baldige Vertagung dem Präsidenten überlassen habe, daß ferner der Reichstag noch am 25. Oct. eine Protestationsadresse beschloss und durch eine Deputation nach Olmütz gesendet, und daß diese Deputation noch am 26. Oct. vom Kaiser als eine Reichstagsdeputation empfangen worden sei. Abg. Brauner sprach dagegen im Sinne des Abg. Rieger und suchte die Versammlung dadurch einzuschüchtern, daß er vorgab, durch Verlesung der genannten Protokolle würde man die Revolution des 6. Oct. anerkennen. Dies hatte die Wirkung, daß die Lesung mit 143 gegen 124 Stimmen verweigert wurde. Nach dieser Debatte kündigte der Präsident den Eintritt des neuen Ministeriums an, und Fürst Schwarzenberg las von der Tribune das Programm desselben. Gleichberechtigung aller Nationen und Staatsbürger, demokratisch-constitutionelle Verfassung, ein einiges mächtiges Oesterreich, inniger Verband mit Deutschland, aber erst herzustellen, nachdem Oesterreich und Deutschland für sich die neue Form ihres Staatslebens gefunden haben würden, bis dahin aber würde Oesterreich seine Bundespflicht gewissenhaft erfüllen. Dies die Hauptpunkte des Programms, welches mit rauschendem Beifall der ganzen Versammlung aufgenommen wurde. Hierauf erhielt Abg. Schuselka das Wort zu einer Interpellation an das Ministerium. Er begann damit, im Allgemeinen für das Programm zu danken; dennoch müsse er im Interesse der Monarchie seine Interpellation vorbringen. Er stellte folgende Fragen: 1) Ob das Ministerium die Verantwortlichkeit übernehme für Alles, was jetzt in Wien, Lemberg zc. geschieht und in Ungarn geschehen wird, oder ob Oesterreich noch ferner unter der Soldatendictatur bleiben solle? Eine solche sei nicht nur dem Begriff einer constitutionellen Monarchie völlig zuwider, sondern auch der Monarchie überhaupt höchst gefährlich,

wie die Geschichte Oesterreichs in einem warnenden Beispiele (Wallenstein) deutlich beweise. 2) Ob das Blutgericht in Wien fort dauern solle? Es sei nicht nur unmenschlich, sondern nichts habe eben der Dynastie mehr geschadet als dieses Blutgericht. Abg. Schuselka fragte hier zunächst den Justizminister Bach, ob er nicht für seine Vaterstadt Wien dasselbe thun werde, was er für Prag gethan. 3) Welche Stellung das Ministerium in der traurigen Angelegenheit wegen Robert Blum zum deutschen Parlament und deutschen Volk einzunehmen gedenke. Der Redner ließ die Frage, ob Blum schuldig oder unschuldig gewesen, bei Seite und nahm bloß den politischen Standpunkt ein, welcher hätte gelten müssen, selbst wenn Blum Mitglied einer ganz fremden Nationalversammlung gewesen wäre. Der Ministerpräsident Schwarzenberg bat um schriftliche Mittheilung der Fragen und versprach ausführlich motivirte Antwort.

Kremsier, 25. Nov. Ein Gerücht, welches hier circulirt und das ein Deputirter dem andern zuraunt, ist, daß die Regierung zwölf Abgeordnete, worunter sogar Smolka genannt wird, in Unflage stand zu setzen beabsichtige; ein anderes, daß die Fraction Strobach, welche durch die Ankunft der Ruthenen wol die Majorität der Kammer bilden dürfte, damit umgehe, Smolka als Präsidenten ein Misstrauensvotum zu bringen, wie überhaupt sich dieses Vorhaben bei einer der letzten Versammlungen der Rechten wieder zurückgenommen worden. Am 27. Nov. dürfte wol die Feststellung der Tagesordnung zur Discussion kommen, und die Berathung über die Grundrechte steht nun oben an. Ueber die Stellung der Parteien scheint so viel gewiß, daß die Linke sich dem deutschen Centrum anschließen und demselben soweit als möglich folgen; nach überhaupt sich in keine offensive Stellung versetzen, und insofern sie Angriffen der Rechten entgegensteht, sich auf die Defensiv beschränken will. Abg. Köhner erklärt, er werde jedes Ministerium unterstützen. Abg. Schuselka, den sie zum Führer wählen wollten, hat nicht zuer sagt, jedoch, wie aus der ersten Sitzung bekannt ist, bereits den Reigen eröffnet. (West. U.)

Δ Wien, 27. Nov. Denkwürdig ist die Art und Weise, in welcher der Gouverneur Welden gestern die Deputation der verschiedenen Kaufmännischen Corporationen empfing, die ihm, sowie dem Fürsten Windisch-Grätz und dem Ban Jellachich Dankadressen überreicht hatten. „Dankadressen, meine Herren (so möchten ungefähr die Worte gelautet haben), wollen nicht viel sagen; heut zu Tage gilt es, durch Handlungen und nicht durch Worte seine Gesinnung zu bewähren. An andern Orten haben die Wähler Misstrauensvoten an ihre Deputirten ergehen lassen, da sie deren Benehmen nicht gebilligt. Warum thaten Sie, warum — thun Sie nicht dasselbe?“ Es ist wohl in Erinnerung, daß die Repräsentanten Wiens am Reichstage meistens zur Linken zählten, darunter die Abgg. Bioland, Goldmark, Füller, Pillersdorf. Letzterer erscheint allerhöchsten und höchsten Orts besonders übel angeschrieben, und man erfährt, daß seine Persönlichkeit dem Fürsten Windisch-Grätz besonders abgehalten habe, der Deputation, die ihn bei der Uebergabe Wiens um mildere Bedingungen bat, dieselben zuzugestehen. Ja, als Pillersdorf ihn angeredet, soll er sich unwillig wegwendet und geäußert haben: Er spreche nicht mit Einem, der seinen Herrn und Kaiser verrathen.

Zwischen heute und morgen sollen die Hauptangriffe gegen Ungarn erfolgen; nicht weniger als 400 Geschütze, größtentheils vom schwersten Kaliber, rücken gegen dieselben vor. — Es ist kaum zu verkennen, daß die Aristokraten wieder sehr das Haupt erheben, sowie man denn den Gedanken eines Zweikammersystems ernstlich aufzunehmen scheint, dies ginge besonders aus einer Aeußerung des Grafen Stadion gegen die siebenbürgischen Deputirten hervor. Sachsen und Romanen wollen nämlich auf keinen Fall wieder zu Ungarn gehören, und hierfür zeitig Sorge tragen, indem sie sich die Voraussetzung erlauben, daß man bei einem Friedensschluß ihrer nicht gehörig eingedenk sein könnte. Sie wurden hierüber vom Minister beruhigt, mit ihrem Begehren, in den allgemeinen Reichstag zu treten, hingegen auf eine spätere Zeit verwiesen, da wol hier auch ein Senat zu bedenken sein würde.

Der Eindruck der letzten Urtheile ist noch nicht verwischt, wenn auch der unlängst gelauschten Sirenenklänge entwöhnt, verträgt dennoch nicht die Mistöne, welche in dasselbe fallen. Die Wählerreien hätten wol die Meisten gern erstickt gesehen, aber nicht darum die Förderer derselben erschossen, deren Waffen nur in Zunge oder gar in der Feder bestanden. So ist man denn froh, daß der umgekehrte Rechtszustand, das Standrecht, zu Ende ist.

Wien, 22. Nov. Die beiden Commissare der Centralgewalt, Pöhl und Paur, waren gestern in Schönbrunn beim Fürsten Windisch-Grätz, bei welchem sich gerade der Fürst Lieven befand. Man ließ die Herren so lange antichambriren, wie es selbst beim Kaiser ohne Beispiel ist. Dem Benehmen nach sind die Acten über die Verhaftung und Hinrichtung Blum's auf Verlangen der sächsischen Regierung ausgeliefert worden. Das Benehmen des sächsischen Gesandten, Baron v. Könnert, in dieser Angelegenheit findet viele und strenge Tadel, namentlich unter seinen Collegen. Wenigstens ist es sehr abweichend von jenem des päpstlichen Nuntius, welcher sogleich, als er hörte, daß zwei

italienische Priester stark compromittirt und verhaftet seien, zu dem Fürsten Windisch-Gräß fuhr und Protest gegen jedes Strafverfahren einlegte, bis er sich mit dem Ministerium würde verständigt haben. Kurze Zeit nachher wurden sie auf freien Fuß gesetzt. — Die kroatischen Regimenter des Banus sind die einzigen in der Armee, welche auf den Straßen betteln; auch jetzt noch sehen sie ihre Gelderpressungen fort, und ich war erst gestern Zeuge, wie drei solcher Leute einer Dame das Kupfergeld, welches sie ihnen gegeben, vor die Füße warfen und drei Zwanziger begehrten. Ich erkundigte mich bei einem Offizier, warum diesem Unfug nicht gesteuert werde, und er erklärte mir, daß es in diesen Regimentern an Ueberwachung fehle, da jede Compagnie 200 M. stark sei und nur 2—3 Offiziere habe, welche nicht im Stande sind, einem gewissen Grade von Anarchie unter diesen Horden Einhalt zu thun. Uebrigens müssen sich die Wiener an diese „Beschüßer“ gewöhnen, denn es bleiben 8000 M. Dgulinier, Dttchaner u. Grenzregimenter hier in Garnison.

Wien, 27. Nov. In der ungarischen Sache wird es nun Ernst. Aber trotz der starken Befestigungen von Komorn und Pesth zweifeln Wenige an einem baldigen Ausgang. Fürs Erste haben die Magyaren ihre Hauptstädte vor Verheerungen sicher gestellt, indem sie mit ihren Verschanzungen so weit als möglich herausrückten. Gegen den Gebrauch der Kettenkugeln, welcher sich die Ungarn auf unstatthafte Weise bedienen, hat Fürst Windisch-Gräß eine ernstliche Abmahnung an dieselben ergehen lassen. Die Antwort war, daß sie zur Vertheidigung solches erlaubt hielten, sich aber deren enthalten wollten, wenn Fürst Windisch-Gräß ihnen dafür Congreve'sche Raketen senden würde. — Versammlungen werden nach und nach wieder zugelassen. Außer dem gleich freigegebenen kaufmännischen Vereine, dem Gewerbevereine und der medicinischen Facultät findet heute auch die des Musikvereins statt, um über dessen Fortbestand zu entscheiden. Nebstdem ist für heute Abend sogar eine politische Zusammenkunft zusammenberufen, nämlich der hierortigen Wähler nach Frankfurt, um sich gegen den hier anwesenden wiener Abgeordneten (Mühlfeld) über die deutsche Anschließfrage in Betreff der §§. 2 und 3 des letzten frankfurter Actes zu erklären. — Die Furcht vor Theuerung der Lebensmittel verschwindet immer mehr, und von allen Gattungen derselben treffen reichliche Zufuhren ein. (*) — Die bereits gestern erwähnte Adresse des Gemeinderaths der Stadt Wien an den Fürsten Windisch-Gräß lautet vollständig: Ew. Durchlaucht! Der Gemeinderath der Stadt Wien hat in der schwierigen Stellung, welche er seit dem Augenblick seiner Constituirung, tief betroffen von ungeheuern Ereignissen, gewaltsam ergriffen von dem Schauspiel der heftigsten Leidenschaften, und mitten in der Verwirrung der Staatsgewalten einzunehmen genöthigt war — in dieser peinlichen Lage hat der Gemeinderath die Milde und Humanität dankbar verehren gelernt, welche Ew. Durchl. zu üben nicht ermüdeten. Obgleich berufen, die in ihren Grundfesten tief erschütterte Ordnung mit Gewalt der Waffen herzustellen, durch die Fortsetzung eines offenbar fruchtlosen Widerstandes und durch die Verletzung geheiligter Uebereinkünfte zu den Maßregeln der äußersten Strenge aufgefodert, haben Ew. Durchl. dennoch mit seltener Langmuth, den Bitten des Gemeinderathes und der durch ihn vertretenen guten Bürgerschaft nachgebend, wiederholte Fristen bewilligt, um den leidenschaftlich Aufgeregten die Rückkehr zur Besinnung zu ermöglichen; Sie haben mit tiefer Einsicht und seinem Gefühl die irrgeliteten oder durch Schreck gebundenen Bürger von den Anstiftern des Unheils zu unterscheiden gewußt. Ew. Durchl. haben den strengen Befehl eines milden Herrschers mit Milde vollzogen und sich dadurch alle Gutgesinnten zu unverzüglichem Danke verpflichtet. Die neuen Beweise der rücksichtsvollsten Schonung, welche der Bevölkerung Wiens bei der auffallenden Säumnis in Ablieferung der Waffen zu Theil geworden, bietet dem ehrsüchtigen Gemeinderathe bei der dem Vernehmen nach demnächst bevorstehenden Abreise Ew. Durchl. erwünschte Gelegenheit, den Ausdruck des tief empfundenen Dankes darzubringen und damit die Bitte zu vereinigen, Ew. Durchl. wollen der Ueberzeugung Raum geben, daß es der Gemeinderath als seine erste und wichtigste Pflicht erkennt, die große Mehrheit der Gutgesinnten in ihrem ehrenhaften Bestreben zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung kräftig zu unterstützen und so in kürzester Frist einen geregelten Rechtszustand anzubahnen, welcher allein uns den Vollgenuß geselllicher Freiheit wiederschenten kann. Wien, 24. Nov. 1848. Vom Gemeinderathe der Stadt.

— Das Journal des Oesterreichischen Lloyd, das man für ministeriell inspirirt zu halten anfängt, schreibt unterm 23. Nov.: Schon im April war es in Oesterreich festgesetzt worden, daß ein Parlament berufen werden sollte, welches aus Abgeordneten der Länder, die man deutsch zu nennen pflegt, und aus Abgeordneten der Länder, welche nicht deutsch sind, zusammenzusetzen war. Es sollte die höchste und die alleinige gesetzgebende Gewalt des Landes bilden. Im Monat Mai wurde durch die Erklärung, daß dieses Parlament eine constituirende Versammlung sein solle, dessen Macht noch erhöht. In demselben Monat fing ein Theil der sogenannten deutschen Länder Oesterreichs an, das frankfurter Parlament durch Abgeordnete zu beschicken. Die Versammlung zu Frankfurt erkannte diejenige zu Wien nicht als die höhere und maßgebende an; die Versammlung zu Wien war auch nicht gewillt, denselben zu Frankfurt die Suprematie zuzugestehen. In der That

herrschte gar keine Verbindung zwischen den beiden gesetzgebenden Körpern. Nun ist es logisch, moralisch und factisch unmöglich, daß zwei von einander gänzlich unabhängige Parlamente für ein Land Gesehe ergehen lassen können. Die Executivgewalt Oesterreichs mußte sich für einen dieser beiden gesetzgebenden Körper entscheiden. Sie konnte aus einer sehr natürlichen Ursache in ihrer Wahl nicht zweifelhaft sein. Das oesterreichische Ministerium war dem oesterreichischen Parlamente verantwortlich und dem deutschen nicht verantwortlich. Das erstere war sein Richter, und das letztere nicht. Es erklärte mit dürren Worten, daß es keinen der Beschlüsse des frankfurter Parlaments, dem es nicht seine Zustimmung gegeben habe, als bindend für sich anerkennen könne, daß es gar keinem Beschlusse der Männer der Paulskirche seine Zustimmung geben könne und dürfe. Denn es versteht sich von selbst, daß unter keiner andern Bedingung die Gesehe jenes Parlaments für Oesterreich Gesetzeskraft erlangen konnten als unter der Bedingung der Zustimmung durch die oesterreichische Gesetzgebung. Die oesterreichischen Minister gewährten eben darum gar keinem zu Frankfurt erlassenen Beschlusse ihre Billigung, und dieselben blieben in Oesterreich null und nichtig. Keine oesterreichische Behörde durfte sich erlauben, die im frankfurter Reichsgesetzblatte — einem Blatte, das ihnen übrigens nach aller Wahrscheinlichkeit nie zu Gesicht kam — verkündigten Gesehe als oesterreichische Gesehe in Ausführung zu bringen. Den Gesetzgebern zu Frankfurt war es kein Geheimniß, daß ihre Autorität sich nicht über Oesterreich erstreckte, denn es war laut genug ihnen gesagt worden. Die frankfurter Versammlung hat also gar kein Recht, sich auf einmal so gewaltig zu ereifern, weil ein oesterreichisches Gericht ihre Gesehe nicht gekannt und nicht anerkannt hatte. Es kann derselben jedoch zur Veruhigung dienen, zu wissen, daß man überhaupt ihre gesetzlichen Erlasse in Oesterreich nie beachtet hat, nie beachten konnte und nie beachten wird, bis anstatt der lächerlichen Fiction, welche die Beziehungen Oesterreichs und Deutschlands zu einander in Nacht und Nebel gehüllt hat, sich ein wirkliches und tangibles Verhältniß zwischen beiden Ländern ausgebildet haben wird.

Laibach, 24. Nov. Der slowenische Verein hat unterm 19. Nov. an den Kaiser eine Adresse gerichtet um Abberufung der südslawischen Deputirten von der frankfurter Nationalversammlung.

Innsbruck, 19. Nov. Schon seit ein paar Tagen geht hier das Gerücht um, daß ein von dem Kaiser und einem Minister unterzeichnetes Decret, wodurch die alsbaldige Auflösung des tiroler Landtags anbefohlen wird, an das hiesige Landespräsidium gelangt sei. Gestern Abend hat sich der tiroler Landtag nun wirklich aufgelöst. (Def. C.)

Hermannstadt, 10. Nov. Unser Nationsgraf Salmen kam am 5. Nov. Abends nach einer sehr beschwerlichen Reise aus Wien durch Galizien bis Bistritz und von da, weil die herumstreifenden Szecler die Weiterreise hinderten, durch die Moldau und Walachei über Bukarescht hier an. — Aus Mediasch schreibt man uns, daß am 3. Nov. das kaiserl. Lager von Kolsburg nach Galfalva verlegt worden sei, wohin auch die Generale Gedeon und Galiani mit den letzten noch in Mediasch verbliebenen Kanonen folgten. Am 4. Nov. marschirte die ganze bewaffnete Macht nach Nyarató ab, um sich Marosch-Basarhely zu nähern, wo es, wie der Berichtsteller meldet, noch am 5. Nov. losgehen sollte. Täglich werden Gefangene nach Mediasch gebracht, die mitunter schrecklich zugerichtet sind.

Schässburg, 8. Nov. Udvarhely ist vom repser und großschener Landsturm besetzt worden, ohne Kampf, denn das Volk theilt nicht die thörichten Ansichten der Edelleute; es ist uns geneigt. Marosch-Basarhely ist vom 4. bis 6. Nov. von der Nordarmee unter Oberlieutenant Urban und von der Süddarmee unter General Gedeon, welche sich dort trafen, bombardirt und mit Sturm genommen worden. An 2000 Magyaren und 600 der Unsrigen sind gefallen, viele gefangen. Dagegen ist der schöne Marktflecken Sächsisch-Reen von den Szeclern verbrannt worden. Urban steht in Dees. Jetzt wird's auf Klausenburg losgehen, dann ist Siebenbürgen gereinigt. Die 13 sächsischen Dörfer zwischen den beiden Kofeln kommen halb an den medwischer, halb an den schässburger Stuhl. Sogar Elisabethstadt wird zum Sachsenlande geschlagen.

Aus Ungarn erhielt die Breslauer Zeitung von einem Reisenden folgende Notiz der Pesther Zeitung: „In der Sitzung der Nationalversammlung vom 20. Nov. zeigte Batthyanyi an, daß er die Serbier bei Esfegg in die Flucht getrieben, eine Fahne und eine Kanone erobert, 17 Mann getödtet und viele Gefangene gemacht habe. Die Versammlung beschließt, die Kanone an Batthyanyi zu schenken.“ — Außerdem erzählt der Reisende, daß am 23. Nov. bei Neudorf (an der ungarischen Grenze) das erste Gefecht stattgefunden habe, wobei von beiden Seiten einige Todte blieben. — General Moga ist aus dem ungarischen Diensten entlassen und wird für die Dauer des Krieges scharf bewacht. General Bem lebt als Privatmann in Pesth, seine Dienste sind von der Regierung nicht angenommen worden. Auch soll sich daselbst noch die Familie Kossuth's aufhalten, wie der Reisende auf das bestimmteste versichert.

— Un
sche La
ben d
Zerrüttu
derung

Ger
werden d
ändert
eingesch
den Gar
sich befin
Der Bur
samment
Sitzung
bein auf
Antragste
tion, da d
werden m
fung an
auch die
erklären,
— In
gen und
waren sie
über die
wirtheit
wige Kna
nehmen,
Platz, als
gefälltem
— Unter
Mißverhält
Stück, ver
Man hoffe
diesem Zw
23. Nov. P

Das vo
fene Pro
weicher in
lings, bei
ist gut, St
Gefährde,
gerichtet w
den, um den
stört werden.
Schweizer zu
indem es M
bringt. End

— In
ten ein Gesp
fönlich hätt
det das Ger
um eine Ern

— Der
diesmal aber
Walghera.
Schweizer be

— Unser
über den U
dem Quirinal
rigkeiten, die
römischen Vo
wenigstens ein
Soglia mit d
dem Sinne
diese Antwort
wurde, schrie,
den verlangten
wählt; die du
auf die im gr
ter, diese auf
iges Flintenf
drei Individuen
liciaoberst fi
am Fenster sel
den Seiten
Ihre der päp

— Unverbürgten Nachrichten zufolge sollen die Ungarn das serbische Lager bei St.-Thomas erstürmt haben. — Nachrichten aus Siebenbürgen lauten sehr betrübend. Das ganze Land ist in gräulicher Zerrüttung. Der furchterliche Racenkampf hat Mord, Brand und Plünderung mit allen seinen Schrecken und Folgen hervorgerufen. (Bresl. Z.)

Schweiz.

Bern, 25. Nov. In der heutigen Sitzung des Ständeraths werden die drei ersten Artikel des Entwurfs des Nationalrathes unverändert angenommen. Nach dem dritten Artikel wird folgender Zusatz eingeschoben: „Ein besonderes Gesetz wird die politischen und polizeilichen Garantien, welche der Canton, in dessen Gebiet die Bundesstadt sich befinden wird, der Eidgenossenschaft zu leisten hat, bestimmen. Der Bundesrath wird der Bundesversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritt den Entwurf eines solchen Gesetzes vorlegen.“ — In der Sitzung des Nationalrathes ward der Vorschlag des Hrn. Dachsenbein auf Errichtung einer schweizerischen Universität berathen. Der Antragsteller wünscht für heute nur die Erheblichkeitsklärung der Motion, da dieselbe dann jedenfalls noch durch den Bundesrath vorberathen werden müsse. Der Gegenstand wird für erheblich erklärt, Ueberweisung an den Bundesrath beschlossen und ein Antrag Imobersteg's, auch die polytechnische Schule in der Motion Dachsenbein's begriffen zu erklären, angenommen.

— In Chiasso kam es am 22. Nov. zu Auftritten zwischen Bürgern und Militärs vom St.-Gallischen Bataillon Föh. Am 22. Nov. waren sieben österreichische Offiziere in Begleitung von zwei Soldaten über die Grenze gekommen und von Offizieren des Bataillons Föh bewirthet worden. Als die Offiziere wieder zurückkehrten, sollen einige Knaben gezischt haben. Major Wally gab Befehl, diese festzunehmen, worauf ein Auflauf entstand. Das Volk räumte aber den Platz, als die eidgenössischen Soldaten sich anschickten, denselben mit gefülltem Bayonnet zu räumen. (N. Z. Z.)

— Unter den Mitgliedern der Regierung von Neuenburg sind Misverhältnisse eingetreten, was alle Staatsräthe, ausgenommen Hrn. Etel, veranlaßte, ihre Entlassung dem Großen Rathe einzugeben. Man hoffe indessen, das gute Einvernehmen wieder herzustellen. Zu diesem Zwecke sind die Stände- und Nationalräthe Neuenburgs am 23. Nov. Abends nach Neuenburg gereist. (Bfd.)

Italien.

Das vom Präsidenten der Centraljunta für Italien, Mazzini, erlassene Programm des Aufstandes lautet: Jeder Italiener soll einen Oesterreicher in Italien angreifen und tödten, sei es offenen Angesichts, sei es heimlich, bei Nacht, bei Tag, in der Stadt oder auf dem Lande; jede Waffe ist gut, Steine vom Fenster herab, das Stilet im Aermel, die Flinte im Gesträuche, Degen, Messer, Heugabel, Spieß, Alles soll gegen die Fremden gerichtet werden; die Brücken sollen abgebrochen, die Bäume gefällt werden, um den Reitern den Weg zu versperren; die Eisenbahnen sollen zerstört werden. Jeder Italiener ist Soldat, jede Italienerin ist barmherzige Schwester zur Verpflegung der Verwundeten; jedes Kind soll nützlich sein, indem es Munition, Schrapnel, Arzneimittel den Partisanen in die Gebirge bringt. Endlich der Schrei des Aufstandes ist: Dio ed il popolo!

— In Turin ging das Gerücht um: sardinische Zollbeamte hätten ein Gespräch von Leuten belauert, welches sie nur dem Könige persönlich hätten mittheilen wollen; über den Inhalt des Gesprächs meldet das Gerücht: es habe sich um eine Adelsverschwörung gehandelt, um eine Ermordung des Königs durch einen Unkarström oder Pahlen.

— Der Tiroler Bote vom 25. Nov. spricht von einem abermaligen, diesmal aber verunglückten Ausfall der Venetianer aus dem Fort Malghera. Dasselbe innsbrucker Blatt will wissen, der Papst sei, durch Schweizer bewacht, in der Engelsburg eingeschlossen.

— Unser *Correspondent berichtet aus Rom vom 17. Nov. weiter über den Aufstand: Die Post war eben abgegangen, als sich auf dem Quirinal ein gewaltiger Sturm erhob. Der Papst machte Schwierigkeiten, die ihm von einer Deputation im Namen des sogenannten römischen Volks vorgelegten Forderungen zu unterschreiben; er müsse wenigstens einen Tag Bedenkzeit haben, während welcher der Cardinal Soglia mit dem Expolizeiminister Galletti das neue Ministerium nach dem Sinne der Demokraten bilden solle. Allein das Volk, dem diese Antwort des Papstes vom Balcon des Palastes mitgetheilt wurde, schrie, es könne nicht warten und werde nicht gehen, bevor es den verlangten Bescheid erhalten habe. In dieser Zeit wuchs das Gerücht; die durch ihre große Zahl übermüthig gemachten Civici stießen auf die im großen Portale des päpstlichen Palastes wachenden Schweizer, diese auf jene, und im nämlichen Augenblicke begann ein gegenseitiges Flintenfeuer. Gleich die ersten Schüsse der Schweizer tödteten drei Individuen der aus Vicenza zurückgekehrten Freischärlerlegion, ein Civicooberst fiel in dem Drange durch Meuchelmörder Hand, einen aus dem Fenster sehenden Prälaten tödtete eine römische Bürgerkugel, auf beiden Seiten wurden Mehre leichter oder schwerer verwundet. Alle drei der päpstlichen Wohnung wurden von innen verrammelt, woge-

gen die Revoltirenden Kanonen aufzuhören und Barricaden hinter den Dioskuren des Praxiteles durch umgestürzte Wagen und Steine zu bauen begannen, um den Palast des Papstes von dort aus zu beschießen. Indessen begnügte man sich, ein wohlgenährtes Flintenfeuer gegen den apostolischen Palast zu unterhalten, das aber nur Fensterscheiben zerfnickte und Mauern beschädigte. Gleichzeitig wurde das große Eingangsthor gegenüber der Kirche San Carlino in Brand gesteckt. Der Papst glaubte, nicht länger warten zu dürfen, und versprach der Deputation, Alles bewilligen zu wollen, was sie verlange. Sie aber verlangte die Auslieferung aller Schweizer und ihren Transport in die Engelsburg als Genugthuung für die Erschießung jener Freischärler. Der Papst wollte jedoch hierzu auf keinen Fall Ja sagen und die Deputation begnügte sich damit, daß der Papst ihre Entwaffnung und Fortsendung aus Rom nach der Schweiz zusicherte. In der That hat das ganze, etwa hundert Mann starke Corps heute Mittag Waffen und Uniform ausgeliefert. Als neue Minister acceptirte Pius IX.: Mamiani für das Aeußere, Campello Kriegsminister, Sterbini Minister für die öffentlichen Arbeiten und den Handel, Galletti Minister der Polizei und des Innern, Lunati Finanzminister, Rosmini Minister des öffentlichen Unterrichts und der schönen Künste, Sereni Justizminister. Ferner garantierte der Papst folgende vier Artikel: Promulgation des Princips der italienischen Nationalität; Zusammenberufung der Constituante und den Abschluß eines italienischen Staatenbundes; Erfüllung der Beschlüsse der Deputirtenkammer in Betreff des italienischen Independenzkriegs; buchstäbliche Annahme des von Mamiani am 5. Jun. d. J. publicirten ministeriellen Programms.

— Am 17. Nov. wurde in Rom vom neuen Ministerium die Schweizergarde des päpstlichen Palastes für aufgelöst erklärt und alsbald entwaffnet. Die Posten, die sie am Quirinal, Vatican und Leihhaus besetzt gehabt hatte, wurden sogleich von Nationalgardien bezogen. — Mit den Zugeständnissen des Papstes scheint es noch keineswegs so abgemacht zu sein, wie die liberale Partei ausgebreitet hatte. Es ist sogar von Protesten die Rede, und da die Repräsentanten der Großmächte der Katastrophe beigewohnt haben, während welcher ein Kugelregen in den Zimmern des Quirinals niederfiel, so wird es diesmal wol nicht so leicht sein wie früher, die Welt über Pius IX. wahres Verhalten zu täuschen. Man versichert, er habe ruhig und ergeben dagesessen und sich bereit erklärt, als zweites Opfer zu fallen, während der französische Botschafter seiner Entrüstung über die dem Oberhaupte der Kirche angethane Schmach in heftigen Ausdrücken Luft gemacht habe. Zur Nachgiebigkeit soll Martinez della Rosa, der spanische Botschafter, gerathen haben, als es sich herausgestellt, daß man der materiellen Gewalt keinen Widerstand zu leisten im Stande sei. Eine Kugel war bis in das Vorzimmer des Papstes gedrungen; einem Schweizer, der sich an dem Fenster gezeigt, hatte eine Kugel den Kopf durchbohrt, Monf. Palma, der ebenfalls einem Tirailleur schußgerecht gekommen war, fiel durch eine Kugel, welche beide Arme und die Brust durchdrang. Was nun das Ministerium anlangt, so soll Sterbini ausdrücklich zurückgewiesen sein. Mamiani liegt in Genua an einer Hirnentzündung schwer krank danieder und Lunati hat vor der Hand noch nicht angenommen. Selbst Rosmini weigert sich, das Präsidium des Ministerraths und das ihm zugewiesene Portefeuille zu übernehmen. — Nachschri ft. Monf. Mazzarelli ist an Rosmini's Stelle zum Ministerpräsidenten ernannt. Die Deputirten haben sich bis jetzt nicht vollzählig vereinigen lassen. Der Präsident droht die Namen derjenigen, welche nicht erscheinen wollen, bekannt zu machen. (N. Z.)

— Der König von Neapel ward am 12. Nov. durch die Befehlshaber der englischen und französischen Flotte vor Neapel genöthigt, 1500 nach Messina eingeschifft Soldaten wieder ausschiffen zu lassen.

Franzreich.

Paris, 27. Nov.

Die Zeitungen theilen heute den gestern wegen Mangel an Raum sehr abgekürzten Schluß der vorgestrigen Verhandlungen der Nationalversammlung ausführlicher mit. Wir haben demnach unserer gestrigen Mittheilung noch hinzuzufügen, daß Hr. Ledru-Rollin zwar zugab, daß die Executivcommission Cavaignac's strategischen Plan gebilligt, daß der General aber niemals die versprochene Concentration ausgeführt habe. Er foderte Cavaignac auf zu sagen, auf welchem Punkte ein einziges Mal in den Junitagen seine Truppen vereinigt gewesen wären. Die wichtigsten Punkte seien zu lange unvertheidigt geblieben. Diese Beschuldigung widerlegte General Bedeau mit dem Nachweis, daß schon um 10½ Uhr die nöthigen Bataillone um das Stadthaus concentrirt waren, und eine bedeutende Truppenmasse die Nationalversammlung bewachte. Die Aeußerung: Ich würde Ihre Beleidigung Ihren Lobsprüchen vorziehen, richtete General Cavaignac nicht gegen Ledru-Rollin, sondern gegen den Berg, der ihn lebhaft unterbrach. Am Schluß seiner Rede erklärte er gegen Ledru-Rollin, er wisse nicht, wer sich von dem Ufern zurückgezogen habe. Die Trennung zwischen ihnen bestche unzweifelhaft, und er erkläre für seinen Theil, daß er nicht einsehe, wie sie jemals aufhören könne.

— Die Minorität von 31 gegen den Conseilpräsidenten besteht mit Ausnahme Victor Hugo's und Baraguay d'Hilliers, des Präsidenten des Abgeordnetenvereins der Straße Poitiers, aus lauter Mitgliedern der äußersten Linken. Die bedeutendsten Mitglieder der gemäßigten Partei, Thiers, Robt, D. Bartsch, Dupin, Montalembert, Leon de Meville, L. Faucher und Ferner die Republikaner mit Ausnahme L. Murat's, der gegen die Tagesordnung stimmte, enthielten sich der Abstimmung. Dasselbe thaten die vier Repräsentanten, an welche Cavaignac seine Interpellation richtete, Cavaignac selbst und Ledru-Rollin. Der Abstimmung enthielten sich im Ganzen 145.

— Die Reden sind heute ausführlicher in ihren Bemerkungen über die vorgestrichene Sitzung der Nationalversammlung als gestern, wo sie fast nur Resumes der Verhandlungen gaben. Des Lobes des rhetorischen Talents, welches der Conseilpräsident so unerwartet an den Tag gelegt hat, kann sich keine enthalten, obgleich die ihm feindlichen Blätter das Lob möglichst zu beschneiden suchen. Der Constitutionnel spielt den Angriff gegen Cavaignac auf ein neues Feld. Er gibt zu, daß der General während des Kampfes in den Junitagen mit den vorhandenen Truppen das Mögliche gethan habe, gibt aber ihm und der ganzen Executivcommission Schuld, sie habe sich aus Furcht vor der öffentlichen Meinung abhalten lassen, eine größere Truppenmasse in Paris zu versammeln. Es spricht auch den General von dem Vorwurf der Intrigue, aber nicht von dem des Ehrgeizes frei. Wenigstens hätten mehr seiner Freunde ein allzu eifriges Verlangen an den Tag gesetzt, ihn an der Spitze der Regierung zu sehen. Die «Union» streitet der Nationalversammlung das Recht ab zu entscheiden, ob sich jemand um das Vaterland verdient gemacht habe oder nicht. Sie habe dieses Verdienst der provisorischen Regierung, der Executivcommission und jetzt wieder dem General Cavaignac zugesprochen, das Land aber würde anders über alle diese Erlöser urtheilen. Die Reforme bezeichnet den Bruch mit Ledru-Rollin als eine längst erwartete Nothwendigkeit, seitdem sich Cavaignac mehr und mehr von den Republikanern getrennt und, auf die Clubs der Straße Poitiers gestützt, die Justemilieu-Politik Ludwig Phillips's befolge.

— Welchen Einfluß wird die vorgestrichene Debatte auf die Präsidentschaftswahl haben? Von Paris aus lautet die Antwort: Einen äußerst günstigen für die Candidatur Cavaignac's. Am meisten trägt dazu bei sein entschiedener Bruch mit Ledru-Rollin und dem Berge, zu dem er sich aus zu großer Rücksichtigkeit gegen alle Erinnerungen hinneigen sollte, ein Verdacht, welcher in Paris wenigstens die Augen des Mittelstandes auf Ludwig Bonaparte gelenkt hat, weniger aus Vorliebe für diesen, als aus Abneigung gegen den neuen Zustand der Dinge und die dem Besizenden keine Garantien gebenden Inhaber der Regierungsgewalt. Auch die etwas unklare Aeußerung des Generals Lamorieiere über sein Verhalten bei einer etwaigen Reaction im kaiserlichen Sinne hat Einiges zu dieser Umstimmung beigetragen. Es hat dem Reffen des großen Kaisers alle die abwendig gemacht, welche zwar unbedingte Gegner der gegenwärtigen Regierung sind, aber als fanatische Freunde der Ruhe, jeden mit einem Kampfe verbundenen Uebergang zu einer andern Regierungsform fürchten. Gegen das so unerwartet an den Tag gelegte parlamentarische Talent des Generals sinkt Ludwig Bonaparte mit seinem verlegenen Stottern ganz in den Schatten. Aber so günstig für General Cavaignac der Eindruck der letzten Debatte auf Paris und auf den urtheilsfähigen Theil der französischen Bevölkerung sein mag, so unbedeutend wird er auf die Masse des Volks sein, das keine Zeitungen und keine Parlamentsblätter liest und nicht nach politischen Rücksichten, sondern nach Instinct wählt. Ob in ihm der Schwerpunkt der Wahl liegt, steht bei der Neuheit des Experiments mit dem allgemeinen Stimmrecht im Lande noch in Frage.

Großbritannien.

London 27. Nov.

Das Ministerium trifft ernstliche Maßregeln, um Ersparnisse im Staatshaushalt durch Vereinfachung der Verwaltung vorzubereiten. Es sind bereits Ausschüsse gebildet zur Untersuchung des Zolldepartements, unter dem Vorsitz Carl Granville's, Vicepräsidenten des Handelsbureau, und zur Prüfung der Einnahmen und Ausgaben des Artilleriedepartements unter Vorsitz Lord Hardinge's; auch eine Untersuchung über die Verwendung der vom Parlament für die polnischen Flüchtlinge bewilligten Gelder ist im Gange. Der Staatssecretair des Innern, Sir George Grey, bereitet eine genaue Revision der Kosten des Gefängnißwesens vor.

— Bei der in Brüssel zu eröffnenden Conferenz zur Schlichtung der lombardischen Angelegenheit, wird Sir Henry Ellis England vertreten.

— Der Wahlkampf im Westriding in Yorkshire ist in ein neues Stadium getreten. Vorgestern wurde in einer zahlreichen Versammlung conservativer und gemäßigter liberaler Wähler in Normanton Hr. Denison als Candidat aufgestellt, und hat dieser Herr sich schon bereit erklärt, die Einladung anzunehmen. Hr. Denison ist ein reicher Grundbesitzer im Westriding, vertrat früher schon diesen Wahlbezirk mit Auszeichnung, wurde aber bei der letzten Wahl von R. Cobden verdrängt. Ebenfalls am Sonnabend stellte sich Sir W. G. Cardley den Wählern

von Leeds vor, um sein Glaubensbekenntniß abzulegen, machte aber keinen günstigen Eindruck, da er sich zwar über seine politischen Ansichten bestimmt genug aussprach, aber sehr unbestimmte Antworten über die Zeit gab, wo er sie im Parlamente zur Verwirklichung zu bringen gedenke. Am Schlusse der Versammlung ließ der Vorsitzende durch Handaufheben abstimmen und erklärte, daß sich die Mehrheit für Sir W. G. Cardley erklärt habe, was von der Gegenseitig geläugnet wurde und nach der Stimmung der Versammlung auch sehr unwahrscheinlich ist. Wahrscheinlich wird nun Hr. Roebuck eingeladen werden, als Candidat aufzutreten.

— Sir Ch. Napier's Flotte wollte vorgestern unter Segel gehen mußte aber wegen plötzlich eintretenden ungünstigen Windes vor Anker bleiben.

— Am 25. Nov. schlossen in Dublin die Verhandlungen über Donoghue's, des letzten der mit Smith O'Brien Verurtheilten, Cassationgesuch. Das Gericht hat noch nicht angezeigt, wenn es seine Entscheidung abgeben wird. — Man spricht davon, daß die Regierung, der allgemeinen Unzufriedenheit mit verschiedenen Bestimmungen des irischen Armengesetzes nachgebend, einen Ausschuß zur Untersuchung des irischen Armenwesens ernennen will. Die Minister sollen geneigt sein, nicht bloß die Armensteuer zur Unterstützung der arbeitsfähigen Armen nach dem Kirchspiele zu vertheilen, sodas jedes Kirchspiel gezwungen ist entweder seinen arbeitsfähigen Armen Arbeit zu geben, oder sie selbst zu erhalten, anstatt daß sie nach der bisherigen Einrichtung der ganzen Union zur Last fielen, und der Grundbesitzer, der sein Capital auf Verbesserung seines Guts verwendete und dadurch seine Armen beschäftigte, auch noch die Armen seines weniger vorsorglichen Nachbarn mit ernähren mußte. Die Alten und Kranken werden wie bisher von der ganzen Union erhalten.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Nov. (Abends.) Die angekündigte Interpellation über die jütische Contribution ist heute erfolgt. Witt stellte an das Ministerium die Frage, ob die Einwohner Jütlands, insbesondere im Amte Beise, eine Erstattung der ihnen vom kaiserlichen Heer auferlegten Contribution erwarten dürften. Der Ministerpräsident entgegnete, nachdem die preussische Regierung erklärt habe, daß sie eine genaue Aufmachung abwarten wolle, so sei eine solche neulich ausgefertigt, die Summe belaufe sich auf 320,000 Rthlr., und die preussische Regierung werde sie, wie zu erwarten sei, jetzt rasch bezahlen. Der Finanzminister fügte noch hinzu, daß, wenn die Contribution Ende dieses Jahres nicht erstattet sei, billige Rücksicht auf die am meisten Betroffenen durch — wie Stockfisch vorgeschlagen — Erlaß an Steuern genommen werden würde.

Wolbau und Walachei.

Bukharest, 5. Nov. Die lange gefürchteten Verhaftungen von Seiten der Russen haben begonnen, mehrere Bojaren und Kaufleute sind bereits gefänglich eingezogen und nach Plumbuita abgeführt. — Unterm 22. Oct. richtete der russische Staatsrath und Generalconsul v. Kozhuc folgende in unserm Amtsblatte mitgetheilte Note an den Kaimakan der Walachei: Da die in neuester Zeit ausgebrochene Unruhe eine militairische Besetzung dieser Länder durch kaiserl. Truppen nothwendig gemacht haben, welche berufen wurden, um die gesetzliche Ordnung wieder herzustellen, so bin ich beauftragt, der walachischen Regierung anzuzeigen, daß die Kosten ihrer Verpflegung den beiden Fürstenthümern zur Last fallen werden, nach einer verhältnismäßigen Vertheilung unter ihnen, die ungesäumt gemacht werden wird. Se. Maj. der Kaiser stets für das Beste jener Länder besorgt, die sich seines hohen Schutzes erfreuen, hat gnädigst zu befehlen geruht, daß, um die Verlegenheiten zu beseitigen, die die Verpflegung der Truppen verursachen könnten, der Walachei ein Darlehn von 300,000 Silberubeln bewilligt werde, um die Kosten zu decken. Was die Rückzahlung dieser Summe, sowie der bis jetzt gemachten Vorschüsse betrifft, so werden später darüber die nöthigen Verfügungen getroffen werden. Demgemäß ersuche ich Ew. Excellenz, erstens den Landesbewohnern diesen neuen Beweis von Sorgfalt bekannt zu machen, durch den Se. Maj. der Kaiser geruht, ihrer gegenwärtigen Lage Hülfe zu kommen, zweitens die geeigneten Maßregeln gefälligst zu ergreifen, daß von den Localbehörden auf das Eifrigste dahin mitgewirkt werde, daß die Verpflegung der Truppen zu den möglichst billigen Preisen geschehe; drittens aber öffentlich bekannt machen zu lassen, daß von jetzt an alle zum Gebrauche der Truppen nöthigen Producte baar bezahlt werden.

La Plata-Station.

Nach Briefen aus Buenos Ayres vom 18. Sept. hat sich der sardinische Geschäftsträger, den Rosas sargeschickt hat, nach Europa eingeschifft. Den englischen Minister Southeyon will Rosas erst empfangen, wenn er Buenos Ayres Genugthuung für angeklagt von England erlittene Beleidigungen und Entschädigung gewährt. Montevideo vertheidigt sich noch gegen Dribe.

Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.

Druck und Verlag von G. H. Brockhaus in Leipzig.